Mittwoch, 17. Oktober 1984 - D ✱✱✱

Axel Springer Verlag AG. Postf. 10 08 64. 4300 Essen 1. Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 244 - 42. W. - Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 100 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 140,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 100 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 125 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Friedensnobelpreis: Für seine führende Rolle im gewaltlosen Kampf gegen die Apartheid ist der schwarze südafrikanische Kirchenführer Bischof Desmond Tutu (53) gestern mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet worden. Tutus Wirken sei von vitaler Bedeutung für die Sache des Friedens in der Welt, erklärte das Verleihungskomitee. (S. 2)

Umwelt: Baden-Württembergs Regierungschef Späth will der Ministerpräsidentenkonferenz in Bremerhaven heute ein umweltpolitisches Gesamtkonzept vorlegen, mit dem der Schadstoffausstoß bundesweit bis 1990 halbiert werden soll. (S. 6)

Pershing: Auf Befremden und Unverständnis ist in NATO-Kreisen die Äußerung des früheren US-Abrüstungsbeauftragen Warnke gestoßen, die seit Ende 1983 in der Bundesrepublik stationierten Pershing-II-Raketen seien „militärisch nicht zu gebrauchen". (S. 5)

Untersuchungshaft: In der Bundesrepublik wird zu schnell und zuviel verhaftet. Diesen „Verdacht" äußerte der vom Bundesjustizministerium mit einem Forschungsprojekt beauftragte Göttinger Professor Schöch. (S. 10)

El Salvador: Die Regierung und die bewaffnete Opposition wollen ihren Friedensdialog fortsetzen. Schon im November soll weiterverhandelt werden. Präsident Duarte strebt eine Generalamnestie an. (S. 5)

Großbritannien: Nach dem Scheitern der jüngsten Gespräche über die Beilegung des Bergarbeiterstreiks wird eine Eskalation der Gewalt erwartet. Erste Zwischenfälle gab es im nordenglischen Grimethorpe, wo Maskierte eine Polizeistation angriffen. (S. 5)

Carvalho angeklagt: Wegen Terrorismus ist einer der Initiatoren des portugiesischen Militärputsches vor zehn Jahren, Oberstleutnant Otelo Saraiva de Carvalho, in Lissabon angeklagt worden. Er soll Kopf der Terrororganisation „Volksarmee des 25. April" gewesen sein.

Nahost: Syriens Präsident Assad ist in Moskau mit Staats- und Parteichef Tschernenko zusammengetroffen. Von seinem Arbeitsbesuch erwartet er offenbar auch Aufklärung über die Frage, ob die sowjetische Nahost-Politik vor einem Durchbruch steht. (S. 5)

Heute: Kabinett berät über Verlängerung des Wehrdienstes.

WIRTSCHAFT

Kräftiger Zuwachs: Die Netto-Auslandsvermögen der Bundesrepublik sind bis Mitte 1984 auf 84,5 Milliarden DM gestiegen. Damit ist der Vermögensverzehr, der von Ende 1978 bis Ende 1981 zu einem Rückgang von 114 Milliarden auf 59 Milliarden DM geführt hatte, wieder um etwa die Hälfte ausgeglichen. (S. 11)

Wettbewerb: Der Kartellsenat des Berliner Kammergerichts hat die Beschwerde der Metro gegen das Verbot einer Aufstockung ihrer Beteiligung an der Kaufhof AG zurückgewiesen. (S. 11)

Prime Rate: Die neuntgrößte US-Bank, Bankers Trust, hat den Zinssatz für kurzfristige Kredite an erste Adressen um 0,5 auf 12,25 Prozent reduziert. Damit könnte eine neue Zinssenkungswelle in Gang kommen. (S. 11)

Börse: An den Aktienmärkten setzte sich die freundliche Grundtendenz fort, obgleich größere Kurssteigerungen ausblieben. Auch der Rentenmarkt war freundlich. WELT-Aktienindex 158,2 (157,6). Dollarmittelkurs 3,1427 (3,1379) Mark. Goldpreis 339,50 (338,65) Dollar.

KULTUR

Germanistentag: Ist die Germanistik in die Jahre gekommen? Wer vom Deutschen Germanistentag zukunftsweisende Denkmuster oder wissenschaftstheoretische Visionen erwartet hatte, mußte enttäuscht sein. (S. 19)

Seltene Gäste: Einen Triumph feierte das Leipziger Gewandhausorchester in der Berliner Philharmonie. Das Hauptstück, Georg Katzers „Sound-House", schien der Philharmonie geradezu auf den Leib geschrieben. (S. 19)

ZITAT DES TAGES



» Der Waldschadensbericht gibt keinen Anlaß zur Panik. Blinder Aktionismus nutzt nichts. Es ist notwendig, das Richtige mit Augenmaß zu tun «

Bundeslandwirtschaftsminister Ignaz Kiechle (CSU) bei der Vorlage der Waldschadenserhebung der Bundesregierung
FOTO: WEREK

SPORT

Fußball: Hans-Peter Briegel kann heute im WM-Qualifikationsspiel gegen Schweden (20.15 Uhr ARD) eingesetzt werden. Seine Knieverletzung ist abgeklungen. (S. 9)

Tennis: Die 15jährige Steffi Graf hat die zweite Runde des Turniers von Filderstadt erreicht. Sie besiegte die Ungarin Andrea Temesvari 6:3, 2:6, 6:2. (S. 9)

AUS ALLER WELT

Rauschgift: Die Zahl der Drogentoten in der Bundesrepublik stieg 1983 auf 472 von 383 im Vorjahr. – Bei der Fahndung nach Rauschgifthändlern konnte die Polizei in Mainz 2500 Kilogramm Marihuana sicherstellen. (S. 20)

Raucher: In Bonn wurde Bundesarbeitsminister Blüm zum „Pfeifenraucher des Jahres" gekürt. In seiner launigen Dankesrede versprach Blüm, sich immer für den Grundsatz einzusetzen: „Freier Rauch für freie Bürger". (S. 20)

Wetter: Nach Nebelauflösung sonnig. 15 bis 20 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Kohl mahnt Ceausescu wegen der Rumänien-Deutschen

Frage des „Schmiergeldes" angesprochen / Kohl nach Bukarest eingeladen

BERNT CONRAD, Bonn

Bundeskanzler Helmut Kohl hat an den rumänischen Staats- und Parteichef Nicolae Ceausescu appelliert, seinen persönlichen Einfluß zugunsten der Rumäniendeutschen geltend zu machen. Die rund 300 000 in Siebenbürgen und im Banat lebenden Deutschen sollten ihre Entscheidung, in die Bundesrepublik auszureisen oder in Rumänien zu bleiben, ohne Schwierigkeiten verwirklichen können. Die ihnen verfassungsgemäß garantierte sprachliche und kulturelle Eigenständigkeit sollte „mit Leben erfüllt bleiben", sagte Kohl gestern bei einem Mittagessen mit Ceausescu im Bonner Palais Schaumburg.

Der Kanzler fuhr fort: „Wenn darüber hinaus die Angehörigen der deutschen Minderheit in Rumänien leichter als bisher mit ihren Verwandten und Freunden in der Bundesrepublik Deutschland in persönlichem Kontakt bleiben und wenn sie in stärkerem Maße am bilateralen Kulturaustausch teilhaben könnten, dann böte sich hier eine Chance, nicht nur von bilateraler, sondern von europäischer Dimension."

Zuvor hatten sich schon Bundespräsident Richard von Weizsäcker und Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher nachdrücklich für die Rumäniendeutschen eingesetzt. Sie baten, ebenso wie Kohl, vor allem darum, die in vielen Fällen für die Ausreise nach Deutschland geforderten „Schmiergelder" abzuschaffen.

Der rumänische Staatspräsident reagierte darauf nach vorliegenden Informationen in vorsichtig-zurückhaltender Form. Einerseits verwies er darauf, daß die Ausreise von Rumäniendeutschen in dem mit der Bundesregierung vereinbarten Umfang vor sich gehe, die Bukarester Regierung sich also korrekt verhalte. Andererseits bat Ceausescu um konkrete Angaben über „Unregelmäßigkeiten", denen er nachgehen wolle. Dabei sei allerdings größtmögliche Diskretion zweckmäßig.

Weitgehende Übereinstimmung ergab sich in der grundsätzlichen Bejahung des West-Ost-Dialogs und dem Wunsch nach verstärkten Bemühungen um Abrüstung und Rüstungskontrolle. Bundeskanzler Kohl wiederholte gestern, was der Bundespräsident bereits am Vorabend betont hatte: „Die Politik der Bundesrepublik Deutschland ist Friedenspolitik." Bonn stehe ohne Wenn und Aber zu den Ostverträgen. Die Bundesrepublik erhebe keine Gebietsansprüche gegen irgend jemanden und werde dies auch in Zukunft nicht tun. „Vor diesem Hintergrund erscheint uns der Vorwurf des Revanchismus und des Revisionismus als unsinnig, ungerechtfertigt und haltlos."

Seite 3:
Ein Hauch von Monarchie
Seite 10:
Die Analyse

Diese Feststellungen fanden Ceausescus Beifall. Er hatte schon beim Festbankett auf Schloß Augustusburg in Brühl spontan seinen Redetext geändert, als Richard von Weizsäcker festgestellt hatte: „Die Bundesrepublik Deutschland achtet die territoriale Integrität aller Staaten in Europa in ihren heutigen Grenzen. Sie betrachtet die Grenzen aller Staaten als unverletzlich."

Improvisiert erwiderte der rumänische Staatschef, die Stellungnahme des Bundespräsidenten schaffe eine „klare Perspektive". Die Völker Europas müßten in sicheren Grenzen leben können, ohne zu befürchten, daß diese Grenzen in Frage gestellt werden könnten. Dieses sollte klar und fest gesagt werden, „damit jedes Mißverständnis beseitigt wird".

Von der darin zum Ausdruck gekommenen Übereinstimmung zeigte sich Außenminister Genscher, der gestern morgen mit Ceausescu konferierte, sehr beeindruckt. Er sah darin eine gute Basis für die künftigen West-Ost-Kontakte auf bilateraler und multilateraler Ebene. In Rumänien wird als Folge der Ceausescu-Visite geradezu ein Andrang von Bonner Besuchern erwartet: Der Bundeskanzler will im Frühjahr 1985 nach Bukarest reisen; auch Genscher und Bundeswirtschaftsminister Martin Bangemann haben Einladungen nach Rumänien angenommen.

Allerdings wurde bei den Bonner Gesprächen klar, daß unterhalb der Ebene prinzipieller Dialogbereitschaft die Voraussetzungen für Abrüstungsverhandlungen sehr unterschiedlich beurteilt werden. Während Bundeskanzler Kohl die Aufforde-

● Fortsetzung Seite 10

DER KOMMENTAR

Waldesfrust

PETER GILLIES

Der Wald, zu dem die Deutschen eine besonders innige Beziehung haben, ist bedrohlich krank. Aus der gestern von der Bundesregierung vorgelegten Schadensbilanz ergibt sich sogar, daß sich das Waldsterben noch verstärken wird, bevor der bedrohliche Trend gebrochen werden könnte. Aber selbst wenn die Deutschen schlagartig alle Industrien, Heizungen und Autos stillegten, ihre Existenz und ihre Sicherheit aufkündigten und sich auf das Niveau von Jägern und Sammlern zurückbegäben, wäre die Gesundheit ihres Waldes keineswegs gewährleistet.

In dieser verzwickten Lage hat es die Hysterie leicht und das Augenmaß schwer, zumal die Kausalkette zwischen Verursachung und Schaden verschlungen ist. Die Forstleute sind überrascht worden vom besorgniserregend progressiven Krankheitsverlauf, jüngst auch davon, daß die für weniger anfällig gehaltenen Laubbäume genauso angegriffen sind wie Nadelgehölze. In Mitteldeutschland gibt es trotz Tempo 100 und wenig Autos freilich ein noch fürchterlicheres Waldsterben. Auch der Wald in den USA, wo Tempolimit und Katalysator die Norm sind, ist keineswegs gesund. So gibt das Waldsterben weiter Rätsel auf.

Gleichwohl wagte die Bundesregierung zwei Abgrenzungen: Nicht Schädlingsbefall sei der Verursacher, sondern die Luftverschmutzung. Unter dieser Voraussetzung verbieten sich punktuelle Therapien, zumal wenn man sie als Patentrezepte auszugeben versucht. Eine möglichst reine Luft, die den Wald wieder gesunden läßt, ist nur mit einem Bündel von Maßnahmen wiederherzustellen: emissionsarme Kraftwerke, strengere Auflagen an die Industrie, schwefelarme Heizungen, abgasarme und – wenn durch den angekündigten Großversuch belegt – langsamere Automobile. Gleichwohl wäre auch dies alles Stückwerk, wenn Europa umweltpolitisch der Kleinstaaterei verhaftet bliebe. Da wir rund die Hälfte des Drecks aus allen Himmelsrichtungen unkontrolliert importieren, sind wir in den europäischen Gleichschritt gezwungen.

Die Bundesregierung hat auf breiter Front Maßnahmen ins Werk gesetzt. Sie lassen sich allesamt verstärken. Nachdem die 70er Jahre durch Untätigkeit und mit Beschwörungen vom blauen Himmel über Irgendwo verstrichen sind, darf die Politik ruhig die Grenzen einer kraftvollen Umweltsicherung erproben, zumal die Bürger opferbereit sind. Dabei geht es nicht darum, Arbeitsplatz und Rente gegen gesunde Bäume einzutauschen – im übrigen eine Scheinalternative –, sondern um die Versöhnung von Ökonomie und Ökologie. Das wird keine Waldeslust.

Kadar äußert sich in Paris zur deutschen Frage

Er sagt eine Fortsetzung des innerdeutschen Dialogs voraus

A. GRAF KAGENECK, Paris

Ungarns Parteichef Janos Kadar hat in Paris wiederholt, was er schon zur Einstimmung seines offiziellen Besuchs in Frankreich einer französischen Zeitung anvertraut hatte: Er sei überzeugt davon, daß der innerdeutsche Dialog trotz der Aufschiebung des Honecker-Besuchs in der Bundesrepublik Deutschland „so oder so eines Tages weitergehen" werde. Nach einem Bankett, das der französische Premierminister Laurent Fabius für den Gast gegeben hatte, sagte Kadar zu Journalisten: „Ich verstehe, daß die beiden deutschen Staaten miteinander sprechen wollen, und das wird auch eines Tages der Fall sein", unabhängig davon, daß die Reise Honeckers nach Bonn vorerst scheiterte.

Dem Vernehmen nach haben Mitterrand und Kadar bei ihren beiden Gesprächen unter vier Augen ausgiebig die deutsche Frage besprochen, allerdings eingebettet in die gesamten Ost-West-Situation, die nach der *Einschätzung* beider *Staatsmänner* heute weniger besorgniserregend scheint als noch vor einigen Monaten. Beide sind überzeugt, daß der amerikanisch-sowjetische Dialog sofort nach den amerikanischen Wahlen wiederaufgenommen wird, unabhängig davon, wer nach dem 6. November im Weißen Haus Hausherr ist.

Deshalb hat Paris auch kein Interesse daran gezeigt, den Kadar-Besuch in Paris und, in Übereinstimmung mit Bonn, den Ceausescu-Besuch am Rhein zu einer Wiederaufnahme des Ost-West-Dialogs im Alleingang ohne Washington zu nutzen. Man will sich in Paris nicht an die Stelle der Amerikaner setzen, wird nachdrücklich in der Umgebung des Staatspräsidenten betont. Statt dessen ist man bemüht, den Dialog unter Europäern beiderseits der derzeitigen Trennungslinie nicht abreißen zu lassen, ja so eng wie möglich zu gestalten, damit der Kontinent nach Überwindung der militärischen und ideologischen Trennungsmauern wieder zu seinem gemeinsamen abendländischen Erbe zurückfinden kann. Mitterrand hat dies einmal vorsichtig die „Überwindung von Jalta" genannt, ohne jetzt beim Kadar-Besuch auf diesen Akzent zurückzukommen.

Deutlich war das französische Bemühen bei diesem Besuch, Moskau nicht durch den Eindruck zu verärgern, man stütze sich auf das „liberale Ungarn", um unter den kleineren Ländern des Warschauer Pakts eine „Los-von-Moskau"-Bewegung auszulösen. Janos Kadar hat in seinen Gesprächen mit Mitterrand auch keinen Zweifel an seiner Zugehörigkeit zum kommunistischen Block und an der Beibehaltung einer marxistischen Wirtschaftsordnung in seinem Land gelassen.

Kadar hatte auch von gefährlichen Versuchen gesprochen, die europäische Wirklichkeit zu verändern, wie sie als Folge des Zweiten Weltkrieges entstanden sei. Beobachter sahen darin aber nur eine starke Abmilderung des Revanchismus-Vorwurfes, der vor und nach den Absagen der Staats- und Parteichefs der „DDR" und Bulgariens, Erich Honecker und Todor Schiwkow, aus Moskau an die Adresse Bonns gerichtet worden ist.

Mittag fehlt in Honeckers Begleitung

DW. Helsinki

„DDR"-Staats- und Parteichef Erich Honecker ist gestern zu politischen und wirtschaftlichen Gesprächen in Finnland eingetroffen. Honecker wird auf seinem Staatsbesuch von Außenminister Oskar Fischer begleitet. Bemerkenswerterweise fehlt in der „DDR"-Delegation das für Wirtschaftsfragen zuständige SED-Politbüro-Mitglied Günter Mittag. In den von den Ostberliner Zeitungen vergangener Woche veröffentlichten Berichten war Mittag an erster Stelle der Reisebegleitung Honeckers genannt worden. Eine Begründung für das Fehlen Mittags wurde vorerst nicht gegeben.

Im Vorfeld des Besuches von Honecker in Finnland war zunächst eine internationale Pressekonferenz vorgesehen. Davon hatten sich westliche Journalisten Auskünfte über die zukünftigen deutschlandpolitischen Vorstellungen des SED-Chefs erwartet. In der vergangenen Woche war diese Veranstaltung jedoch ohne nähere Begründung aus dem Programm Honeckers gestrichen worden.

Nach einem ersten Treffen mit Staatspräsident Mauno Koivisto legte er einen Kranz am Grab des 1956 verstorbenen Präsidenten Juho Paasikivi nieder, der 1944 die Waffenstillstandsverhandlungen mit der Sowjetunion geleitet hatte. Honecker knüpft damit an eine Tradition kommunistischer Politiker an, Paasikivi, der nach dem Zweiten Weltkrieg die finnische Neutralitätspolitik begründete, die Reverenz zu erweisen.

Johannes Paul II. erlaubt wieder Messen in Latein

Erstmals eine Entscheidung des Konzils durchbrochen

FRIEDRICH MEICHSNER, Rom

In der katholischen Kirche kann wieder die lateinische Messe zelebriert werden. Papst Johannes Paul II. hat die Ortsbischöfe ermächtigt, dies zu gestatten, wenn es von Priestern beantragt wird. Die betreffenden Priester müssen in ihrem schriftlichen Antrag ausdrücklich versichern, daß sie und ihre Gläubigen das von Paul VI. 1970 auf der Grundlage der Liturgiereform des Zweiten Vatikanischen Konzils promulgierte neue Meßbuch grundsätzlich akzeptieren.

Trotz dieser einschränkenden Bestimmungen sehen einige Liturgieexperten Roms in der päpstlichen Entscheidung einen Rückschritt. Die katholische Nachrichtenagentur Asca zitierte „maßgebliche liturgische Kreise" mit den Worten: „Es handelt sich um eine Wende nach rückwärts." Von anderen Beobachtern wird darauf hingewiesen, daß mit der Wiederzulassung der lateinischen Messe zum ersten Mal eine von der großen Mehrheit des Konzils getroffene und von Paul VI. promulgierte Entscheidung durchbrochen wird.

Das Konzil hatte die auf Pius V. zurückgehende tridentinische Meßordnung mit ihren langen, vom Priester mit dem Rücken zur Gemeinde gesprochenen lateinischen Gebeten durch die Messe in der Volkssprache ersetzt. Diese Neuerung war bei einigen kirchlichen Traditionalisten auf schärfsten Widerstand gestoßen. Sie war einer der Hauptanlässe für die „Rebellion" des französischen Erzbischofs Lefebvre.

Die päpstliche Entscheidung wurde den Bischöfen in einem vom deutschen Propräfekten der Kult- und Sakramentenkonkregation, Erzbischof Mayer, sowie von Kongregationssekretär Noé unterschriebenen Brief mitgeteilt. In dem Schreiben wird zunächst daran erinnert, daß die Bischöfe der ganzen Welt vor vier Jahren in Beantwortung einer Umfrage festgestellt hätten, daß „das Problem der dem tridentinischen Ritus verbundenen Priester und Gläubigen fast ganz gelöst" sei. Da es aber doch andauere, heißt es in dem Brief weiter, biete der Papst, „in dem Wunsch, auch diesen Gruppen entgegenzukommen", den Diözesanbischöfen die Möglichkeit, ein Zugeständnis zu machen.

Die Bischöfe könnten künftig auf Antrag Priestern und den in einem solchen Antrag angeführten Gläubigen wieder die Benutzung des römischen Meßbuches, Ausgabe 1962, gestatten. Nach einem Jahr sollten sie über die Auswirkungen dieses Zugeständnisses nach Rom berichten.

In vatikanischen Kreisen verlautet, in der Kult- und Sakramentenkongregation habe man über die – wenn auch stark begrenzte – Wiederzulassung der lateinischen Messe lebhaft diskutiert. Bei der Abstimmung in der Vollversammlung der Kongregation soll nur das indirekte Eingreifen des Papstes den Befürwortern eine knappe Mehrheit von zwei Stimmen verschafft haben. Kardinal Casoria als Kongregationspräfekt habe den Text des Schreibens an die Diözesanbischöfe nicht unterschrieben. Und sein Nachfolger, Erzbischof Mayer, habe es nur auf ausdrücklichen Wunsch des Papstes getan.

Waldschadensbericht: Gedämpfte Töne

PETER JENTSCH, Bonn

Der deutsche Wald ist bedroht, aber er wird nicht sterben. Zu dieser Schlußfolgerung kommt die Bundesregierung in ihrem Waldschadensbericht 1984, der gestern in Bonn von Bundeslandwirtschaftsminister Ignaz Kiechle vorgestellt wurde. Vor der Presse verwies Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann zugleich darauf, daß er „die absolute Hoffnung hegt, daß unsere Maßnahmen zur Rettung des Waldes greifen".

Kiechle betonte, daß sowohl der Umfang der Schäden als auch die Schwere erheblich zugenommen haben. Der Umfang sei von 34 Prozent 1983 auf heute 50 Prozent der Waldfläche gewachsen. Zwar liege mit einem Anteil von 33 Prozent an der Waldfläche der größte Teil der Schäden nach wie vor im schwach geschädigten Bereich. Dennoch habe der Anteil der mittelstarken Schäden von neun auf 16 Prozent der Waldfläche zugenommen; der Anteil der stark geschädigten und abgestorbenen Bäume habe sich um ein halbes auf 1,5 Prozent erhöht und damit 110 000 Hektar erreicht.

Bedeutsam sei, daß die Schäden bei allen Baumarten zugenommen haben, besonders stark bei Buchen und Eichen. Der Bestand der Tannen sei inzwischen ernsthaft bedroht, die größte Schadensfläche entfalle auf Fichten und Kiefern. Kiechle hob hervor, daß der Schwerpunkt der Schäden in den Beständen liegt, die älter als 60 Jahren sind. Der Schadensbericht machte deutlich, daß sich auch im Waldsterben ein gewisses Nord-Süd-Gefälle bemerkbar macht. In den norddeutschen Waldgebieten seien die Schäden niedriger als in den wald- und mittelgebirgsreichen süddeutschen Ländern.

Der Bericht stellte zugleich klar, daß Schadinsekten (zum Beispiel Borkenkäfer) und Pilze nicht Verursacher der neuartigen Waldschäden sind. Nach Auffassung der Bundesregierung muß das Problem der Waldschäden von der Bekämpfung der Ursachen her gelöst werden. Maßnahmen zur Luftreinhaltung komme daher höchste Priorität zu. Darüber hinaus habe die Bundesregierung für forstliche Förderungsmaßnahmen 1984 zusätzliche Bundesmittel in Höhe von 20 Millionen Mark zur Verfügung gestellt.

Bundesinnenminister Zimmermann nannte den Wald „nur ein, wenn auch besonders drastisches Beispiel für die Notwendigkeit, die schädliche Wirkung von Luftschadstoffen zu bekämpfen". Niemand könne aber über Nacht eine heile Welt schaffen. Er wolle bei allen wichtigen Emittentengruppen, vor allem Großfeuerungsanlagen, Industrie und Kraftfahrzeugen, modernste Technologien einsetzen. Ein erster bedeutender Schritt sei die Großfeuerungsanlagen-Verordnung, die die jährliche Schwefeldioxidemission von 2,1 Millionen Tonnen bis 1988 um eine Million Tonnen verringere.

✱

dpa, Heidelberg

Professor Heinz Faulstich vom Max-Planck-Institut in Heidelberg hat jetzt die Vermutung geäußert, daß für das Waldsterben eine organische Bleiverbindung verantwortlich sei, die aus einem Treibstoffzusatz entstehe. Zwei Prozent des Benzins aus den Motoren von Autos gelangten unverbrannt in die Umwelt. Das hierin enthaltene Tetraäthylblei zersetze sich unter Einwirkung von Licht und Sauerstoff zu hochgiftigem Triäthylblei, das wasserlöslich sei und mit dem Regen in Nadeln und Blätter von Bäumen gelangen könne. Es führe dort zu Störungen, die ein Absterben der Pflanzen bewirken könnten, sagte der Biochemiker.

Keine Prozeßkostenhilfe für Scheidung von Scheinehen

Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts

DW. Karlsruhe

Das Bundesverfassungsgericht hat entschieden, daß bei Scheinehen zwischen Deutschen und Ausländern bei einer Scheidung kein Anspruch auf eine Prozeßkostenhilfe besteht. Der Steuerzahler dürfe nicht mit den Kosten für solche Scheidungsverfahren belastet werden.

Das Bundesverfassungsgericht wies damit zwei Verfassungsbeschwerden als unbegründet zurück. Sie hatten sich gegen gerichtliche Entscheidungen gewandt, die zwei Frauen Prozeßkostenhilfe versagten. Die eine hatte einem Türken durch die Eheschließung den Aufenthalt in der Bundesrepublik Deutschland ermöglicht. Dieser hatte ihr dafür Geld versprochen. Die andere Frau hatte mit einem pakistanischen Staatsangehörigen eine Scheinehe geschlossen und dafür 8000 Mark erhalten. Das Bundesverfassungsgericht bestätigte die Rechtsauffassung der Vorinstanz, die Frauen hätten bereits vor Schließung ihrer Scheinehen finanzielle Rücklagen für die späteren Scheidungskosten bilden müssen.

In der Scheinehe der Deutschen mit dem Türken hatte eine Lebensgemeinschaft niemals bestanden. Die Frau wurde später schwanger, aber der Türke mußte keinen Unterhalt bezahlen, weil er mit ihr gar nicht zusammengelebt hatte.

Im anderen Fall hatte die Frau bereits die zweite Scheinehe geschlossen, diesmal mit dem Pakistani. In ihrer Verfassungsbeschwerde argumentierte sie: Der Versuch, den Mißbrauch der Eheschließung durch Versagung von Prozeßkostenhilfe zu begegnen, stelle einen Verstoß gegen Artikel 6, Absatz 1 des Grundgesetzes, das auch die Eheschließungsfreiheit gewährleiste, dar. Die Aufrechterhaltung einer Scheinehe widerspreche daher dem „Institut der Ehe". Solange der Gesetzgeber das Eingehen einer Scheinehe nicht als Nichtigkeitsgrund geregelt habe, müsse dem Betroffenen Prozeßkostenhilfe gewährt werden. Denn sonst würden „Reiche" und „Arme" in verfassungswidriger Weise ungleich behandelt (Aktenz. 1 BvR 446 aus 84 und 1 BvR 1455 aus 83).

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Achtzehn Monate

Von Rüdiger Moniac

Im Bundeskabinett geht es heute um die Zukunft der Bundeswehr. Die politische Entscheidung darüber, wie die Streitkräfte trotz schmaler Bundeskasse und kleiner werdenden Rekrutenzahlen ihre Aufgabe erfüllen sollen, Kernstück der „Vorneverteidigung" in Zentraleuropa zu bleiben, ist während des vergangenen Sommers einige Male verschoben worden.

Es gibt keinen Grund, es heute abermals zu tun. Alle Möglichkeiten sind untersucht, alle Alternativen abgeklopft. Was das Verteidigungsministerium als Lösung der personellen und materiellen „Ressourcenenge" unterbreitet, ist ein Optimum. Eine bessere Lösung wird es nicht geben.

Die Entscheidung ist unpopulär. Dennoch muß die Koalition achtzehn Monate Grundwehrdienst noch in dieser Legislaturperiode im Wehrpflichtgesetz verankern, damit die organisatorischen Vorbereitungen zur Aufnahme der Rekruten für die verlängerte Dienstzeit von 1989 an in der nötigen Sorgfalt getroffen werden können. Kaum ein Politiker kann sich eine Vorstellung davon machen, was dazu an Vorarbeit erforderlich ist, ganz zu schweigen von den zeitaufwendigen parlamentarischen Debatten, die die Verlängerung des Wehrdienstes mit sich bringen dürfte.

Aber wenn diese Koalition jetzt nicht die Kraft aufbrächte zur Durchsetzung einer längeren Wehrdienstdauer, wann dann? Eine Verschiebung der Entscheidung ließe sich nur als Schwächung nicht nur der Bundeswehr, sondern auch des Regierungsbündnisses auslegen.

Wer immer zögert, ob in der FDP oder, wie neuerdings kolportiert wird, auch in der CDU, muß wissen, daß die Verlängerung des Grundwehrdienstes der Bundeswehr eine rechnerische Vermehrung um jährlich 42 000 Mann bringt. Keine andere Maßnahme ist besser geeignet zur Überwindung des „Pillenknicks", auch nicht die ohnehin geplante Aufstockung des Anteils der Längerdiener. Und wer am Friedensumfang der Bundeswehr noch mehr als von der Hardthöhe ohnehin vorgeschlagen experimentieren möchte, muß wissen, daß dann ganze Brigaden stillgelegt werden müßten. Die Vorneverteidigung vertrüge das nicht.

Mut zum Alleingang

Von Claus Dertinger

Die Perspektiven für selbständige Arbeit scheinen sich gebessert zu haben, so daß der Sprung in die Selbständigkeit leichter falle als in früheren Jahren. So kommentiert die Bundesbank die Tatsache, daß erstmals seit mehr als dreißig Jahren die Zahl der Selbständigen und ihrer mithelfenden Familienangehörigen wieder wächst.

Sicherlich hat die Bundesbank recht mit ihrem Hinweis, daß staatliche Hilfen für Existenzgründungen diese Tendenz unterstützt haben. Aber derlei Förderung nützte wohl nicht allzuviel, wenn nicht auch ein gewisser Wandel im politischen und gesellschaftlichen Umfeld mehr Mut machte, den Schritt zum selbständigen Unternehmertum zu riskieren. So bescheiden auch die Zunahme der selbständigen Existenzen noch sein mag, hier deutet sich eine Entwicklung an, die dazu beitragen kann, die Arbeitsmarktprobleme zu entschärfen.

Es ist sicherlich kein Zufall, daß der Drang in die Selbständigkeit in den USA, wo es keine soziale Hängematte von der Qualität der deutschen gibt, wesentlich stärker ausgeprägt ist als bei uns. Selbständigkeit als Alternative zur Arbeitslosigkeit also? Das ist sicherlich überspitzt formuliert, aber ganz falsch ist es nicht – tatsächlich gibt die Arbeitslosigkeit den Anstoß zum Aufbau nicht weniger neuer selbständiger Existenzen. Schwarzarbeit ist, so oft sie auch beklagt wird, als Ausweg aus der Verarmung häufig der erste Schritt der Selbständigkeit.

Und aus dem arbeitslosen Kollegen, der mithilft, wird oft der Kompagnon oder der erste Angestellte, wenn sich das Gewerbe gut entwickelt und einen solchen Umfang annimmt, daß schließlich die offizielle Anmeldung riskiert wird. Wenn dabei persönliche Ansprüche zugunsten von Investitionen weit zurückgeschraubt werden, wenn sich Neuselbständige mit geringen Chefgehältern bescheiden, so ist das eben Preis und Reiz des Stehens auf eigenen Füßen, des Selber-das-Schicksal-Meisterns. Gäbe es solche Bereitschaft auch am Arbeitsmarkt, machte uns die Arbeitslosigkeit heute sicherlich weniger Sorgen.

Ogarkows Wiederkehr

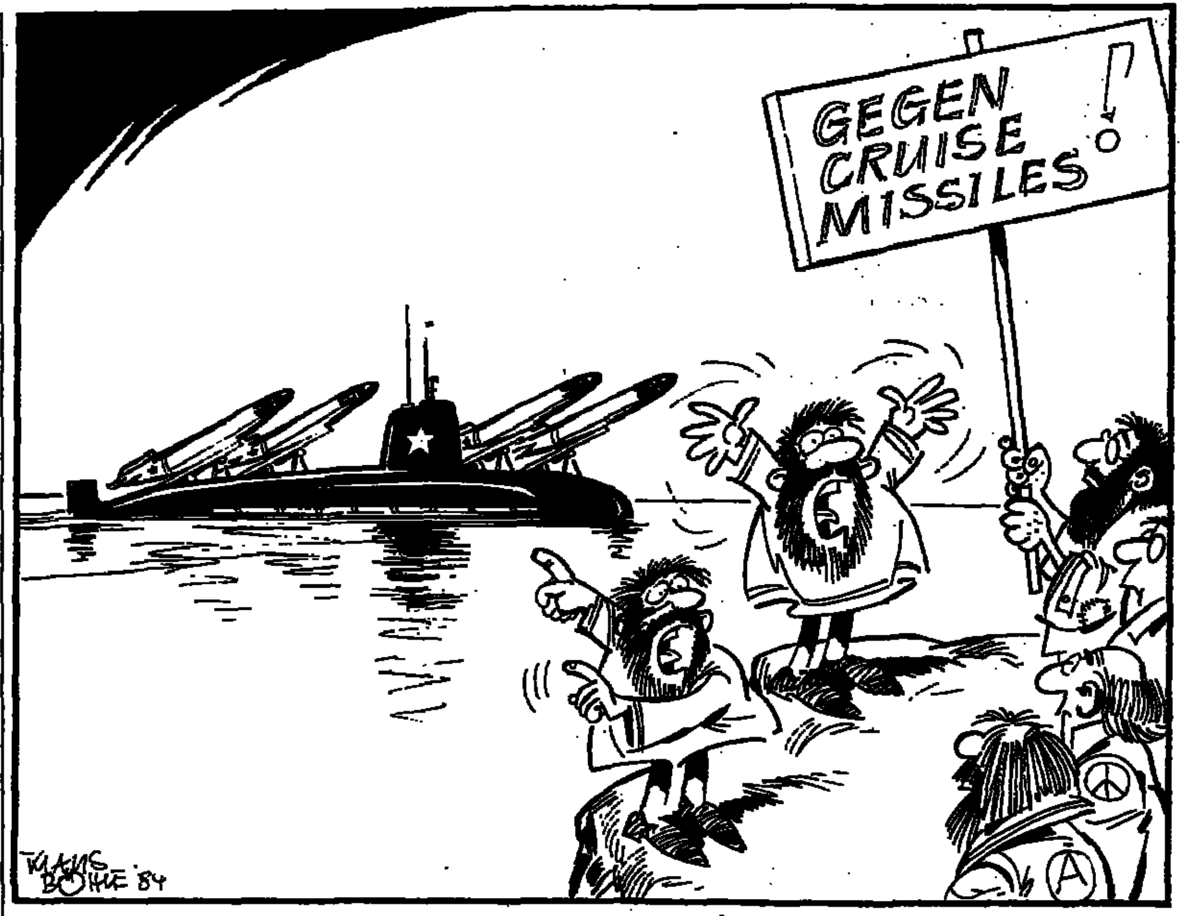
Von Carl Gustaf Ströhm

Daß Marschall Nikolaj Ogarkow, der so brüsk wie unzeremoniell seines Postens enthobene sowjetische Ex-Generalstabschef, wenige Wochen nach seiner Absetzung wieder auftauchen würde und dazu noch als offizieller Gast eines Ostblock-Parteichefs, der seit einigen Wochen zumindest angeschlagen erscheint: Diese Geschichte ist zunächst so mysteriös wie der gesamte Macht- und Richtungskampf im Kreml.

Die Sache wird noch mysteriöser, wenn man bemerkt, daß zwar die SED-Medien über den Empfang des Marschalls durch Honecker berichteten, die sowjetische Presse aber bisher kein einziges Wort darüber verlauten ließ. War das die „Retourkutsche" der SED für einen weiteren seltsamen Vorfall, der sich in den letzten Wochen zwischen Ost-Berlin und Moskau ereignete? Da hatte nämlich die Moskauer „Prawda" ein Glückwunschtelegramm Honeckers an Tschernenko anläßlich der Verleihung des Leninordens derart „umgeschrieben", daß am Ende dem SED-Chef Worte (etwa über den gemeinsamen Kampf gegen den Imperialismus) in den Mund gelegt wurden, die er in diesem Zusammenhang nicht geschrieben hatte.

Wenn die Sowjets in dieser Situation einen Aufpasser zu Honecker schicken wollten, um die Korsettstangen des Bündnisses wieder fester zu zurren – warum dann einen abgesetzten Marschall ohne klar umrissene Funktion? Oder wollte Ogarkow beziehungsweise die hinter ihm stehende Kreml-Gruppe beweisen, daß die durch den Marschall repräsentierte Richtung doch noch über genügend Einfluß in Moskau verfügt?

Und warum ein solcher Besuch gerade bei dem Parteichef des kommunistisch regierten deutschen Staates, also bei einem Mann, der mit gewissen Gruppierungen im Kreml in letzter Zeit mehrfach übers Kreuz geraten ist? Sollte Honecker demonstrativ unterstützt werden – und wenn ja, gegenüber wem? Sicher läßt sich zu alledem nur eines sagen: Im Ostblock bewegt sich einiges. Und es bewegen sich sogar Leute, von denen man nach den bisherigen Kreml-Spielregeln glaubte, sie seien ein für allemal aus dem Verkehr gezogen.



„Ruhig Blut, Leute – es ist kein amerikanisches U-Boot!" KLAUS BÖHLE

Das geistige Gefälle

Von Günter Zehm

Es hagelt Entrüstungsschreie. Ministerielle Chargen werfen sich in die Brust und malen wieder einmal das Schreckgespenst von den ewig Gestrigen an die Wand. Grund dafür ist die dramatische Klage des Deutschen Philologenverbandes, daß sich während der letzten Jahre in der Bundesrepublik ein steiles Nord-Süd-Gefälle bei der Bildung entwickelt habe und daß man in einigen Bundesländern nördlich der Mainlinie schon von einem eindeutigen Leistungsverfall an den Schulen sprechen müsse.

Aber Eltern, die aus Bayern nach Nordrhein-Westfalen oder von Baden-Württemberg nach Hessen umziehen (müssen), wissen, daß an der Feststellung der Philologen zumindest etwas dran ist. Ihre Kinder, an die Standards der bayerischen oder schwäbischen Gymnasien und Realschulen gewöhnt, sehen sich auf den diversen Förder-, Orientierungs-, Mittel-, Ober- oder Unterstufen des Nordens notorisch unterfordert, nicht zu reden von der geistig-moralischen Verwahrlosung vieler dortiger Schulen, die die Neuankömmlinge in Skrupel und existentielle Krisen stürzt. Und umgekehrt ist ein Wechsel kaum weniger schwierig. Ein Schüler der siebten Klasse, der aus einem Bremer „Sekundarstufen-Zentrum" in die Quarta eines ganz normalen süddeutschen Gymnasiums übertritt, kommt sehr oft nicht mehr mit. Die Anforderungen für ihn sind einfach zu hoch.

Dennoch fällt es überzeugten Nordlichtern schwer, an das Gefälle zu glauben. Allzu tief eingeschliffen ist die jahrhundertalte geheime Überzeugung von der grundsätzlichen Überlegenheit des Nordens über den Süden. Die ganze deutsche Klassik – so heißt es ja oft – war, wenn nicht eine Schöpfung des protestantischen deutschen Pfarrhauses, so doch eine des protestantischen Nordens. Und auch Industrie und Wissenschaft hätten sich, dank des dominierenden Einflusses Berlins, der großen Hansehäfen und des Kohlenpotts an Rhein und Ruhr, vor allem in Norden entwickelt. Süddeutsche Junggenies hätten sich stets in den Norden oder zumindest nach Mittel- und Westdeutschland aufmachen müssen, wenn sie etwas hätten werden wollen.

Nun, all das ist lange her, inzwischen haben sich die Parameter umgekehrt. Berlin ist zur Insellage verdammt und seiner Hauptstadtfunktionen beraubt, und die großen Wachstumsindustrien von einst, die den Westen und Norden begünstigten, die Kohle, der Stahl, die Werften, sie alle sind zur Belastung geworden, zum Entwicklungshemmschuh, zum Subventionsverschlinger, der riesige Summen bindet, die besser in Computern oder Feinmechanik angelegt wären. Mag man sich gegen den Gedanken an ein Nord-Süd-Gefälle in der Bildung noch sträuben – in der Industrie ist ein solches Gefälle längst Tatsache. Dies mag sogar einer der Gründe dafür sein, daß sich fast naturnotwendig zumindest auch ein Wissenschaftsgefälle herausbildet.

Resignation angesichts dieser Entwicklung ist jedoch nicht angebracht. Der Leistungsverfall an den Gesamtschulen und „Stufenzentren" des Nordens kommt nicht als unabwendbares Schicksal, sondern als voraussehbares Resultat einer bewußt inszenierten Bildungspolitik, die, wie der Philologenverband ganz richtig sagt, nicht das Ziel hatte, die Kinder zu fördern. Vielmehr ging es darum, mit Hilfe der Kinder im Ideologie-Labor ausgedachte politische Absichten durchzusetzen, wobei seit Jahrzehnten anerkannte Leistungsstandards ungerührt aufs Spiel gesetzt und sogar planmäßig gesenkt wurden, damit ja nicht die dogmatisch geforderte „Gleichheit" angetastet werde.



Ihre Absolventen will keiner: „Reform"-Universität Bremen FOTO: REKORT

Daß es keineswegs nur die Sozialliberalen waren, die da sündigten, kann nur diese selber trösten. Mit Bitterkeit weisen die Philologen auf das Beispiel Niedersachsen hin, wo die CDU schlicht zu feige scheint, die in diesem Land von den Sozialisten begonnene und vom CDU-Kultusminister Remmers fortgeführte Orientierungsstufen-Politik zu revidieren, obwohl sie sich nach dem übereinstimmenden Urteil von Lehrern und Eltern nicht bewährte, Leistungsverweigerung und Disziplinprobleme provozierte und an fast allen Schulen dazu geführt hat, daß nun in Klasse 7 nachgearbeitet wird, was bereits auf der ominösen „Stufe" hätte erreicht werden müssen.

Das größte Sorgenkind des Nordens, der Wechselbalg der Reformjahre gewissermaßen, bleibt freilich Bremen, das bekanntlich nicht nur mit einer „voll integrierten" Stufenschule geschlagen ist, sondern auch noch mit einer „Reformuniversität", die nach wie vor und nicht zu Unrecht in einem schlechten Ruf steht und deren Absolventen deshalb zu den Parias der akademischen Job-Vermittlungsstellen gehören. Niemand will Graduierte aus Bremen, und daran wird auch der soeben gegründete „Initiativkreis" Bremer Bürger nichts ändern, der sich vorgenommen hat, für die Landesuniversität gut Wetter zu machen und ihr „Image" aufzupolieren.

Das bildungspolitische Nord-Süd-Gefälle ist kein Imageproblem und auch kein Problem der Gesetze, an denen man so lange herumformuliert, bis sie mit Ach und Krach der verbalen Norm des Hochschulrahmengesetzes entsprechen. Was gefordert werden muß, und zwar gleichermaßen von den Länderregierungen wie von der Kultusministerkonferenz, ist der ehrliche Wille und die politische Kraft zur energischen Revision. Ohne eine solche Revision besteht die Gefahr, daß sich das Gefälle schließlich in einen Abgrund verwandelt, der die Bildungs- und Stelleninhaber des Südens drastisch und langfristig von den geistigen Habenichtsen des Nordens trennt.

IM GESPRÄCH Desmond Tutu

Gegen die Apartheid

Von Monika Germani

Schon seit einigen Jahren stand der Generalsekretär des südafrikanischen Kirchenrates (SACC), Bischof Desmond Tutu, auf der Liste der Anwärter auf den Friedensnobelpreis. Zweifellos hat die Unterstützung von Alva Myrdal, der schwedischen Abrüstungspolitikerin, die 1982 diese Auszeichnung erhielt, ihm den Weg geebnet. Aber auch die Vereinigte Evangelisch-Lutherische Kirche (VELKD) und die hannoveranische Landeskirche haben die Nominierung Tutus unterstützt.

In Südafrika freilich ist die Verleihung an Bischof Tutu umstritten, denn der Lehrerssohn aus dem Stamme der Tswana (verheiratet, vier Kinder) ist als einer der schärfsten Gegner der Apartheid bekannt; seit Jahren setzt er sich für ihre Abschaffung und für das politische Mitspracherecht der Schwarzen ein. 1978 begrüßte er die Entsendung von Spenden des Weltkirchenrates an die Patriotische Front Robert Mugabes und Joshua Nkomos in ihrem Kampf gegen die weiße Regierung von Ian Smith. Er bezeichnete die Spende in Höhe von rund einer halben Million Mark als „positive Identifizierung mit der Sache des Freiheitskampfes". Seine Reden zu den jährlichen Gedenktagen des Soweto-Aufstandes, sein Kampf gegen die Umsiedlung der Schwarzen aus den weißen Gebieten in die schwarzen „Heimatländer", sein energisches Auftreten gegen Rassendiskriminierung und gegen die weiße Regierung in Südafrika haben ihm internationale Achtung und Anerkennung gebracht. Er ist ein entschiedener Gegner der neuen südafrikanischen Verfassung, die er als „Schwindel, um die internationale Gesellschaft zu täuschen", bezeichnet.

Aufsehen erregten seine Aufrufe zum weltweiten Boykott gegen Südafrika, doch werfen ihm Gegner vor, damit nicht den Interessen der Schwarzen gedient zu haben. Diese



Entschieden gegen die Apartheid: Bischof Tutu FOTO: AP

Kampagne und seine Äußerung über Oliver Tambo, Führer der marxistischen südafrikanischen Schwarzen-Organisation ANC, den er als überzeugten Christen bezeichnet, der für Frieden, Gerechtigkeit und Demokratie in Südafrika kämpfe; ferner seine Überzeugung, Nelson Mandela vom ANC sei der künftige Premierminister des Landes – dies alles läßt ihn konservativen Weißen suspekt erscheinen.

Sie lasten Tutu an, daß die meisten Spendengelder des SACC in der Zeit von 1975-1981 in Höhe von zwanzig Millionen Rand für die Finanzierung von Gewerkschaften, politischen Aktivisten und radikalen politischen Gruppen ausgegeben worden seien. Lediglich 2,2 Prozent seien in die religiöse Erziehung geflossen. Kritik erhielt er auch vom Zulu-Kirchenrat wegen „politischer Einmischung" in die inneren Angelegenheiten der Kirche von Zulu-Land. Der Rat beschwerte sich über ungenügende materielle Hilfe des SACC während der Trockenheit früherer Jahre und nach der Überflutung 1984. Bischof Tutu hat seine Präferenzen; Scheu vor Kritik kennt er nicht.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

WESER KURIER

Die Bremer Zeitung geht auf Diskussionen zur Wehrdienstverlängerung ein:

Die Frage der Verlängerung der Wehrdienstzeit von 15 auf 18 Monate als wesentlicher Bestandteil der Bundeswehrplanung für die kommenden 15 Jahre, die morgen als Tischvorlage vom Bundeskabinett beraten werden soll, dürfte damit vorerst auf Eis gelegt worden sein. Bei näherem Hinsehen entpuppt sich Wörners Wandel als rein rhetorischer Schwenk. Seitdem sich die geburtenschwachen Jahrgänge ankündigten, ist die 18monatige Dienstzeit auf der Hardthöhe stets nur als ein Weg zur Lückenauffüllung angesehen worden. Die Bundeswehrplaner haben bereits eingehend die Herabsetzung der Tauglichkeitskriterien, die Einberufung von Polizeibeamten, die bisher vom Wehrdienst befreit waren, die intensivere Heranziehung von Reservisten sowie die Einstellung weiblicher Uniformierten geprüft. Das Ergebnis war ja eben, daß all diese Maßnahmen keinen Verzicht auf die Verlängerung der Wehrdienstzeit zuließ, wenn die Bundeswehrstärke nicht reduziert werden sollte.

NEUE RUHR ZEITUNG

Die Essener Zeitung kommentiert die Rentenversicherung:

Norbert Blüm hat immer gegen die „Verschiebebahnhöfe" gewettert. Jetzt schiebt er selbst die Milliarden zwischen Krankenkassen, Arbeitslosenversicherung und Rentenversicherung hin und her, wie es ihm gefällt. Das mag noch vor zwei Jahren am Platze gewesen sein, als es darum ging, den Bundeshaushalt zu sanieren. Da mußte schnell gespart und hart entschieden werden, heute aber, wo nicht mehr vom Sparen, sondern von neuen sozialen Wohltaten die Rede ist, muß diese Flickschusterei endlich ein Ende haben. Die neuesten Informationen aus Bonn lassen nicht darauf schließen, daß die Sozialpolitik nun in ruhige Gewässer geführt wird und die Zeit der hektischen Änderungen des Sozialrechts vorbei ist, im Gegenteil. Ständig tauchen neue Pläne auf, werden Überlegungen jeder Richtung angestellt – und am Ende bleibt es bei der alten Methode, die Löcher von einem auf das andere Jahr zu stopfen und das Geld dafür daher zu nehmen, wo man es zufällig findet.

Nordwest Zeitung

Die Oldenburger Zeitung meint zum neuen Personalausweis:

Justizminister Hans Engelhard sieht in rechtspolitischer Hinsicht derzeit „keinen Handlungsbedarf". Soweit das Justizressort – wegen des Datenschutzes und anderer Rechtsvorschriften – an den Vorbereitungen für den fälschungssicheren Personalausweis beteiligt ist, stimmt dies wohl kaum. Das leidige Projekt schiebt die Koalition schon viel zu lange vor sich her, wahrhaft kein Ruhmesblatt für ein Regierungsbündnis, das mehr Effektivität und Bürgernähe versprach.

Mannheimer MORGEN

Er meint zu Brandts Besuch in Managua:

Willy Brandts Versuch, als Präsident der Sozialistischen Internationale bei seinem Nicaragua-Besuch im Konflikt zwischen der sandinistischen Revolutionsregierung und der bürgerlichen Opposition zu vermitteln, ist gescheitert ... Den Sandinisten gelang es offenkundig, Brandt für sich einzunehmen.

Wie Moskau die Gedenkfeier des 8. Mai 1945 vorbereitet

Ein wichtiges Thema wird zu Disziplinierungszwecken „besetzt" / Von Werner Kahl

Von der Öffentlichkeit weithin unbeachtet, hat der Kreml frühzeitig ein neues Datum in der Deutschlandpolitik „besetzt". Von Moskau geht die Weisung aus, den 8. Mai 1985 zum größten aller Huldigungsfeste zu machen. Analog sind die „sozialistischen Bruderländer" zwischen Elbe und Schwarzem Meer aufgerufen, diesen Tag im Geiste unverbrüchlicher Treue und der Einheit der Gemeinschaft zu begehen.

Den 40. Jahrestag der bedingungslosen Kapitulation des deutschen Reiches versteht die Sowjetunion nicht nur als durchaus berechtigten Anlaß, ihren opferreichen Sieg über das Hitler-Regime zu feiern; am roten Zarenhof soll damit zugleich den Genossen in Mitteldeutschland und Osteuropa klargemacht werden, daß sie die Befreiung im Mai 1945 als Lehen zu verstehen haben, das sie mit unverwandelbarer Gefolgschaft zu verzinsen haben. So bietet der bevorstehende Jahrestag Moskau willkommenen Anlaß, von der Linie abgewichenen Genossen die Leviten zu lesen und die Zügel straffer anzuziehen.

Ohne ihre durch die Rote Armee gesicherte Hausmacht besäßen schließlich weder Honecker noch die tschechoslowakischen Verwalter des achtundsechziger Invasionsfriedens ihre Pfründe. Nach dieser Erkenntnis hat denn auch die SED-Führung sogleich die erste Veranstaltung des neuen Vortragszyklus für leitende Kader der Einheitspartei in Ost-Berlin dem Gedenktag gewidmet und den Rektor der Parteihochschule „Karl Marx" als Instrukteur verpflichtet.

Daneben bemüht Honecker sich weiterhin um internationale Aufwertung; SED-Emissäre sondierten nicht nur in Athen und Rom, Fühler wurden auch nach Paris und Brüssel ausgestreckt. Bisher hieß es jedoch immer, ein Empfang in mit Bonn befreundeten europäischen Staaten werde erst nach einem Besuch Honeckers in der Bundesrepublik geprüft. Eine Begegnung mit dem deutschen Bundeskanzler erscheint unter den gegenwärtigen Umständen und den vom Kreml vorgegebenen Terminen vor Ablauf des kommenden Jahres wenig wahrscheinlich.

Bis dahin wird man sehen, wie sich das Verhältnis der Supermächte zueinander entwickelt und wie der SED-Chef nicht nur mit den wirtschaftlichen Schwierigkeiten, sondern auch mit Kritikern im eigenen Haus fertig wird – wobei im Propagandalärm der letzten Wochen gegen die angeblich revanchistische und rassistische Bundesrepublik doch wieder einige moderate Töne an die Adresse Bonns zu hören waren. Daß der Meinungsbildungsprozeß in der Kremlführung abgeschlossen ist, muß indessen bezweifelt werden. Vielleicht gibt die vorgezogene Sitzung des Zentralkomitees der KPdSU trotz des Tagesordnungs-Hauptpunktes Landwirtschaft demnächst mehr Aufschlüsse.

Die Interessenlage der Partei macht es zunächst erforderlich, eine einheitliche Meinungsbildung wiederherzustellen. Auf der Budapester Konferenz der KPdSU und der Bruderparteien aus dem Ostblock hatte es eine Patt-Situation gegeben. Wie sehr dieser Zustand die Sowjets irritiert, geht aus einem Text über die „Internationale Kommunistische Bewegung" hervor, den ein Moskauer Autorenkollektiv unter Leitung Wadim Sagladins in diesen Tagen in deutscher Übersetzung vorlegte. Da ist von Mitgliederschwund in kommunistischen Parteien die Rede und davon, daß Kommunisten ihre Erfolge nicht immer „verdauen" könnten. Kritisiert wird „eine gewisse Belebung der opportunistischen Kräfte", mit der Aufforderung, opportunistische Schwankungen zu überwinden. Und: Die Kommunisten hätten entschieden gegen „Raffgier und Besitzstreben" in der Jugend zu kämpfen.

Hinzu kommt die für Moskau fällige Erneuerung des Warschauer Paktes am 5. Juni 1985. Dabei tut sich der Kreml schwer, die Bundesrepublik Deutschland als einen revanchelüsternen Staat darzustellen, der die kriegerische Eroberung Mitteldeutschlands betreibt. Kurz, man hat Gründe, den 8. Mai 1945 als die große Anti-Bonn-Veranstaltung (plus: Treuekundgebung der „Befreiten") zu inszenieren.

Im freien Teil Deutschlands wird man überlegen müssen, wie der 8. Mai 1945 im Bewußtsein aller Deutschen unter dem Begriff der Befreiung von der Diktatur begangen werden kann. Warum sollte es nicht möglich sein, Repräsentanten der Anti-Hitler-Koalition in der freien Welt an diesem Tag zu einer Gedenkfeier am Brandenburger Tor, vor dem Reichstagsgebäude, zu versammeln? Dort, wo russische Soldaten die Hakenkreuzsymbole niederrissen und dem deutschen Volk die „Befreiung" verkündeten? Die Feier würde darauf hinweisen, was aus Deutschland nach der „Befreiung" im Westen und im Osten unseres Vaterlandes geworden ist. Welcher Ort eignet sich besser für eine solche Kundgebung als Berlin?

Die Immunbiologie – ein Weg zur Krebsbekämpfung

Bei der Verleihung von Nobelpreisen ist die praktische Bedeutung der ausgezeichneten Forschungsergebnisse meist noch nicht absehbar. Beim diesjährigen Medizinpreis ist es anders: die Erfolge in der Krebsbekämpfung stehen bevor.

Von JOCHEN AUMILLER

Beinahe hätte die Max-Planck-Gesellschaft zu lange taktiert: Seit 1982 ist sie in Verhandlungen mit Georges Köhler, um ihn als Leiter für das Institut für Immunbiologie in Freiburg zu gewinnen. Die Berufung erfolgte gerade noch rechtzeitig: Jetzt kann die ehrwürdige Gesellschaft einen neuen Nobelpreisträger vorweisen. Professor Peter Hans Hofschneider, Virologe am Max-Planck-Institut für Biochemie in München, kommentierte: „Wir freuen uns diebisch, daß wir ihn rechtzeitig berufen haben." Köhler liegt besonders den Münchenern am Herzen, denn München ist seine Heimatstadt, dort wurde er 1946 geboren. Ministerpräsident Franz Josef Strauß ließ es sich auch nicht nehmen, in einem Telegramm die außergewöhnliche Leistung des in die Fremde gegangenen Münchener Kindels zu würdigen.

In allen Elogen für die neuen Nobelpreisträger tauchte immer wieder das Basler Institut für Immunologie auf. Was kaum erwähnt wurde: Diese Immunologen-Brutstätte wird voll finanziert von einem pharmazeutischen Weltkonzern, nämlich Hoffmann La Roche. Der Däne Niels Kai Jerne und Köhler arbeiteten dort völlig unabhängig und brachten die Immunologie ein großes Stück voran. Dieses Basler Institut ist in der Tat einmalig: Ein Pharmakonzern leistet sich einen solchen Elfenbeinturm, ohne wissen oder programmieren zu können, daß auch vermarktbare Ergebnisse zu erwarten sind: eine Spielwiese für hochkarätige Grundlagenforscher, ein Prestigeobjekt.

Ein „Ritterschlag" für Wissenschaftler

Der diesjährige Nobelpreis, noch immer der wichtigste „Ritterschlag" für Wissenschaftler, fiel auf ein Fachgebiet, das lange Zeit wenig beachtet wurde. Erst in den letzten 20 Jahren hat die Immunologie einen kometenhaften Aufschwung erlebt. Sie ist heute ein zentrales Gebiet, von dem man sich Fortschritte nicht nur in der Krebsbekämpfung, sondern auch in der Behandlung von Rheumaerkrankungen und einer langen Liste anderer Leiden erhofft. Die kürzeste Umschreibung dessen, was Immunologie bedeutet: „die Wissenschaft der Unterscheidung von Selbst und Nicht-Selbst". Hinter dieser zunächst trivial erscheinenden Definition verbirgt sich eigentlich alles, was unser Leben biologisch ermöglicht: in erster Linie aber die Abwehrkräfte, die uns tagtäglich davor schützen, irgendeinem Krankheitskeim zu erliegen.

Das Immunsystem bildet Gegenstoffe, Antikörper, die Bakterien, Viren oder Pilze eliminieren – jedenfalls im Normalfall. Diese Antikörper werden von speziellen Zellen gebildet, die über molekulare Signale erfahren, daß sie gegen einen bestimmten zellulären Eindringling vorgehen müssen.

Fehlsteuerungen des Immunsystems können die unterschiedlichsten Auswirkungen haben. Ist es geschwächt, etwa durch einen angeborenen Defekt, wird der Mensch schlichtweg zum lebenden Nährboden für Krankheitskeime, lebensbedrohliche Infektionen drohen. Reagiert das Immunsystem auf fremde Reize überschießend, kommt es zu Allergien bis hin zum tödlichen anaphylaktischen Schock. Es kann aber auch fehlgeleitet sein. So sind viele Krankheiten darauf zurückzuführen, daß die Abwehrzellen nicht mehr zwischen selbst und fremd unterscheiden können, sie greifen den eigenen Körper an, es kommt zu den sogenannten Autoaggressionskrankheiten.

Diese wenigen Streiflichter aus der Welt der Antikörper, Freßzellen und ihrer Reaktionsfähigkeit genügen, um wenigstens einen annähernden Eindruck von der Komplexität des Immunsystems zu bekommen. Vor diesem Hintergrund wird die Leistung der Laureaten deutlicher. Sie haben sich nämlich des Immunsystems bedient, um neue Diagnose- und Therapieverfahren zu entwikkeln. Die Basis legte Niels Jerne. Sein Plaque-Test schaffte die Voraussetzung für die Erkennung einzelner Immunzellen. Damit ließen sich antikörperbildende Zellpopulationen nachweisen.

Der nächste Schritt war dann die sogenannte Hybridomzüchtung. Dabei werden zwei Zell-Linien miteinander verschmolzen. Eigenschaften von völlig unterschiedlichen Zellen lassen sich so auf ein neues „Kunstprodukt", die Hybridomzelle, übertragen. Der Trick dabei: Die eine Linie besteht aus einer speziellen Krebszelle, deren Wachstumsaktivität benötigt wird. Nimmt man als Fusionspartner eine Antikörper bildende Zelle, so wird im Reaganzglas eine ständig weiterwachsende Hybridomzelle gezüchtet, die wie ein Fließband Antikörper produziert. Eine unsterbliche Fabrik.

1975 waren Cesar Milstein und sein Schüler Georges Köhler soweit. Sie beschrieben erstmals die Methode der Hybridomzüchtung. Die Tür in ein neues Zeitalter der Immunologie war aufgestoßen. Jetzt war es möglich, Antikörper gewissermaßen in Reinkultur zu züchten. Die Technik wurde so verfeinert, daß heute Antikörper gegen winzigste Gewebestrukturen auf diese Weise produziert werden, ja, sogar gegen bestimmte Strukturen der Zellmembranen, etwa gegen Rezeptoren, an denen Arzneimittel angreifen.

Die monoklonalen Antikörper, die mit Milsteins und Köhlers Pionierleistung möglich wurden, haben inzwischen breiten Eingang in der Forschung, aber auch schon in der Klinik gefunden. Sie sind, wie es der Münchner Immunologe Professor Gerd Riethmüller ausdrückt, „die schärfsten Lupen, die wir in der Medizin heute haben". Er meint damit natürlich keine optischen Instrumente, sondern molekularbiologische, die zu den vielfältigsten Nachweisen zu gebrauchen sind. Die Gewebetypisierung, wie sie vor Organtransplantationen durchgeführt wird, ist ebenso mit monoklonalen Antikörpern üblich geworden wie der Nachweis bestimmter Krebsantigene. Solche Krebstests signalisieren, daß etwa eine Geschwulst des Magen-Darm-Traktes nach der Operation wieder zu wachsen beginnt. Deshalb gehören solche Tests bei dieser Patientengruppe zum festen Bestandteil der Krebsnachsorge.

Noch im experimentellen Stadium ist die Verwendung der monoklonalen Antikörper als Transportvehikel. Da sie so gezüchtet werden, daß sie präzis an bestimmten Geweben oder auch an „entarteten" Zellstrukturen ankoppeln können, lassen sie sich als Steuerungssystem verwenden, das eine bestimmte Last zum Zielgebiet bringt. Die Last kann entweder aus Arzneimitteln oder aus radioaktiven Isotopen bestehen. Vor allem für die Krebstherapie sind diese gezielten Schüsse auf die Wucherung von größter Bedeutung. Einmal lassen sich so Krebsmedikamente in den Tumor dirigieren, ohne daß anderes, gesundes Gewebe beschädigt wird. Den gleichen tödlichen Zweck hat auch die Ankoppelung von radioaktiven Substanzen an monoklonale Antikörper: Die Strahlen werden genau dort hin gelenkt, wo sie ihre Wirkung entfalten sollen.

Antikörper aus dem Reagenzglas

Inzwischen ist man dabei, gegen die unterschiedlichsten Tumoren monoklonale Antikörper im Reagenzglas zu konstruieren. Auf Schwierigkeiten trifft die Methode allerdings bei Krebszellen, die sich durch keine äußeren Merkmale, d. h. besondere Strukturen auf der Zellmembran, hervortun.

Aber nicht nur die Krebsforschung hat durch die neue immunologische Technik der Bildung von monoklonalen Antikörpern wesentlichen Auftrieb bekommen, auch andere medizinische Fachgebiete profitieren davon. Möglicherweise ist damit in den nächsten Jahren eine gezieltere Arzneimitteltherapie möglich.

Die Forschungsergebnisse des Münchener Instituts für Immunologie lassen auch hoffen, daß Patienten mit Wundstarrkrampf mit speziellen Antikörpern noch geholfen werden kann. Im Mäuseversuch funktioniert es jedenfalls schon hervorragend.

Auch bei einer Arzneimittelvergiftung kann ein monoklonaler Antikörper lebensrettend sein, nämlich bei einer Überdosierung der Digitalispräparate, wie sie viele Herzkranke einnehmen.

Die Leistung der drei Laureaten läßt sich heute schon in etwa absehen: Sie haben die theoretischen Grundlagen für eine neue immunologische Methode geschaffen, die nicht nur den Wissenschaftlern hilft, weiter in die Rätsel unbekannter Krankheitsursachen einzudringen. Mindestens ebenso wichtig ist die praktische Nutzung der Methode zur Verbesserung der Diagnostik zahlreicher Erkrankungen. In den nächsten Jahren, so hoffen die Experten, können möglicherweise auch die Krebskranken davon profitieren, nämlich durch neuartige Therapieverfahren.



Auf Schloß Augustusburg gab Bundespräsident Richard von Weizsäcker am Montagabend seinem Gast Nicolae Ceausescu ein feierliches Abendessen FOTO: WEREK

Ein Hauch von Monarchie umwehte den Gast aus Rumänien

Für Bonn war Nicolae Ceausescu eine Attraktion: Der einzige Ostblockführer, der trotz Moskaus Veto die Bundesrepublik besuchte. Mit meist unbewegter Miene, aber sichtlich auf Harmonie bedacht, stimmte der Rumäne in der Bejahung des West-Ost-Dialogs mit der Bundesregierung überein. Nur kritische Hinweise auf die Rumäniendeutschen bereiteten ihm Kopfschmerzen.

Von BERNT CONRAD

Ein Hauch von Monarchie lag in der Luft, als Richard von Weizsäcker am Montag morgen vor der zierlichen Kulisse von Schloß Falkenlust, unter breit ausladenden, herbstlich gefärbten Kastanienbäumen, seinen ersten Staatsgast begrüßte. Nicolae Ceausescus Mitarbeiter waren mit dem eher bescheidenen Ambiente ursprünglich nicht zufrieden gewesen. Doch der rumänische Staats- und Parteichef, der im dunkelblauen Regenmantel neben dem Bundespräsidenten raschen Schrittes über den längsten roten Teppich in der Geschichte der Bundesrepublik an dem Bundeswehr-Wachbataillon vorbeidefilierte, paßte recht gut in die höfisch-ländliche Szenerie.

Gewiß kein Serenissimus, aber in seiner selbstbewußt-introvertierten Art, seinem autokratischen Status auf mittelstaatlicher Ebene einem absolutistischen Herrscher aus der Zeit des Kölner Kurfürsten Clemens August durchaus nicht unähnlich, bildete das Rokoko-Jagdschloß aus dem 18. Jahrhundert einen für ihn durchaus honetten Rahmen.

Richard von Weizsäcker, der seinen Amtssitz, die Villa Hammerschmidt, derzeit renovieren läßt, hatte in Falkenlust eigentlich schon den „DDR"-Staatsratsvorsitzenden Erich Honecker und den bulgarischen Staats- und Parteichef Todor Schiwkow empfangen wollen. Doch der Kreml setzte ihre Absage durch. Deshalb war nun Ceausescu der Premierengast.

Weil es eine Uraufführung war, mußte sich der neue Bundespräsident – locker und souverän wie immer, aber noch nicht routiniert – erst einarbeiten. Als er vor der Ankunft Ceausescus lässig die wartende Truppe passierte, erhielt er den protokollarischen Rat, „gemessenen Schrittes" zu gehen. Nach dem Abschreiten der Formation mit dem Staatsgast rief der Kommandeur den Davoneilenden mahnend nach: „Herr Bundespräsident, die Abmeldung!"

Die Sicherheitsvorkehrungen zum Schutz des rumänischen Staatschefs waren streng. Doch die im Schloßpark hängenden Schilder „Nicht in die Bäume werfen" galten wohl eher jugendlichen Kastaniensammlern. Ceausescu bemerkte sie ebenso wenig wie den amtlichen Hinweis, daß die stilvollen Räume des Jagdschlosses normalerweise zur Besichtigung freigegeben sind.

Der Gast selbst wurde an seinen beiden Besuchstagen keineswegs neugierigen Augen ausgesetzt. War es Rücksicht auf sowjetische Einwände oder tatsächlich, wie offiziell angegeben, Zeitnot wegen der Vorbereitung des 13. Parteitages der rumänischen KP? Ceausescu jedenfalls mied den von ihm selbst sonst sehr geschätzten Aufwand eines Staatsbesuches. Es gab keine Kranzniederlegung und keine Eintragung in das Goldene Buch der Stadt Bonn, anfangs geplante Visiten in Bayern und Baden-Württemberg wurden gestrichen. Begegnungen mit der Presse wich der Rumäne peinlichst aus.

Dies tat der angenehmen Atmosphäre, zunächst im Gespräch mit dem Bundespräsidenten, später beim Bundeskanzler keinen Abbruch. Ceausescu hatte den Groll des Kreml in Kauf genommen, um seine Reise nach Bonn nicht absagen zu müssen. Richard von Weizsäcker und Helmut Kohl – erpicht darauf, nicht den Eindruck einer durch die Nachrüstung verursachten neuen „Eiszeit" entstehen zu lassen – honorierten die Standfestigkeit des Rumänen. So verliefen die Gespräche freundlich, auch wenn man nicht immer übereinstimmte.

Der Bundeskanzler allerdings mußte am Montag nachmittag fast eine Stunde auf den Gast warten. Denn trübes, naßkaltes Wetter verhinderte einen Hubschrauberflug von der vorübergehenden Residenz Ceausescus, Schloß Gymnich, zum Bonner Kanzleramt.

Beim Gespräch mit Kohl und vor allem beim festlichen Abendessen auf Schloß Augustusburg bei Brühl zeigte sich dann, daß Gastgeber und Gast in dem grundsätzlichen Wunsch nach Belebung des Ost-West-Dialogs voll übereinstimmten. Als der Bundespräsident in der prachtvoll dekorierten Barock-Kulisse die „territoriale Integrität aller Staaten in Europa in ihren heutigen Grenzen" betonte, regte sich bei Ceausescu, der bis dahin das Geschehen ohne sichtbare Reaktion, mit unbewegter Miene über sich hatte ergehen lassen, ungewohnte Spontanität. Von seinem vorbereiteten Redetext abweichend, rühmte er die von Weizsäcker gezeichnete „klare Perspektive". Heute sei es notwendiger denn je, so versicherte er, daß man die Unverletzlichkeit der Grenzen klar und fest ausspreche, damit jedes Mißverständnis beseitigt werde.

Das hieß im Klartext: Der Bundespräsident, der sich weitgehend an zuvor von Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher benutzte Formulierungen hielt, hatte den von Moskau erhobenen Vorwurf des „Revanchismus" widerlegt. Damit war für Bonn ein wichtiges Ziel des Besuches erreicht. Um so entspannter konnte die Gästeschar in Brühl – von dem exzellenten Menü mit Baumtomatensuppe, Seezungenschleifen in Hummersoße, Wildentenbrust mit Pfifferlingen und Trüffel und „Apfelcharlotte" hoch befriedigt – den auf Balthasar Neumanns Prachttreppe erklingenden Harmonien von Bach, Vivaldi und Händel lauschen.

Etwas unangenehm wurde es für Ceausescu an jenem Abend und in diesen Tagen nur, wenn vom Schicksal der 300 000 Rumäniendeutschen die Rede war. Zwar konnte der Gast darauf verweisen, daß die abgesprochene Ausreise von rund 1300 Deutschen im Monat programmgemäß vonstatten gehe. Kopfschmerzen aber bereitete ihm die immer wieder zur Sprache gebrachten „Schmiergelder", die offiziöse Agenten von den Ausreisewilligen verlangen. Ceausescu erbat Informationen über konkrete Einzelfälle und wies gleichzeitig indigniert auf die Notwendigkeit der Diskretion hin.

So war es schon vor mehr als einem Jahr zugegangen, als Genscher am Schwarzen Meer die illegalen Geldforderungen für die Ausreise aus Rumänien monierte. Bonn hofft noch immer auf Abhilfe.

WIE WAR DAS?

Als Bukarest und Bonn Botschafter austauschten

Von GEORG SCHRÖDER

Am 31. Januar 1967 vereinbarten der rumänische Außenminister Corneliu Manescu und Bundesaußenminister Willy Brandt in Bonn die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen ihren Staaten. Am 23. Mai wurden Botschafter ausgetauscht. Am 4. Juli wurde die Bonner Handelsvertretung in Bukarest in eine Botschaft umgewandelt.

All das spielte sich ohne Trompetengeschmetter ab, aber jedermann in West wie Ost wußte, daß dies ein Signal war. Wer das nicht im voraus geahnt haben sollte, wurde vom Kreml mit der Nase darauf gestoßen. Denn dort wurde die neuerliche Bekundung der Rumänen, daß sie entschlossen waren, ihren außenpolitischen Kurs zumindest relativ unabhängig zu steuern, mit einer lautstarken verschärften antideutschen Propaganda beantwortet. Man mühte sich in Moskau, die Bundesrepublik als revanchelüstern und als Spaltpilz der sozialistischen Weltbewegung in den Augen der übrigen Mitgliedstaaten des Warschauer Paktes zu diskreditieren. Ulbricht wurde von Moskau angehalten, Schikanen im Berlin-Verkehr zu inszenieren.

Worum ging es dem Kreml dabei vor allem? Ungarn und Polen sollten gewarnt werden, nicht dem rumänischen Beispiel zu folgen und Konsequenzen aus ihren eigenen Interessen zu ziehen. Denn diese Interessen politischer und wirtschaftlicher Natur drängten sie auf Verständigung und Zusammenarbeit mit Bonn. Das war in den vorangegangenen Jahren sehr deutlich geworden, wenn Diplomaten hinter vorgehaltener Hand sich in Andeutungen ergingen.

Bis zur Aufnahme der diplomatischen Beziehungen mit Rumänien war es ein langer Weg gewesen. Bundesaußenminister Gerhard Schröder hatte als ersten Schritt auf dem Weg zu diesem Ziel sich überall gemüht, Handelsvertretungen zu errichten. Das führte 1963 zu Erfolgen nicht nur in Bukarest, sondern auch in Budapest und Warschau. Die Bundesregierung hätte es gern gesehen, wenn Ungarn als erstes den Schritt zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen getan hätte. Daß Bukarest dazu bereit war, wußte man bald. Als erster rumänischer Minister war im Mai 1966 der rumänische Außenhandelsminister Gheorghe Ciora nach Bonn gekommen. In seinen Gesprächen mit Bundeswirtschaftsminister Schmükker gab Ciora zu verstehen, Rumänien sei nicht nur an Wirtschaftsfragen interessiert, sondern auch an diplomatischen Beziehungen.

Im Januar 1967 war es dann soweit. Die neue Regierung der Großen Koalition ließ in Bukarest über die Aufnahme dieser Beziehungen verhandeln. Ende Januar kam dann der rumänische Außenminister Manescu nach Bonn, um die Vereinbarung über die Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zu treffen.

SPD: Berlin braucht mehr Hilfe aus Bonn

DW. Berlin

Die SPD-Bundestagsfraktion hat gestern zum Abschluß ihrer zweitägigen Beratungen im Reichstag eine Berliner Erklärung beschlossen, mit der sie umfangreiche wirtschaftliche Forderungen an die Bundesregierung stellt (WELT v. 16. 10. 84). Die Opposition wirft der „neuen Koalition" vor, ihre Wahlversprechen „Arbeit zu schaffen und soziale Gerechtigkeit für alle wieder herzustellen" auch den Berlinern gegenüber nicht gehalten zu haben. In einem umfangreichen Forderungskatalog wird die Bundesregierung aufgerufen, die Arbeitsplätze, die wirtschaftliche Zukunft der Stadt und die Lebensqualität in Berlin zu verbessern.

Außerdem sollen internationale Begegnungen gefördert und in Verhandlungen mit der „DDR", der Sowjetunion und den alliierten westlichen Schutzmächten weitere menschliche Erleichterungen für die Berliner erreicht werden.

Der Katalog, von der Arbeitsgruppe Berlin unter Leitung ihres Spitzenkandidaten für die Abgeordnetenhauswahlen im März, Hans Apel, erarbeitet, wirft der Regierung vor, bei ihren Verhandlungen mit der „DDR" die Interessen Berlins „gravierend vernachlässigt" zu haben. „Ungeschick, fehlendes Wissen und mangelhaftes Gespür sowie die Vernachlässigung ständiger Kontakte zwischen Bonn und Berlin" hätten dazu geführt, daß die „jüngst erreichten notwendigen und zu begrüßenden menschlichen Erleichterungen im deutsch-deutschen Verhältnis den Berlinern nicht zugute kommen".

Als konkrete Maßnahmen sieht die Erklärung vor, Bundesunternehmen zu mehr Berlin-Aufträgen zu veranlassen und ihr betriebliches Engagement dort zu verstärken. Von 1985 an solle sichergestellt werden, daß Unternehmen, die Fördermittel für Forschungs- und Entwicklungsvorhaben erhielten, einen bestimmten Teil nach Berlin fließen ließen.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

Kann Wörner sich mit seiner Zukunftsplanung durchsetzen?

Starke Vorbehalte in der FDP gegen eine Verlängerung des Grundwehrdienstes

rmc/hey. Bonn

Im Zeichen großer Unsicherheit berät heute die Bundesregierung die Vorschläge von Verteidigungsminister Wörner zur Planung der Bundeswehr für die nächsten fünfzehn Jahre. In der Koalition weiß niemand die Frage mit ausreichender Sicherheit zu beantworten, ob die Fraktionen von CDU/CSU und FDP auch zur Verlängerung des Wehrdienstes um drei Monate bereit sind. Dies gilt in den Planungen der Hardthöhe als die wichtigste Maßnahme zur Minderung der Folgen aus den geburtenschwachen Jahrgängen.

Aus den Reihen der Koalition sind zwar am Vorabend der Kabinettssitzung beruhigende Erklärungen gekommen. So sagte zum Beispiel der Vorsitzende des Verteidigungsausschusses des Bundestages, der CSU-Abgeordnete Biehle, zur WELT, das Kabinett werde Wörners Planung nicht nur zur Kenntnis nehmen, sondern auch eine Absichtserklärung beschließen, die die Verlängerung des Grundwehrdienstes um drei Monate von 1989 an noch im Verlaufe dieser Legislaturperiode vorsehe. Trotzdem gilt dieses Ergebnis in Regierungskreisen noch nicht als ausgemacht. Zu dieser Unsicherheit hat in den letzten Tagen am meisten die FDP beigetragen, deren Sprecher verdeutlichten, sie seien nur dann bereit, der Verlängerung des Grundwehrdienstes zuzustimmen, wenn alle anderen Maßnahmen vorher ausgeschöpft worden seien. Der FDP-Bundestagsabgeordnete Ronneburger sagte gegenüber der WELT, er erwarte nicht, daß das Bundeskabinett heute abschließend über die Bundeswehrplanung entscheiden werde.

Nicht nur der Verlängerung des Grundwehrdienstes wird in der FDP heftiger Widerstand entgegengesetzt. Ähnlich verfährt die Partei auch mit dem Friedensumfang der Bundeswehr, der heute mit gewissen Schwankungen bei 495 000 Mann liegt. Diese Zahl möchte Wörner unter allen Umständen halten, auch unter Einsatz der Verfügungsbereitschaft, die es dem Verteidigungsminister erlaubt, bereits aus dem Grundwehrdienst entlassene Wehrpflichtige ohne Beschluß der Regierung allein aufgrund einer Anordnung des Verteidigungsministeriums in die Kasernen zurückzubeordern. Für den FDP-Bundestagsabgeordneten Feldmann erscheint dies aber nicht als entscheidende Richtgröße der Bundeswehrplanung. Er will, wie er kürzlich in einem Interview sagte, sogar das „operative Minimum", das die Hardthöhe mit 456 000 Mann beziffert, als nicht bindend betrachten. Dies tun die Planer im Verteidigungsministerium. Würde man den Friedensumfang unter die genannte Zahl sinken lassen, müßte die Bundeswehr dann einige Großverbände auflösen.

In einer Vorlage an die FDP-Bundestagsfraktion hat Ronneburger die Bedenken gegen die Verlängerung des Wehrdienstes zusammenfassen lassen. Darin heißt es, 18 Monate Wehrdienstdauer würden „das Problem des Gammelns" verschärfen. Schließlich hätten die Reservisten nach neuester Planung zusätzlich alle zwei Jahre etwa 14 Tage Wehrübung abzuleisten. Dies könne ihnen berufliche Nachteile bringen. Ungediente, weibliche oder auch ausländische Bewerber würden bevorzugt. Deshalb, so die Vorlage, werde die FDP einer Verlängerung des Grundwehrdienstes „nur nach Ausschöpfen aller anderen Möglichkeiten" zustimmen.

Daß dies in Wörners Planungen geschehen ist, wird in der Vorlage bezweifelt. So schlägt vor, den Umfang der auf zwei Jahre verpflichteten Soldaten auf Zeit (SaZ 2) um 10 000 Stellen zu erhöhen. Weiter will sie freiwillige weibliche Soldaten in die Bundeswehr aufnehmen. Als Bedingung dafür wird genannt, keine Verwendung bei unmittelbarer Gefährdung durch feindliche Waffenwirkungen. Weiter wird die Übernahme von Aufgaben des Soldaten durch die zivile Bundeswehrverwaltung erwogen, der Einsatz von „Teilzeitsoldaten", die etwa bei Manövern als Reservisten in Uniform Dienst tun sollen, ein waffenloser Dienst von Kriegsdienstverweigerern im Sanitätsdienst sowie eine gezielte Reduzierung bei Schulen, Ämtern und in Kommandobehörden der Bundeswehr.

Seite 2: Achtzehn Monate

„Irreführende Propaganda"

pje. Bonn

Als einen „Höhepunkt irreführender Propaganda" hat der Verband der Angestellten-Krankenkassen die Kritik der Krankenhäuser an der Neuordnung der Krankenhausfinanzierung bezeichnet. Angesichts der 164 Milliarden Mark, die die gesetzliche Krankenversicherung seit 1973 für den Betrieb von Krankenhäusern und der 29 Milliarden Mark, die der Bund und die Länder in dieser Zeit für Investitionen ausgegeben hätten, sei es grotesk, den Krankenkassen zu unterstellen, sie wollten den Kliniken finanzielle Mittel verweigern.

Neuer libanesischer Parlamentspräsident

AFP, Beirut

Der ehemalige Generalsekretär der schiitischen Amal-Bewegung, Hussein al Husseini, ist gestern zum neuen Vorsitzenden des libanesischen Parlaments gewählt worden. Husseini setzte sich gegen den bisherigen Amtsinhaber Kamal el Assad durch. Husseini wird von Syrien unterstützt.

Der unterlegene Kamal el Assad war seit 1971 Parlamentspräsident, er unterstützte das libanesisch-israelische Abkommen vom Mai 1983. Syrien hatte sich seiner Wiederwahl widersetzt.

CSU: Papier ist eine Fälschung

dpa, München

Eine „Fälschung" ist nach Auskunft der CSU-Landesleitung ein angebliches internes „CSU-Papier", das Überlegungen zu einer Großen Koalition von Union und SPD nach der Bundestagswahl 1987 enthält. Die Verbreitung des Papiers kurz vor dem CSU-Parteitag am kommenden Wochenende lasse den Schluß zu, daß damit das Münchner Parteitreffen „gezielt gestört werden soll", meinte gestern CSU-Sprecher Godel Rosenberg. Die West-Berliner „Tageszeitung" (taz) hatte gestern aus dem angeblichen CSU-Papier zitiert.



Achim Rohde eingerahmt von Gerhart Baum (links) und Jürgen Möllemann. FOTO: AP

Mit Rohde macht sich in der FDP gedämpfter Optimismus breit

WILM HERLYN, Mülheim

Vor vier Tagen noch suchte er seine Partei – die Führungsspitze tagte an geheimgehaltenem Ort und vergaß, den Hauptdarsteller rechtzeitig zu informieren. Heute nun soll er die Freien Demokraten wieder in den nordrhein-westfälischen Landtag zurückführen. Achim Rohde, der 48jährige ehemalige Düsseldorfer Regierungspräsident wurde erwartungsgemäß vom FDP-Landesvorstand „für Platz eins der Reserveliste und damit als Spitzenkandidat" dem Parteitag am 15. Dezember in Gütersloh vorgeschlagen.

„Die drei Grazien" – lebensgroße Keramikplastiken von Professor Leuber aus dem Jahr 1926 – lächelten milde und nackt auf die Vorstandsmitglieder im Wintergarten der Mülheimer Stadthalle herunter. Dort legten am Montag abend nur Otto Graf Lambsdorff und Jürgen W. Möllemann die Jacke ab – zugeknöpft gab man sich. „Kein Palaver", mahnte Möllemann angesichts der Journalisten, die neugierig durch die Gardinen lugten. Alt-Ehrenvorsitzender Willi Weyer unterstützte ihn dieses Mal.

Jener Weyer hatte noch auf der letzten Sitzung die Demontage des designierten Kandidaten Jürgen W. Möllemann parteioffiziell begonnen, indem er in Gegenwart des Deliquenten mögliche andere Aspiranten von Irmgard Adam-Schwaetzer bis Gerhart Rudolf Baum befragte: „Willst Du, willst Du oder willst Du?" Auch Rohde verneinte, gab aber später zu erkennen, daß diese Art der Hinrichtung in der FDP nicht üblich sei. Er sprang, als Möllemann offiziell verzichtete, mutig in die Bresche: „Ich will es machen."

Die Taktik Baums

Daß auch Baum später Anspruch anmeldete, störte niemanden in der Partei. Zu offensichtlich war die Taktik des ehemaligen Bundesinnenministers: Er wird nämlich auf seinen „Einsatz" hinweisen können, wenn 1987 zur nächsten Bundestagswahl wieder die Bewerberliste aufgestellt wird. „Was hätte der Augen gemacht", frozzelte in Mülheim ein Vorständler, „wenn der Rohde verzichtet und ihm den Vortritt gegeben hätte."

Die Wahl Rohdes kam einstimmig mit einer Enthaltung zustande – wobei Ostwestfalen-Chef Jürgen Hinrichs später Wert auf die Feststellung legte: „Ich war nicht die Enthaltung." Er war aber der einzige in der einstündigen Sitzung, der versucht hatte, die Frage der Spitzenkandidatur offenzuhalten und den Delegierten in Gütersloh allein zu überlassen. Teilnehmer berichteten, dieser Vorstoß sei auf einhellige Ablehnung gestoßen.

„Erleichtert" sei er, sagte Möllemann später, und wer ihn dabei ansah, glaubte es ihm. Die Hatz auf ihn, zu der auch die eigene Partei geblasen hatte, hinterläßt Spuren. Jetzt gibt er unumwunden zu: „Natürlich habe ich auch Fehler gemacht – zum Beispiel als ich, wie die fast gesamte Bundestagsfraktion, den Versuch der Amnestie in Sachen Parteispenden im Frühjahr falsch einschätzte." Und ohne Zweifel bleibe er Landesvorsitzender: „Warum denn nicht?" Die Sprecher-Rolle aber falle Rohde zu, das sei so abgemacht.

Achim Rohde wird noch mehr als das leisten müssen. In kurzer Frist – schon in sieben Monaten sind die Landtagswahlen – muß er seine Partei motivieren und auf das Maß an Geschlossenheit bringen, das Möllemann nicht erreichte. Für ihn steht im Vordergrund eine „neue FDP", die sich darüber im klaren sein müsse, daß „sie nicht nur von einem Flügel repräsentiert wird". Vor einer Koalitionsaussage stände die politische Sachaussage in der deutlich werde, daß „wir weder eine Wirtschafts- noch eine Datenschutzpartei sind, sondern eine kritische Reform- und Bürgerpartei". Allerdings machte auch Rohde deutlich, daß der Gütersloher Parteitag nach Verabschiedung des „Landespolitischen Programms" eine Koalitionsaussage treffen werde.

Gedämpfte Zuversicht hieß die Parole in der Mülheimer Stadthalle nach der Entscheidung, und Landesgeschäftsführer Eberhard Wilde kam gar ins Schwärmen: „Man muß doch nur mal auf unsere Parteitage gehen und hören, was so eigentlich ganz Unbekannte zu sagen haben. Ganz tolle Leute haben wir." Doch ist Rohde pragmatisch genug zu wissen, welche Hindernisse er überwinden muß. Es sind nicht allein die Vorbehalte der Westfalen gegenüber dem Rheinländer, es sind vielmehr die deprimierenden Ergebnisse der Kommunalwahl an der Ruhr-Schiene, die Ausdruck einer tiefen Hoffnungslosigkeit sind. 2,3 Prozent in Dortmund oder 1,1 Prozent in Herne sprechen eine deutliche Sprache.

Aber Rohde hat schon in der Vergangenheit bewiesen, daß er vor Schwierigkeiten nicht zurückscheut. Der frühere persönliche und politische Berater von FDP-Wirtschaftsminister Gerhard Kienbaum, später Redenschreiber und Mitdenker für Bundespräsident Walter Scheel, rückte 1970 mit Horst-Ludwig Riemer ins nordrhein-westfälische Innenministerium, um 1975 das Regierungspräsidium Düsseldorf zu übernehmen.

Er sorgte dafür, daß die Landeshauptstadt mit den Stimmen der FDP 1979 einen CDU-Oberbürgermeister bekam und der Bezirksplanungsrat des Regierungsbezirkes Düsseldorf einen CDU-Vorsitzenden. Für die sozialdemokratische Landesregierung wurde er immer mehr zum unbequemen und einfallsreichen Quälgeist. Er wetterte gegen den Widerstand der mächtigen Revier-Oberbürgermeister der SPD gegen das Ruhr-Programm und favorisierte statt dessen das Konzept „Eiserner Rhein", eine Industrieschiene zwischen Düsseldorf und Antwerpen. Seinen direkten Vorgesetzten Innenminister Herbert Schnoor verärgerte er, als er nach den Krefelder Krawallen bei dem Besuch des US-Vizepräsidenten George Bush Fehler des Polizeieinsatzes kritisierte.

Ärger mit Rau

Und er vergällte vollends Ministerpräsident Johannes Rau, als er diesen immer drängender mahnte, sich stärker für den Umweltschutz einzusetzen. Nach dem Rücktritt von Landwirtschaftsminister Hans-Otto Bäumer, der Rau ebenfalls zögerliches Verhalten anlastete, stand Rohde als Kritiker allein da. Er sandte Rau Briefe und Dokumentationen, um ihn auf die erschreckenden Zustände aufmerksam zu machen, und bat zuletzt um „Ihren persönlichen Einsatz zur Lösung der anstehenden Probleme". Diesem letzten Brief folgte die Entlassung Rohdes im Oktober vergangenen Jahres.

Rohde mag für die FDP den Nachteil haben, daß er weniger bekannt ist als Möllemann. Aber er ist integrationsfähiger. Schon mehren sich die Stimmen, man könne nicht mit einer Doppelspitze spielen. Die eleganteste Lösung wäre, so hieß es gestern in Düsseldorf, Möllemann in einer großen Kiste zu verstecken. Doch wer um dessen Qualitäten weiß, kalkuliert jetzt schon ein, daß er zumindest seine Nase aus jener Kiste herausstecken wird. Für manche Liberale ist das, erwähnt ein führender Freidemokrat, schon zuviel.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden, Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Manfred Schell, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos, Klaus Bruns (stellv.)

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke, Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius, Klaus-J. Schwehn (stellv.), Klaus Jonas (stellv. für Tagesschau); Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Maria Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann, Dr. Leo Fischer (stellv.); Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.), Fernsehen: Dr. Rainer Nolden; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Knut Teske (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Kluge-Lübke, WELT-Report Inland, Heinz-Rudolf Scheike (stellv.); WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Personalien: Ingo Urban; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Werner Kahl, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje
Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Manfred Schell (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Günther Bading, Stefan G. Heydeck, Peter Jentsch, Evi Keil, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps, Gisela Reiners (z. Z. im Urlaub)

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Klàre Warnecke MA; Hannover/Kiel: Christoph Graf Schwerin von Schwanenfeld (Politik); Hannover: Dominik Schmidt (Wirtschaft); München: Peter Schmalz, Dankwart Seitz; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Chefreporter: Horst Stein (zugleich Korrespondent für Europa), Walter H. Rueb

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Fritz Wirth, Wilhelm Furler; Moskau: Friedrich H. Neumann; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Stockholm: Reiner Gatermann; Washington: Thomas L. Kielinger, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Bogotá: Prof. Dr. Günter Friedländer; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt, Bodo Radke; Jerusalem: Ephraim Lahav, Heinz Schewe; London: Helmut Voss, Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Mexico City: Werner Thomas; New York: Alfred von Krusenstiern, Gitta Bauer, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz; Zürich: Pierre Rothschild.

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714, Fernkopierer (02 28) 37 34 65

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 11, Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 565

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104, Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919, Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 08, Telex 9 230 106

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen, Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 736

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11, Telex 4 12 449, Fernkopierer (0 69) 72 79 17, Anzeigen: Telefon (0 69) 77 90 11 – 13, Telex 4 185 525

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966, Anzeigen Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813, Anzeigen: Telefon (0 89) 8 50 60 38 / 39, Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 25,60 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,- einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 63 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 13 gültig ab 1. 7. 1984, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 49.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart. Der Verlag übernimmt keine Gewähr für sämtliche Kursnotierungen.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Reinhard Prechel

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Hans Biehl

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 6.

Steht Moskau in Nahost vor dem Durchbruch?

JÜRGEN LIMINSKI, Bonn

Der syrische Präsident Hafez Assad ist vom sowjetischen Staats- und Parteichef Tschernenko empfangen worden. Der überraschende Arbeitsbesuch des Syrers in Moskau wird von westlichen Diplomaten in Zusammenhang gebracht mit den offenkundigen Bemühungen Moskaus, die durch die monatelange amerikanische Abstinenz entstandene Lage in Nahost zu nutzen. Zu den Ereignissen gehören die Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen Moskaus zu Kairo, der am 9. Oktober abgeschlossene Freundschaftsvertrag der Sowjetunion mit Nordjemen, das Waffenlieferungsabkommen mit Kuwait und die freundschaftlichen Gesten zwischen Amman und dem Kreml. Manche Beobachter sprechen auch schon von diskreten Kontakten zwischen Sowjets und Saudis.

Ziel Moskaus ist es, den amerikanischen Einfluß in der Region noch weiter zurückzudrängen und als Schutz- und Führungsmacht einer Mitte-Links-Koalition aus radikalen arabischen sowie einigen gemäßigten neutralen Staaten im Vorderen Orient ein politisches Übergewicht zu erlangen. Ein Etappenziel auf diesem Weg ist die jetzt häufig geforderte internationale Nahost-Konferenz.

Diese Strategie hat Fortschritte gemacht. Sie ist für die Syrer insofern von Nachteil, als Moskau durch die Diversifizierung seiner regionalen Beziehungen Syriens Rolle als bestimmender Faktor der sowjetischen Orient-Politik herabstuft und Damaskus zu einem kleineren Vektor im regionalen Kräftefeld werden läßt. Aus dieser Lage wird verständlich, daß Assad seit Tagen mit Nachdruck auf diesem Arbeitsbesuch bestand. Er kommt als Bittsteller und will erfahren, ob der Kreml bereits vor einem diplomatischen Durchbruch in Nahost steht, was von ernstzunehmenden Beobachtern für nicht unwahrscheinlich gehalten wird. Hellhörig geworden ist Assad durch den Freundschaftsvertrag Moskaus mit Nordjemen, einem traditionell prosaudischen Staat, der solche Verträge ohne Billigung Riads nicht abschließen würde. Assads Sorge vor einem diplomatischen Durchbruch Moskaus und einer entsprechenden Abstufung Syriens ist begründet. Denn während für das Regime in Damaskus die Beziehung zu Moskau eine Frage des Überlebens ist, ist für den Kreml das Verhältnis zu Syrien nur ein Mittel zum Ziel der regionalen Beherrschung.

Der T-54 wurde in Israel zu einem modernen Panzer

Sowjetischer Tank erhielt neue Kanone, Elektronik und Motor

RAFAEL SELIGMANN, Bonn

Die Umrüstung eines Großteils der chinesischen Panzerwaffen mit in Israel gefertigten Kanonen hat erneut das Augenmerk auf die „Israeli Military Industry" (IMI) gelenkt. Nach den Informationen der „Sunday Times" hat Israel China ein modernes 105-Millimeter-Geschütz geliefert, um seine etwa 9000 Panzer der Typen „59" und „69" umzurüsten, die auf den sowjetischen Modellen T-54 und T-55 basieren. Ursprünglich waren die chinesischen Panzer, ebenso wie die sowjetischen Modelle, mit einer 100-Millimeter-Kanone bestückt.

Die „Israeli Military Industry" befaßt sich bereits seit 1956 mit sowjetischen Waffen. Im Sinai-Feldzug (Oktober/November 1956) fielen den Israelis erstmals sowjetische Waffen, darunter auch Panzer, in die Hände. Im Sechstagekrieg 1967 erbeuteten die Israelis jedoch größere Mengen sowjetischer Waffen, vor allem Panzer der Typen T-54 und T-55 und Raketenwerfer (130 Millimeter und 240 Millimeter) und Artilleriegeschütze. Die Israelis verkauften nach Presseberichten zunächst mehrere hundert sowjetische Panzer nach Rumänien und Jugoslawien. „Bald erkannten wir, daß die russischen Waffen von teilweise hervorragender Qualität sind", erklärte kürzlich ein höherer israelischer Offizier der WELT. „Das Problem war jedoch, daß wir zunächst kaum passende Munition für diese Waffen hatten." So begannen die Israelis zunächst, Munition für die sowjetischen Geschütze zu fertigen.

Zuverlässige Waffe

Bei den sowjetischen Panzern ergab sich eine andere Schwierigkeit. Die 100-Millimeter-Kanone der T-54/T-55 besaß eine zu geringe Durchschlagskraft, um die Panzerung moderner Streitwagen zu durchbrechen. „Wir wollten aber den russischen Panzer aus mehreren Gründen: Erstens ist er eine sehr zuverlässige Waffe, zweitens hat er die niedrigste Silhouette aller vergleichbaren Panzer, und drittens haben ihn die Sowjets an uns sozusagen umsonst geliefert." So beschlossen die Israelis, vor allem, als ihnen im Jom-Kippur-Krieg 1973 weitere sowjetische Panzer in die Hände fielen, den Umbau der T-54/T-55 nach ihren Bedürfnissen in Angriff zu nehmen.

Der Panzer wurde mit einem amerikanischen Motor und Getriebe ausgerüstet. Damit erhöhte man die Höchstgeschwindigkeit des Tanks von 53 auf 61 Stundenkilometer, vor allem aber wurden die Beschleunigungswerte verdoppelt. Darüber hinaus installierten die Israelis auch ein neuartiges, von der IMI entwickeltes Feuerunterdrückungssystem. Ebenfalls verändert wurde das ursprüngliche Federungs- und Stoßdämpfungssystem. Auf diese Weise wurde eine ständige Niveauregulierung erreicht, die eine permanente Schußbereitschaft der Panzerkanone in jedem Gelände ermöglicht.

Geschütz umgerüstet

Das schwierigste Problem war die Umrüstung auf ein 105-Millimeter-Geschütz, denn die im Vergleich zum 100-Millimeter-Geschütz wesentlich höhere kinetische Energie machte eine vollständige Umrüstung des Panzerturms, der Aufhängung und des Munitionstransportsystems nötig. Ergänzt wurde der Umbau durch die Installierung mehrerer in Israel entwickelter elektronischer Systeme. So ist eine Entfernungsmessung mit dem Laser-System bis zu einer Weite von 20 Kilometern möglich. Exakte Werte ergeben sich bei Entfernungen unter vier Kilometern. Auch das elektronische Feuerleitsystem ist eine IMI-Entwicklung. Insgesamt kostet der Umbau pro Panzer etwa 400 000 Dollar. Der so umgerüstete sowjetisch-amerikanisch-israelische Panzer wurde unter der Bezeichnung „Mark S" von der israelischen Armee in Dienst gestellt. 1982 bewährte er sich „sehr gut" im Libanon-Feldzug, das heißt, er zeigte sich den von den Syrern eingesetzten Panzermodellen T-54/55 und T-62 überlegen, dem modernen T-72 „zumindest gleichwertig".

Die Israelis sind bereit, den „Mark S" ins Ausland zu liefern. Er soll weniger als eine Million Dollar kosten. „Ein relativ geringer Preis für einen relativ modernen Tank", meinen Panzerexperten der israelischen Armee.

Die Erfahrungen, die die Israelis beim Umbau der sowjetischen Panzer gesammelt haben, haben China offenbar bewegt, trotz politischer Bedenken die Israelis mit der Umrüstung ihrer eigenen Panzerwaffe zu betrauen. Peking soll darüber hinaus auch moderne israelische Panzermunition beziehen.

El Salvador: Dialog geht weiter

Nach Duartes Treffen mit der Guerrilla keimt Hoffnung auf / Kommissionen gebildet

W. THOMAS, San Salvador

Nach der „historischen" Begegnung zwischen Regierung und Guerrilla in El Salvador waren sich die Teilnehmer zumindest über die Einschätzung der Lage einig. „Wir wünschen allen den Frieden", erklärte der Guerrilla-Führer Ferman Cienfuegos, „aber der Weg ist noch lang und schwierig." Präsident Duarte bekannte, er erwarte „keine Wunder und keinen Frieden über Nacht". Dennoch: „Dies kann ein erster Schritt zur Lösung des Konfliktes gewesen sein."

Viereinhalb Stunden saßen sich hinter der verschlossenen Tür der kleinen katholischen Kirche von La Palma zum ersten Mal die Kontrahenten des blutigen Salvador-Konfliktes gegenüber. Erzbischof Arturo Rivera y Damas vermittelte. Draußen warteten 20 000 ungeduldige Menschen, unter ihnen 500 Journalisten aus aller Welt. Als der Erzbischof die getroffenen Vereinbarungen verkündete, applaudierte die Menge lebhaft.

Die Vereinbarungen: Der Kontakt bleibt bestehen. Beide Seiten werden nun eine Kommission von je vier Mitgliedern bilden, die alle weiteren Initiativen unternehmen sollen. Das nächste Treffen findet in der zweiten Novemberhälfte statt.

Rivera y Damas wirkte sichtlich erleichtert. Für ihn ging am Montag, dem fünften Jahrestag des Putsches liberaler Offiziere gegen den rechten General Carlos Humberto Romero, ein Traum in Erfüllung. Er hatte in den letzten Jahren immer wieder ein Gespräch zwischen der Regierung und der Guerrilla gefordert. Es sei „ein ernster Meinungsaustausch" in einer „Atmosphäre gegenseitigen Respektes" gewesen.

Allerdings: Der Krieg, der bisher fast 50 000 Todesopfer forderte, geht weiter. In La Palma wurde kein Waffenstillstand vereinbart. Duarte wollte ein Amnestieangebot für ein Ende der Kampfhandlungen der Guerrilla einhandeln. Diese verlangte die Einstellung der militärischen Operationen der Regierungstruppen, die Befreiung politischer Häftlinge und die Bestrafung der „Kriegsverbrecher".

Duarte, der „die Gefühle des salvadorianischen Volkes" zu vermitteln versuchte, möchte den linken Untergrund „in den demokratischen Prozeß eingliedern". Die Partisanen könnten sich bereits an den Parlamentswahlen des nächsten Jahres beteiligen. Das Wort Wahlen wurde dagegen von seinen Gesprächspartnern nicht erwähnt. Allerdings auch nicht die wiederholt erhobene Forderung nach einer Machtbeteiligung, die Duarte strikt ablehnt.

Trotz der kurzen Zeit der Vorbereitung und trotz der Drohungen rechter Todesschwadrone gegen die Verhandlungspartner wurden keine Zwischenfälle gemeldet. Die Truppen der Regierung und die der Guerrilla hielten sich fern von La Palma. Die Delegationen kamen unbewaffnet. Selbst Ferman Cienfuegos, der zweite Mann der „Nationalen Befreiungsfront Farabundo Marti" (FMLN), kam ohne Waffen.

Guillermo Ungo und Ruben Zamora, die politischen Strategen der FMLN, wurden mit einer Maschine der kolumbianischen Regierung von Panama nach El Salvador geflogen. Die Botschafter Kolumbiens und Frankreichs in Panama zählten zu ihrer Begleitung.

Duarte ließ sich von seinem engsten Vertrauten, dem Präsidentschaftsminister Julio Adolfo Rey Prendes, und – eine allgemeine Überraschung – von General Carlos Eugenio Vids Casanova begleiten, dem Verteidigungsminister. Damit wurde die Rückendeckung der Streitkräfte für seine Initiative dokumentiert.

Die amerikanische Regierung versucht die salvadorianischen Entwicklungen mit der Lage in Nicaragua zu kontrastieren, wo die sandinistischen Comandantes das Dialog-Angebot der Rebellen hartnäckig ablehnen und die Zeichen auf eine Verschärfung der Konfrontation stehen. Ein US-Diplomat in San Salvador: „Duarte hat in La Palma auch die Sandinisten in die Defensive gebracht." (SAD)

Die Streik-Schlichter blieben erfolglos

Scargill will eigene Aktionen verschärfen / Ausstand der Bergarbeiter bis nächstes Jahr?

WILHELM FURLER, London

Der achtmonatige Ausstand von zwei Dritteln der britischen Bergarbeiter wird bis in den Winter, möglicherweise gar bis weit ins nächste Jahr hinein fortgesetzt. Das steht fest, nachdem die letzte Gesprächsrunde zwischen der staatlichen Kohlebehörde und der Nationalen Bergarbeiter-Gewerkschaft ergebnislos abgebrochen worden ist. Die militante Gewerkschaftsführung ist jetzt fest entschlossen, ihre eigenen Aktionen zu verstärken und die anderen Gewerkschaften zu mehr tatkräftiger Unterstützung aufzufordern.

Gleich nach dem Abbruch der Schlichtungsgespräche ist der linksradikale Präsident der Bergleute-Gewerkschaft, Arthur Scargill, zum Hauptquartier der Gewerkschafts-Dachorganisation TUC gefahren, um dort seine Forderungen nach einer Unterstützungskampagne zu unterstreichen. Gleichzeitig werden die Führer der zweiten Kohle-Gewerkschaft, der des Gruben-Sicherheitspersonals, ebenfalls über das weitere Vorgehen beraten. Sie haben von ihrer Basis bereits mit 80prozentiger Stimmenmehrheit ein Mandat zur Ausrufung eines Streiks.

Würde das Gruben-Sicherheitspersonal geschlossen in den Ausstand treten, müßten alle Zechen des Landes augenblicklich schließen. Zur Zeit wird in etwa einem Drittel aller Gruben gearbeitet. Dies reicht aus, die Energielücke mit Hilfe eines Mehreinsatzes von Öl zu schließen. Jedenfalls haben die Halden vor den Zechen und Kraftwerken in den acht Streikmonaten kaum abgenommen.

Ian MacGregor, der Vorsitzende der Kohlebehörde, sagte nach dem Scheitern des Gespräches, „die einzigen, die Bereitschaft zu Konzessionen gezeigt haben, waren wir". Er sei enttäuscht darüber, „daß unsere guten Leute unter künstlichen Bedingungen im Ausstand gehalten werden, und zwar durch eine Gruppe von Leuten, die vorgeben, ihre Führer zu sein".

Die Mitglieder der Kohlebehörde seien nur zurückhaltend zu der Gesprächsrunde gekommen; die Gewerschaft des Gruben-Sicherheitspersonals hätte sie letztlich dazu überredet. Sie wären schließlich bereit gewesen, den Vorschlag der Schlichtungskommission Acas anzunehmen, auch wenn er ihren Wünschen nicht entsprach. Dem Acas-Plan zufolge hätte eine unabhängige Stelle Zechenschließungen nach eigener Beurteilung empfohlen oder sich gegen sie ausgesprochen. Der Schiedsspruch wäre nicht bindend gewesen; doch beide Seiten hätten garantieren müssen, daß sie den Empfehlungen volles Gewicht einräumen.

Warnke für „minimale Abschreckung“

C. GRAF BROCKDORFF, Brüssel

Paul Warnke, Rechtsanwalt, war unter Präsident Carter zum Direktor der amerikanischen Abrüstungsbehörde berufen worden. Schon gegen seine Ernennung machte sich starker Widerstand im Kongreß spürbar, weil er der sogenannten Minimal-Abschreckungsschule angehört, die bereit ist, Sicherheitsrisiken einzugehen. Später wurde er von Präsident Carter zum Chefunterhändler bei den SALT-II-Verhandlungen ernannt, aber noch vor deren Abschluß wieder zurückgezogen, weil sichtbar wurde, daß Warnkes Gegner im Senat den Vertrag nicht ratifizieren würden.

Seit Jahren wird Warnke immer wieder von westeuropäischen Gegnern der NATO-Nachrüstung als amerikanischer Kronzeuge gegen die Pershing 2 und Cruise Missiles herangezogen. Warnkes Kritiker werfen ihm vor, indirekt die Abkoppelung Europas von den USA zu betreiben.

Das Test-Programm der Pershing 2 ist Anfang Oktober nach dem 22. Probeschuß erfolgreich abgeschlossen worden. Beim 22. Start flog die Pershing 2 mit einer Instrumentenkapsel im Gefechtskopf über eine Entfernung von 1569 Kilometern, wobei sie eine Höhe von 355 Kilometern erreichte. Vorher war die Rakete unter „Feldbedingungen" wochenlang über Truppenübungsplätze gefahren worden. In Zukunft werden nur noch „schießende Batterien" der in der Bundesrepublik Deutschland mit der Pershing 2 ausgerüsteten US-Artillerieeinheiten zu jährlichen Übungsschießen nach Amerika gebracht. Derartige alljährliche Übungsschießen unternehmen auch mit der Pershing 1a ausgestattete Bundeswehreinheiten in Oklahoma. (SAD)

Protest Papandreous bei US-Staatssekretär

dpa, Athen

Der griechische Ministerpräsident Papandreou hat den Staatssekretär im amerikanischen Verteidigungsministerium, Perle, zu sich bestellt, um gegen Verletzungen des griechischen Luftraums über der Ägäis durch amerikanische Militärflugzeuge während des NATO-Manövers „Display Determination" zu protestieren. Nach Presseberichten gilt der Besuch Perles in Athen der Frage, ob die Sozialistische Regierung tatsächlich die US-Stützpunkte schließen will.

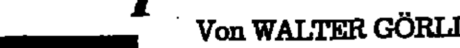
DGB: Grüne nicht regierungsfähig

DW. Neuss

Die Grünen sind nach Ansicht des Vorsitzenden des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB), Ernst Breit, derzeit „nicht regierungsfähig". Die Gewerkschaften verstünden „das Weltbild" nicht, das die Umweltpartei eigentlich anstrebe, und blieben deshalb ihnen gegenüber skeptisch, erklärte Breit in Neuss. Daran, wie sich die Grünen gegenwärtig präsentierten, könne man deshalb keine Gewerkschaftspolitik orientieren. Die Gewerkschaften könnten auch nicht akzeptieren, daß manche Mitglieder der Grünen ein „unklares Verhältnis" zur Gewaltanwendung an den Tag legten.

Breit unterstrich die Bereitschaft des DGB, mit der Bundestagsfraktion der Grünen Gespräche zu führen. Diese Bereitschaft gelte jedoch nicht für den Vorstand der Partei, der nach seinen Worten „nicht handlungsfähig" sei und deshalb derzeit für die Gewerkschaften als Gesprächspartner nicht in Frage komme.

Robert Kempner – ein ungewöhnlicher Zeuge der Zeitgeschichte



Robert Kempner wird heute 85 Jahre alt. FOTO: KEYSTONE

Von WALTER GÖRLITZ

Der Glaube an ein internationales Recht hat sein Leben bestimmt – bis heute. Nun wird Robert Max Wasily Kempner, geboren am 17. Oktober 1899 in Freiburg im Breisgau, 85 Jahre alt. Vier Abschnitte deutscher Geschichte hat er erlebt, das Kaiserreich, die erste Republik von Weimar, das „Dritte Reich" und die zweite Republik.

Das Schicksal seiner Familie ist gleichsam ein Spiegelbild der Geschichte des assimilierten deutschen Judentums. Der Vater wie die in Rußland geborene Mutter Lydia Rabinowitsch-Kempner, der Kaiser Wilhelm II. als erster Frau in Preußen einen Professorentitel verlieh, genossen als Mediziner und Hygieniker großes Ansehen.

Dem Sohn, seit 1926 Justitiar der Polizeiabteilung im preußischen Innenministerium, stand angesichts seiner juristischen Begabung mit Sicherheit eine große Karriere im Ministerialdienst bevor. Das alles endete nach dem 30. Januar 1933, als deutsche Juden nicht mehr deutsche Beamte sein durften.

Kempner hatte Material gesammelt, um Hitler wegen Vorbereitung zum Hochverrat unter Anklage zu stellen. Doch die deutsche Demokratie hatte nicht mehr den Mut aufgebracht, sich dieser Unterlagen zu bedienen.

1945 Rückkehr nach Deutschland

Der lange Weg durchs Exil führte Kampner über Florenz und Nizza endlich 1939 in die USA, wo er, exzellenter Kenner des Verwaltungsrechtes, akademische Aufgaben übernahm. Erst 1945 kehrte er in die einstige Heimat zurück, als Gehilfe und Stellvertreter der Anklage im Hauptprozeß gegen die Kriegsverbrecher und den sich daran anschließenden amerikanischen Kriegsverbrecherprozessen, vor allem im sogenannten „Wilhelmstraße-Prozeß" gegen Minister und hohe Staatsbeamte. Er tat dies im Bewußtsein, einem internationalen Recht zu dienen.

Als Ankläger war er unerbittlich und gefürchtet. Generalstaatsanwälte sind nicht dazu geschaffen, um sich Popularität zu erwerben. Heute hat er wohl alle seine damaligen Angeklagten überlebt – ein ungewöhnlicher Zeuge der Zeitgeschichte. Er sah das „Dritte Reich" in der Rückschau nur im Spiegel von Anklage und Verteidigung der Angeklagten.

Unmittelbare Frucht vor allem des internationalen Prozesses gegen die Hauptkriegsverbrecher waren die Bücher „SS im Kreuzverhör" und das „Dritte Reich im Kreuzverhör". Es handelt sich dabei jeweils um eine Auswahl aus den zahlreichen, bislang unveröffentlichten Vernehmungsprotokollen, die er hütet.

Nachdem die juristisch-politisch-historische Aufgabe beendet war, ließ er sich als Anwalt, Experte für internationales Strafrecht, in den USA nieder, mit dem zweiten Sitz in der Bundesrepublik. Er hat zeitgeschichtliche Arbeiten veröffentlicht, jedoch, typisch für seine ungeschminkte Wesensart, keine wohlgefilterten Memoiren herkömmlicher Natur.

Ein Kämpfer für das Recht

Dafür erschien im vergangenen Jahr bei Ullstein in Berlin ein Band mit Erzählungen aus seinem bunt bewegten Leben: „Ankläger einer Epoche". Darin plaudert er gegenüber einem befreundeten deutschen Journalisten höchst subjektiv natürlich über Eindrücke, Erlebnisse, Personen, die seinen Weg kreuzten. Mit der Elle historischer Korrektheit darf man hier nicht messen.

Kempner möchte nur berichten, wie er die Dinge gesehen hat, oft witzig und amüsant, bisweilen auch mit bitterer, trüber Ironie. Ein Kämpfer für das Recht, wie er dies auffaßt, ist er bis heute geblieben. Keine leichte, aber eine selbstgewählte Aufgabe.

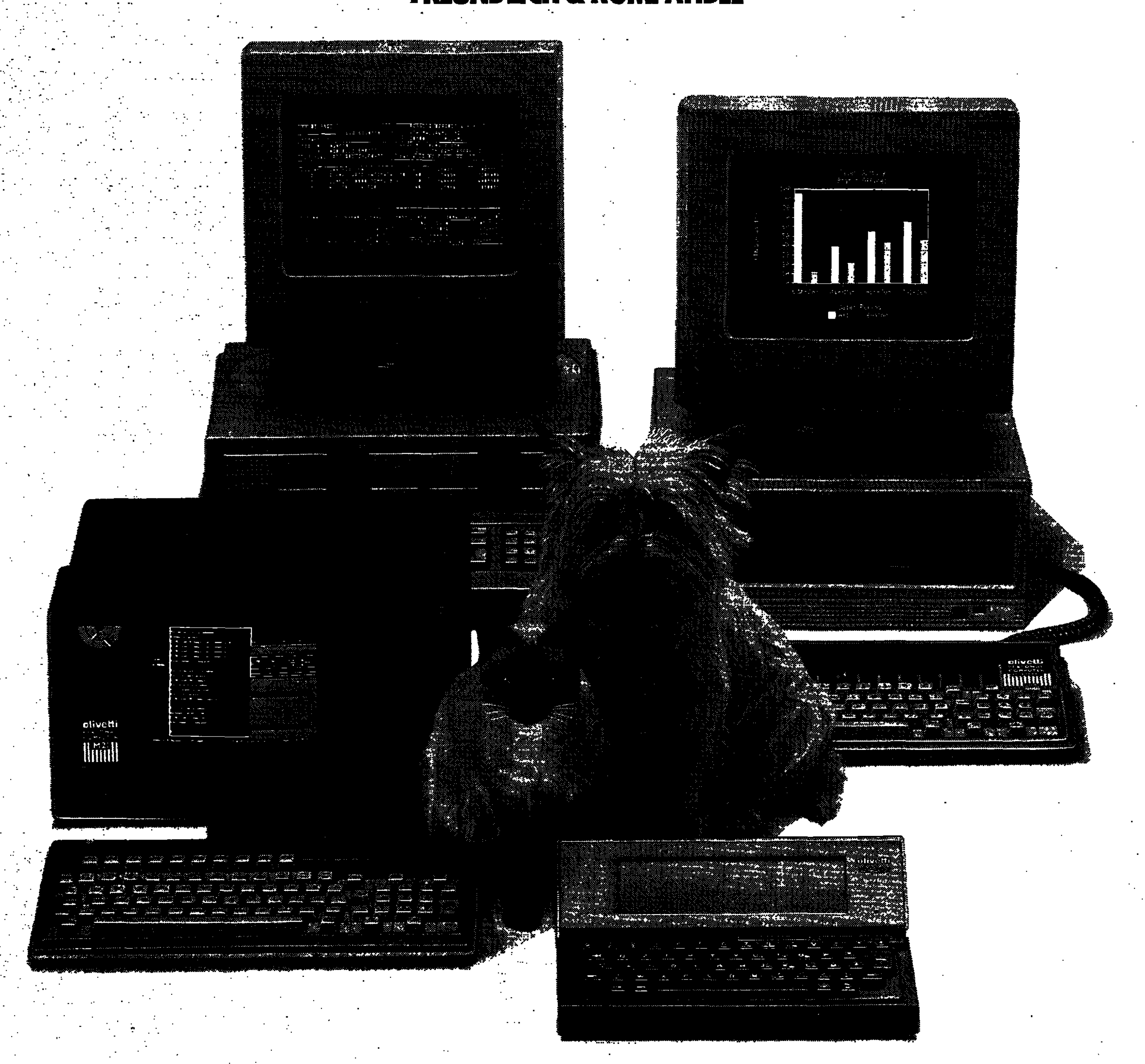
Späths Vorstoß zum Umweltschutz

xhk. Stuttgart

Baden-Württembergs Ministerpräsident Lothar Späth (CDU) hat ein Konzept ausgearbeitet, das eine Halbierung der Schadstoffemission bis 1990 für das gesamte Bundesgebiet vorsieht. Wie Regierungssprecher Matthias Kleinert in Stuttgart mitteilte, wird Späth das 20seitige Papier auf der Ministerpräsidentenkonferenz in Bremerhaven, die heute beginnt, vorlegen. Kleinert sagte, es gebe einen „gewissen Optimismus", daß sich für die Pläne Späths eine Mehrheit finde, so daß die Vorlage dann in den Bundesrat eingebracht werden könne.

Nach diesem Plan soll bundesweit die Reduzierung der SO_2- und Stickoxid-Emissionen von derzeit 6,1 Millionen Tonnen jährlich auf drei Millionen 1990 verwirklicht werden. Detailliert wird in dem Papier dargelegt, daß dies nur erreicht werden kann, wenn die 1983 von Bonn beschlossene Verschärfung der Großfeuerungsanlagenverordnung noch erheblich verbessert wird.

FREUNDLICH & KOMPATIBEL



DIE OLIVETTI PERSONAL COMPUTER FAMILIE MIT EUROPÄISCHEM KNOW-HOW.

In den Olivetti Personal Computern steckt die Erfahrung des größten europäischen Büro- und Informatik-Konzerns: all das Wissen, das Tag für Tag durch den Kontakt mit Unternehmen und Computerspezialisten in ganz Europa erworben wird – seit es Computer gibt. Und wenn wir Lösungen erarbeiten, berücksichtigen wir von vornherein Ihre Bedürfnisse, Ihre Arbeitsgewohnheiten und Ihre Vorstellungen.

Die Personal Computer von Olivetti sind selbstverständlich hardware- und softwarekompatibel zum internationalen Industriestandard. Aber sehr viel leistungsfähiger in der Verarbeitung von Text, Daten und Grafik. Und dabei so ausbaufähig, daß sie immer soviel Kapazität bereitstellen, wie Sie gerade brauchen. Die Olivetti Personal Computer wachsen Schritt für Schritt mit Ihrem Bedarf – bis zu einem lokalen Netz – wenn Sie es wünschen.

Die Personal Computer von Olivetti: Made in Europe. Die Alternative.

Bitte schicken Sie diesen Coupon an:
Deutsche Olivetti GmbH, Postfach 2012,
Kaiser-Friedrich-Promenade 89, 6380 Bad Homburg 1
Name:
Firma:
Straße:
PLZ/Ort:
PC I/44-Welt

olivetti

Größter europäischer Büromaschinen- und Informatik-Konzern.

Die NATO greift nach dem Jahr 2000

Die Mikroelektronik zwingt zum Nachdenken über militärpolitische Grundlagen der Zukunft

C. GRAF BROCKDORFF, **Brüssel**

Die Vereinigten Staaten und die Bundesrepublik Deutschland haben den Anstoß dazu gegeben, daß die NATO gegenwärtig eine der umfassendsten Untersuchungen der Verteidigungspläne in ihrer Geschichte vornimmt. Sie arbeitet nicht an einer neuen Strategie, weil das Bündnis davon ausgeht, daß die „Flexible Response" als Verteidigungsdoktrin der Allianz auch noch im Jahr 2000 Bestand hat. Wohl aber untersucht sie in einem Vorhaben mit dem Titel „konzeptioneller militärischer Gesamtrahmen" ihre militärpolitischen Grundlagen für die nächsten Jahrzehnte.

Ausgangspunkt der Untersuchungen im Brüsseler NATO-Hauptquartier, an denen die Stäbe der obersten militärischen Kommandobehörden der Allianz beteiligt sind, war ein Vortrag des amerikanischen Verteidigungsministers Caspar Weinberger vor einem Jahr, der die zukünftigen Möglichkeiten der konventionellen Waffenentwicklung behandelte, die inzwischen unter dem Stichwort „Emerging Technologies" bekanntgeworden sind. Darunter versteht man eine breite Palette potentieller Waffensysteme, die mit Hilfe der Mikroelektronik über weite Entfernungen wirken können.

NATO-Oberbefehlshaber General Bernard Rogers ist ein besonderer Befürworter der militärischen Nutzung konventioneller „Emerging Technologies", die er einsetzen will, um die den ersten Angriffsstaffeln des Warschauer Pakts nachfolgenden Kräfte anzugreifen. Er verspricht sich von dieser Anhebung der konventionellen Verteidigung eine Steigerung der Abschreckung, die nach seiner Beurteilung jetzt zu sehr auf nukleare Waffen abgestützt ist.

Aber um welche Waffen muß es sich handeln? Welche Ziele werden mit der Beschaffung eines bestimmten Waffensystems verfolgt? Die Antwort auf diese Fragen kann nach deutscher Auffassung nur durch eine Bestandsaufnahme aller operativen Optionen gegeben werden, denen sich die NATO im Verteidigungsfall gegenübersieht. Der deutsche Verteidigungsminister Wörner schlug deshalb die angelaufenen Untersuchungen zu einem militärischen Gesamtrahmen vor, die frühestens in einem Jahr – also zur NATO-Wintertagung 1985 – fertiggestellt sein dürften.

Basis aller Überlegungen ist die in der NATO-Doktrin fundierte Ausgangslage, daß der Warschauer Pakt das Bündnis angreift. Die fundamentale NATO-Politik, daß der Westen niemals als erster zu den Waffen greift, wird durch die Untersuchung nicht berührt. Mit der Untersuchung des militärischen Gesamtrahmens will die NATO Prioritäten bei der Verteidigung festlegen. Für die meisten Betrachter ist schon jetzt eindeutig, daß der Luftverteidigung besondere Aufmerksamkeit geschenkt werden muß. Die NATO geht davon aus, daß sie einem Angriff des Warschauer Pakts einen schweren Schlag auf dessen Flugplätze folgen lassen muß. Aber dieser zum Luftangriff gehörende Teil der NATO-Verteidigung könnte erst anlaufen, wenn der Warschauer Pakt mit Beginn seiner Offensive bereits die Flugplätze, Hauptquartiere, Gefechtsstände und Führungs- und Fernmeldeeinrichtungen der NATO angegriffen hat. Daraus ergibt sich die Bedeutung der Luftverteidigung als der Waffe der ersten Stunde: Die Allianz muß ihre Angriffsmittel schützen.

Ein Stichwort in der NATO-Sprache lautet „FOFA". Es steht für den Begriff „Follow-On Forces Attack", der Angriff auf die der ersten Welle des Gegners folgenden Kräfte. Aber in welcher Reihenfolge soll das geschehen: Soll man warten, bis der Gegner seine zweite strategische Welle aus den westlichen Militärbezirken der Sowjtunion herangeführt hat oder soll man zuerst die rückwärtigen Teile der ersten Angriffswelle zerschlagen? Wie steht es mit dem Angriff auf die Führungs- und Fernmeldeverbindungen des Gegners? Erst die Analyse dieser Probleme dürfte Antworten bei der konkreten Waffenbeschaffung liefern. Die Brüsseler Untersuchung befaßt sich daher nur mit militärpolitischen Grundfragen. Waffensysteme selbst, „Military Hardware", wie es in der NATO heißt, werden darin nicht behandelt.

Immer wieder kommt in den Überlegungen der NATO der Begriff „Angriff" vor. Präzise ist damit der Gegenangriff gemeint, den mit aller Schärfe und einem Höchstmaß an Zerstörungen und Verlusten für den Gegner zu führen die NATO-Staaten nach ihrer Strategie entschlossen sind. Der Gegenangriff soll so lange geführt werden, bis die Abschreckung wiederhergestellt ist. Mit anderen Worten: bis der Warschauer Pakt seine Aggression einstellt und besetztes NATO-Territorium wieder räumt.

(SAD)

Craxi stellt sich vor Andreotti

Die Regierung betrachtet den Fall als erledigt / KPI besteht auf Debatte im Parlament

FRIEDRICH MEICHSNER, **Rom**

Ministerpräsident Bettino Craxi und sein „inneres Kabinett", in dem alle fünf Koalitionsparteien mit ihren wichtigsten Ministern vertreten sind, haben sich geschlossen hinter den ins Schußfeld der Kritik geratenen christdemokratischen Außenminister Giulio Andreotti gestellt. Auf einer Sitzung des „Kabinettsrats" wurde die Forderung der kommunistischen und radikalen Opposition nach dem Rücktritt Andreottis als „unmotiviert" zurückgewiesen. Außerdem kündigte Craxi nach der Ratssitzung an, daß er selbst bei einer noch vor Jahresende anzuberaumenden außenpolitischen Debatte im Parlament die Politik der Regierung vertreten werde.

Nach diesen Entscheidungen betrachten Regierungskreise den „Fall Andreotti", soweit die Regierung davon betroffen ist, für erledigt. Im Parlament wird er freilich weiterverfolgt werden. Die Kommunisten haben ihren Entschluß bekräftigt, eine Parlamentsdebatte über das angeblich sehr enge Verhältnis zu beantragen, das der Minister eine Zeitlang zu dem Mafia-Bankier Michele Sindona hatte. Sie wollen in dieser Debatte auch die Rolle geklärt sehen, die Andreotti bei der Ernennung des später in einen Betrugsskandal der Erdölwirtschaft verwickelten Generals Giudice zum Chef der Finanzpolizei gespielt hat.

Gegenüber der Turiner „Stampa" erklärte der kommunistische Parteisekretär Alessandro Natta auf die Frage, wie seine Partei jetzt weiter taktieren werde: „Ganz einfach: Wir werden in der Abgeordnetenkammer eine Debatte und eine Abstimmung über die Position Andreottis fordern, eine Position, die unserer Meinung nach nicht mehr haltbar ist. Und wir werden die Regierung auffordern, dem Rechnung zu tragen."

Die KPI wird also keinen regelrechten Mißtrauensantrag gegen den Minister einbringen, weil darüber offen abgestimmt werden müßte. Sie setzt offensichtlich auf eine Geheimabstimmung, in der ihr „Heckenschützen" aus dem Regierungslager zum Sieg verhelfen könnten.

Gegenüber dem von der KP aufgeworfenen „moralischen" Fall Andreotti ist die auch innerhalb der Regierungskoalition geführte Auseinandersetzung über Andreottis Außenpolitik deutlich in den Hintergrund getreten. In Rom wird allgemein erwartet, daß sich die Kritiker des Ministers im Regierungslager bei der angekündigten Parlamentsdebatte zurückhalten werden, weil sie den Bestand der Regierung nicht gefährden wollen.

Den Sozialdemokraten und Liberalen, die in letzter Zeit öffentlich ihren Mißmut über Andreottis Äußerungen zur deutschen Wiedervereinigung und über einige andere als zwielichtig empfundene Aspekte seiner Außenpolitik kundgetan hatten, dürfte diese Zurückhaltung um so leichter fallen, als Ministerpräsident Craxi die Debatte selbst einleiten wird. An dessen Loyalität zu Italiens Bündnispartnern sind bisher noch von keiner Seite auch nur die geringsten Zweifel geäußert worden.

Andreottis christdemokratische Partei hat den Kommunisten vorgeworfen, mit ihrer Frontalattacke gegen Andreotti, die sich nur auf völlig unbewiesene Behauptungen und Verdächtigungen stütze, in den Extremismus abgeglitten zu sein und alle parlamentarischen Spielregeln verletzt zu haben.

Natta antwortete in der Stampa, er könne über solche Polemiken nur lachen. „Unsere Forderung nach Rücktritt des Außenministers mag richtig oder falsch sein, gewiß ist, daß sie nicht über die Grenzen hinausgeht, die einer konstitutionellen Opposition gezogen sind. Wir verlangen die Demission Andreottis, nicht das Abtreten der DC. Dafür werden gegebenenfalls die Wähler sorgen."

Die kommunistische „Moraloffensive" gegen Andreotti wird in politischen Kreisen Roms übereinstimmend als Anzeichen für eine gefährliche Radikalisierung der gesamten innenpolitischen Auseinandersetzung gewertet. Darüber, so befürchtet man, könne das Minimum an demokratischem Grundkonsens zwischen Regierungslager und Opposition verlorengehen, das für eine Demokratie unverzichtbar sei.

Briefe an DIE ● WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Ohne klare Entscheidung

„Ausländerpolitik: Koalition läßt strittige Fragen offen"; „Vertagt" und „Bischöfe warnen die Bundesregierung"; WELT vom 4. Oktober

Sehr geehrte Redaktion,

es ist schon sehr bedauerlich, daß die Bundesregierung in der Frage des Nachzugs von Gastarbeiterkindern zu keiner klaren Entscheidung gekommen ist, die eigentlich gar keine Frage hätte sein sollen, wenn sich unsere Ausländerpolitik vorrangig am höheren Interesse unseres eigenen Volkes ausrichtete, was man eigentlich als selbstverständlich voraussetzen müßte.

Es darf nicht dazu kommen, daß damit die Lebensgrundlage für unsere heranwachsende Jugend noch weiter beschnitten wird, als dies bis jetzt ohnehin schon geschehen ist. Schließlich geht es bei unserer Bundesrepublik ja auch noch um eine Fluchtburg für unsere Landsleute jenseits der Mauer.

Mit großen Bedenken muß man deswegen die Bestrebungen verfolgen, auch noch Ausländer in die Kommunalparlamente hineinzubringen.

Wenn es heute die Kommunalparlamente sind, werden es morgen die Länderparlamente sein, und dann läge der Bundestag auch nicht mehr in unerreichbarer Ferne. Daß damit der Weg in die Spitzenämter unserer Politik freigelegt wäre, liegt auf der Hand.

Ein erstes Ergebnis praktizierten Ausländerwahlrechts gab es in Rotterdam. Dort wählten Türken, Marokkaner und Surinamer „fast geschlossen", wie es heißt, die linkssozialistische „Partei der Arbeit", die ihren Anteil von bisher 59 Sitzen auf 75 Sitze erhöhen konnte, während die Christdemokraten 11 Sitze verloren. Statt der bisherigen 40 Mandate erreichten sie nur noch 29.

Die rechte Zentrumspartei, die sich für eine scharfe Ausländerbegrenzung einsetzt, und die zum ersten Mal kandidiert hatte, erhielt dagegen auf Anhieb 10 Prozent der Stimmen und damit 6 Mandate.

Die „unverzichtbare Forderung" der katholischen Bischöfe, das Nachzugsalter für Gastarbeiterkinder nicht zu begrenzen, kann nicht überzeugen. Der Schutz der Familie, auf den sich die Bischöfe berufen, müßte konsequent natürlich auch Gültigkeit haben für alle unsere Asylanten mit Folgen, die überhaupt nicht absehbar sind. Diese Personengruppe wird in der Äußerung der Bischöfe aber mit keinem Wort erwähnt.

Im übrigen kann man durchaus der Ansicht sein, daß die Verantwortung für den Zusammenhalt der eigenen Familie, um den es hier geht, den Eltern selbst zugeordnet bleiben muß und nicht einfach der Regierung eines fremden Landes zugeschoben werden kann, zumal unsere Bundesregierung dazu beiträgt, mit Rückkehrhilfen die Wahrnehmung dieser eigenen Verantwortung zu erleichtern.

Mit freundlichem Gruß
H. Ellingen,
Trier-Ruwer

Wenig Interesse

„Menschenfreund mit technischem Verständnis"; WELT vom 22. September

Sehr geehrte Damen und Herren,

so begrüßenswert es ist, endlich wieder Hugo Eckener öffentlich mehrfach zu würdigen, bleibt beim Lesen des Aufsatzes von Herrn Italiaander ein fader Gedankenstrich zurück. Eckener zeigte wenig Interesse für Politik, und er hätte sich niemals für irgendeine politische Partei einspannen lassen.

Hermann Hesse hat ganz richtig erkannt: „... er ist seiner Sache treu geblieben." Diese Sache war die Luftschiffahrt und alles, was direkt damit zusammenhing.

Natürlich glaubte Eckener an die besonnene Vernunft und Tüchtigkeit des Volkes, denn er hatte dessen Not und Elend in jeder Phase miterlebt. Ob er sich hierin irrte, wie Herr Italiaander das meint, mag dahingestellt bleiben.

Aber auf keinen Fall war Hugo Eckener ein Erzfeind der Nazis. Diese wohl opportunistische Pflichterfüllung einzubauen geht am wahren Kern der Sache vorbei.

Die Behauptung, Hindenburg hätte bei Hitler ein Versprechen abnehmen müssen, Eckener niemals anzurühren, sonst wäre der in einem KZ verschwunden, ist geradezu unsinnig. Mag Dr. Eckener auch nicht beständig überall gleicherweise beliebt gewesen sein (obwohl hiervon nichts bekannt ist), wurde er doch viel zu sehr geachtet. Kein NS-Mitglied, gleich in welcher Position, hätte daran gedacht, Eckener – wegen was denn auch? – einzusperren und verschwinden zu lassen.

Der Titel „Wehrwirtschaftsführer" wurde nachweislich nur den hoch qualifizierten Experten verliehen und er besagte seinerzeit, daß derjenige, der ihn erhielt, vollgültige Leistungen nachgewiesen hat.

Mit bester Empfehlung
M. Vogel,
Hofheim/Ts.

Überheblichkeit

„Frauen können vom Einsatz neuer Techniken profitieren"; WELT vom 2. Oktober

In dem Artikel kommt meines Erachtens einmal wieder die enorme Überheblichkeit der Männer zum Ausdruck, wenn dort zu lesen ist, „daß es weniger von der Technik als von den Frauen selbst abhängt. Gelingt es ihnen, ihre Einstellung zu neuen Techniken zu ändern ...".

Ich meine, wir Frauen haben es in der Vergangenheit und auch jetzt immer wieder bewiesen, daß wir über eine sehr gesunde Einstellung zur Technik verfügen, denn sonst gäbe es keinen modernen „elektrifizierten" Haushalt, keine Frau würde zu Hause kleine Reparaturen selbst ausführen, elektrische Schreibmaschinen oder Bildschirmarbeitsplätze würden nur von Männern benutzt werden, es gäbe keine MTAs, CTAs, keine weiblichen Ingenieure usw. Frauen lenken heutzutage Autos, Busse und Bahnen, trotz ihrer angeblichen mangelhaften Einstellung zur Technik. Genauso war es während des Krieges, wo wir unsere Einstellung zur Technik als „Dienstverpflichtete" unter Beweis stellen „durften".

Wenn ich, als heute 55jährige, zurückblicke, stelle ich fest, daß es bisher immer die Männer waren, die technische Berufe als ihre ureigenste Domäne betrachtet haben. Die Einstellung unserer Väter war doch, wozu brauchen Mädchen etwas zu lernen, die heiraten ja doch. Diese und ähnliche Ansichten waren es doch, die uns Frauen den Einstieg in die Technik verwehrten. Auch heute noch gibt es Firmen, die keine Frauen in technischen Berufen einstellen wollen.

Wer also muß seine Einstellung ändern? Wer betreibt noch die Unterscheidung zwischen Männer- und Frauenberufen? Das sind doch die Männer, die so langsam einmal von ihrem hohen Podest herunterkommen sollten. Wir Frauen haben uns als flexibel erwiesen.

Allerdings muß ich auch anführen, daß man uns Frauen jetzt nicht einfach an Bildschirmarbeitsplätze setzen kann, und damit unsere einmal erlernten Berufe einfach abqualifizieren kann. Wir sind nicht dumm genug, uns in die Rolle von „Maschinenbedienern" drängen zu lassen.

Freundliche Grüße
Annemarie Scholz,
Hamburg 50

Wort des Tages

„Die Epoche stellt dem Menschen Aufgaben, aber sie löst sie nicht für ihn ... Es gibt keine Lösung, die von außen kommt. Nicht Krieg, nicht Frieden. Wir führen nicht immer Krieg mit den anderen, wir führen immer Krieg mit uns selbst."

Hans Habe; Journalist und Autor (1911–1977)

Personalien

GEBURTSTAG

Am 18. Oktober feiert Professor Dr. **Egon Stahl** seinen 60. Geburtstag. Weltbekannt wurde Stahl durch die Dünnschicht-Chromatographie, die meistverwandte analytische Trennmethode dieses Jahrhunderts. Auf allen Gebieten der Chemie, der Pharmazie, der Medizin und der Biologie hat diese Analysemethode entscheidende Fortschritte gebracht. Stahl ist Vorsitzender des Ausschusses Pharmazeutische Biologie der Deutschen Arzneibuchkommission und Präsident der Expertengruppe der Europäischen Arzneibuchkommission. Die Ergebnisse der wissenschaftlichen Arbeiten von Egon Stahl sind in über 200 Veröffentlichungen und mehreren Büchern niedergelegt. Er ist Ehrenmitglied zahlreicher wissenschaftlicher Gesellschaften und Akademien und erhielt zahlreiche Preise und Goldmedaillen.



Abschied von Freunden in Bad Godesberg: Von links Botschafter Per Fischer, auf dem Weg nach Peking, Soile Kalha, Frau des finnischen Botschafters, und ihr Mann Heikki Kalha, Josepha Fischer und Helga Krapf, Frau des früheren deutschen Botschafters Franz Krapf in Japan. FOTO: EVI KEIL

VERANSTALTUNG

Zu Ehren seines Freundes **Per Fischer**, der in Kürze als deutscher Botschafter nach Peking geht, hat Finnlands Botschafter **Heikki Kalha** ein Abschiedsessen gegeben. Der Gastgeber und Ehefrau **Soile** sorgten schnell für gelockerte Stimmung: Bereits zum Auftakt des Essens mit Flußkrebsen stimmte das Botschafterehepaar finnische Volkslieder an: Botschafter Kalha und Per Fischer sind seit Jahren „per Du". In die finnische Botschafterresidenz in Bad Godesberg kamen der Staatssekretär im Bundespräsidialamt, **Klaus Blech**, bis zur Wahl von Bundespräsident **Richard von Weizsäcker** Botschafter in Japan, der belgische Botschafter **Michel von Ussel**, der französische Botschafter **Jacques Morizet**, der österreichische Botschafter **Willibald Pahr** und der frühere deutsche Botschafter in Japan **Franz Krapf**.

NACHRICHTEN

Schalke: Weniger Schulden

Gelsenkirchen (sid) – Schalke 04, Aufsteiger in die Fußball-Bundesliga, hat seine Schuldenlast seit dem 30. Juni 1984 um 1,5 Millionen Mark auf 2,1 Millionen Mark verringert. Das wurde auf der Jahreshauptversammlung mitgeteilt, bei der keine Neuwahlen anstanden.

Quasten verpflichtet

Mannheim (sid) – Fußball-Bundesligist Waldhof Mannheim verpflichtete Torwart Gregor Quasten, zuletzt Hertha BSC Berlin, bis zum 30. Juni 1985. Stammtorwart Uwe Zimmermann hatte sich einen Bänderabriß im Fußgelenk zugezogen und fällt für etwa drei Monate aus.

Handball-Sieg

Kiel (dpa) – In einem Trainingsspiel zum Vier-Länder-Turnier in Dänemark besiegte die deutsche Handball-Nationalmannschaft der Damen den Bundesligaklub Holstein Kiel mit *28:14*. Das Testspiel *lief* über 3 x 25 Minuten.

Neuer Termin

Bochum (dpa) – Der VfL Bochum und der 1.FC Kaiserslautern einigten sich darauf, ihr am 9. Oktober ausgefallenes Spiel der Fußball-Bundesliga am 23. 10. nachzuholen.

Keine Klärung

Dortmund (dpa) – Bei einer Präsidiumssitzung des Fußball-Bundesligaklubs *Borussia Dortmund* weigerte sich Vizepräsident Friedhelm Cramer zurückzutreten. Präsident Frank Rorig und Schatzmeister Hans Glahn sind zu diesem Schritt bereit. Der Rücktritt des gesamten Vorstandes war Bedingung des ehemaligen Präsidenten Reinhard Rauball, das Amt wieder zu übernehmen.

Leichtes Los

München (dpa) – Agon 04 Düsseldorf, der deutsche Meister im Basketball der Damen, bekam für das Achtelfinale im Europapokal einen leichten Gegner zugelost. Am 1. November müssen die Düsseldorferinnen bei Naomh Muire Dublin spielen, am 8. November erwarten sie die Mannschaft aus Irland in der eigenen Halle.

ZAHLEN

TENNIS

Damen-Turnier in Filderstadt, erste Runde: Phelps (USA) – Ruzici (Rumänien) 6:2, 4:6, 6:1, Lindquist (Schweden) – Keppeler (Deutschland) 6:3, 6:4, Vermaak (Südafrika) – Holladay (USA) 6:1, 6:2, Jordan (USA) – Huber (Österreich) 6:0, 6:2, Graf (Deutschland) – Temesvari (Ungarn) 6:2, 3:6, 6:2, Budarova (CSSR) – Cueto (Deutschland) 6:2, 6:0, Russel (USA) – Durie (Großbritannien) 6:4, 6:2. – **Grand-Prix-Turnier der Herren in Köln, erste Runde:** Westphal (Deutschland) – Doyle (Irland) 6:2, 6:3, Edwards (Südafrika) – Jelen (Deutschland) 1:6, 6:4, 6:0, Mecir (CSSR) – Ocleppo (Italien) 6:7, 6:0, 7:6, Gunnarsson (Schweden) – Beutel (Deutschland) 7:6, 6:4, Glickstein (Israel) – Motta (Brasilien) 3:6, 6:2, 6:4, *Ostoja (Jugoslawien)* – Carlsson (Schweden) 6:7, 6:2, 6:2, van Rensburg (Südafrika) – Brown (USA) 3:6, 6:4, 7:6.

GEWINNQUOTEN

Lotto: 1: 1 443 833,90 Mark, 2: 206 261,90, 3: 10 362,40, 4: 169,70, 5: 11,90. – **Toto, Elferwette:** 1: 1 297,70, 2: 73,70, 3: 9,60. – **6 aus 45:** 1: 105 118,10, 2: 72 947,60, 3: 3 427,70, 4: 63,40, 5: 6,10. – **Rennquintett,** Rennen A: 1: 221,50, 2: 31,10. – Rennen B: 1: 5,30, 2: 2,50. – Kombinationsgewinn: 288 179,30 Mark. (ohne Gewähr)

FUSSBALL / Qualifikationsspiel gegen Schweden heute original im Fernsehen

● Hans-Peter Briegel, mit einer Knieverletzung aus Italien ins Trainingslager gekommen, kann heute im ersten WM-Qualifikationsspiel gegen Schweden in Köln eingesetzt werden. Lothar Matthäus spielt im Mittelfeld. Das sind die letzten Entscheidungen des deutschen Teamchefs Franz Beckenbauer: Das Spiel wird ab 20.15 Uhr original im Ersten Deutschen Fernseh-Programm (ARD) übertragen. Bundeskanzler Helmut Kohl ist Ehrengast im Kölner Stadion. Er kommt mit den Bundesministern Friedrich Zimmermann und Norbert Blüm.

Die Mannschaftsaufstellung

Schumacher
1.FC Köln (30 Jahre/52 Länderspiele)

Förster Stuttgart (26/21) – **Hergeth** Uerdingen (28/5) – **Jakobs** Hamburg (31/2) – **Briegel** Verona (29/53)

Matthäus München (23/27) – **Falkenmayer** Frankfurt (21/1) – **Magath** Hamburg (31/25) – **Brehme** K'lautern (23/9)

Rummenigge Inter Mailand (29/78) – **Völler** Werder Bremen (24/19)

Auswechselspieler: Stein (Hamburg/29/1), Bommer (Düsseldorf/27/6), Rahn (Mönchengladbach/22/0), Allofs (Köln/27/32), Mill (Mönchengladbach/26/4).

Schweden: Ravelli (25/31) – Erlandsson (27/60), Hysen (25/35), Dahlquist (29/30), Fredriksson (28/34) – Eriksson (26/16), Strömberg (24/14), Tord Holmgren (27/21), Tommy Holmgren (25/21) – Corneliusson (23/13), Gren (21/1). – **Schiedsrichter:** Robert Valentine (Schottland).

● Die deutsche Nationalmannschaft *muß heute einen Weltrekord* verteidigen. In 30 Qualifikationsspielen zu einer Weltmeisterschaft ist sie unbesiegt. Bei nur drei Unentschieden: gegen Norwegen (1953 in Oslo), Schweden (1964 in Berlin) und Schottland (1969 in Glasgow, alle 1:1). Schweden gilt als deutscher Angstgegner. Die Bilanz ist mit neun Siegen, vier Unentschieden und zwölf Niederlagen bei 44:46 Toren negativ. Köln ist dagegen ein gutes Pflaster für Länderspiele. Die einzige Niederlage in 14 Spielen liegt schon 49 Jahre zurück (1:2 gegen Spanien 1935).

Nervöser Hermann Neuberger verhandelte noch schnell mit den Nationalspielern über die Prämien

ULRICH DOST, Hennef

„Wenn wir etwas nicht gebrauchen können, dann ist es Unruhe." Endlich, so der neue Teamchef Franz Beckenbauer, sei nach der Ära Derwall in und um die Nationalmannschaft tatsächlich Ruhe eingekehrt: Keine Streitereien, keine Wortduelle über die Presse, keine Intrigen, keine Reibereien. Sicherlich ein Verdienst von Beckenbauer, der immer noch über einen großen Bonus verfügt. Aber gerade der Rekord-Nationalspieler (103 Länderspiele) war es, der diese Stille mit einem sehr offenherzigen Interview im Männermagazin „Playboy" beinahe in einen Sturm der Entrüstung verwandelt hätte.

Franz Beckenbauer, so war es diesem Interview zu entnehmen, zog über diejenigen her, für die er jetzt verantwortlich ist. „Satt und überbezahlt" seien die deutschen Profis, die längst nicht mehr ihre Grenzen kennen würden. Starker Tobak, den Beckenbauer da scheinbar losließ. Sicherlich hätte er damit nichts neues gesagt, denn selbst der treueste Fan *hat inzwischen erkannt, daß sein Star* von Selbstkritik wenig, von Selbstüberschätzung viel hält, daß das viele Geld auf dem Konto die Beine nur lahmer machte, die teueren Autos aber immer schneller wurden.

Franz Beckenbauer, mit diesen Aussagen in der Sportschule Hennef konfrontiert, wurde zunächst sehr blaß und dann auch noch bitterböse. Beckenbauer: „Ich bin gelinkt worden. Ich habe zum ersten Mal überlegt, ob man so etwas ungestraft hinnehmen sollte. Noch nie ist mir in den Sinn gekommen, gerichtlich gegen einen Artikel vorzugehen." Später, als die erste Erregung vorbei war, entschloß er sich, keine Klage einzureichen. Dennoch verteidigte er sich: „Das ist doch Schnee von gestern, und außerdem habe ich das alles überhaupt nicht gesagt. Satte und faule Profis, Cartier-Kettchen am Hals, Porsche auf dem Parkplatz: So etwas gehört nicht zu meinem Wortschatz. Wir bewerten das alles nicht so hoch."

Gleich auf der nächsten Mannschaftssitzung hat er den Nationalspielern erklärt, wie dieses Interview zustande gekommen sei. Max Merkel, der österreichische Sprücheklopfer, habe ihn noch weit vor dem Start der Bundesliga in Kitzbühel besucht. Dabei war auch ein Mann vom „Playboy", der ein Tonband laufen ließ. Beckenbauer: „Einige Zitate, die in dem Interview stehen, sind ganz bestimmt nicht auf dem Tonband. Ich kenne doch den Max. Die Geschichte hat er sowieso nicht geschrieben. Das war der Mann vom Verlag. Der Max kann wahrscheinlich gar nichts dafür. Offensichtlich muß es der Verlag nötig haben, für höhere Auflagenzahlen zu sorgen."

Wie auch immer: Auf Kosten der Nationalmannschaft und Beckenbauer gelang dem Männermagazin tatsächlich das, was geplant war, nämlich eine gelungene PR-Aktion. Obwohl die November-Ausgabe noch gar nicht erschienen ist, legte der „Playboy" gleich noch einmal nach. Gestern flatterte den Redaktionen ein Telex mit der Stellungnahme von Max Merkel auf den Tisch. Da wurde dann der Österreicher scheinheilig so zitiert: „Ich wollte ihn doch nicht angreifen. Doch in der Sache stimmt ja alles, da muß er mir Recht geben." Und weiter: „Der Zeitpunkt vor dem Länderspiel gegen die Schweden war für ihn schlecht." Und dann in eigener Sache: „Er hat so viele Interviews gegeben. Ganze Schwärme von Journalisten *kommen auf ihn zu*. Der kann gar nicht mehr wissen, was er gesagt hat. Aber die Sätze stimmen."

Der Teamchef blieb dennoch gelassen: „Nach einem Tag Wirbel wird alles vergessen sein." Die Spieler weiß er ohnehin hinter sich. Karl-Heinz Förster: „Wir fühlen uns nicht angesprochen. Das sind doch alles alte Kamellen."

Gestern morgen war in Hennef überraschend das Training ausgefallen. Die Nationalmannschaft begab sich *stattdessen* auf einen *gemütlichen* Spaziergang im Sonnenschein. Beckenbauer: „Wir haben hier bisher gut und sehr intensiv trainiert. Wir wollten uns deshalb ein bißchen schonen." Er hat sicherlich auch den Spaziergang an der frische Luft dazu benutzt, *um sich endgültige Klarheit* über die Mannschafts-Aufstellung für das Spiel gegen Schweden zu verschaffen. Überraschendes hatte er danach nicht mehr mitzuteilen: Die Schwellung im Knie von Hans-Peter Briegel ist abgeklungen, gegen seinen Einsatz gibt es keine Bedenken. Lothar Matthäus wird nun tatsächlich von Beginn an dabei sein, Uwe Rahn bliebt zunächst auf der Bank, ebenso der Kölner Klaus Allofs, mit acht Treffern derzeit erfolgreichster Bundesliga-Torschütze.

Erst die letzten Trainingseindrükke, so Beckenbauer und sein Trainer Horst Köppel, hätten den Ausschlag für den Münchner Lothar Matthäus gegeben: „Er hat sich *mit seinem* Engagement in den Vordergrund gespielt. Das war entscheidend." Damit hat Beckenbauer bewiesen, daß er in der Mannschafts-Aufstellung letztlich das entscheidende Wort hat, denn Köppel hätte lieber Rahn und Allofs *in der Mannschaft* gesehen.

Beckenbauer aber hielt auch an dem zuletzt wenig erfolgreichen Torjäger Rudi Völler fest: „Wir müssen ihm Sicherheit geben. Es bringt nichts, wenn wir ihn auf die Bank setzen. Bei Gerd Müller war es früher oft genauso: Manchmal traf er wochenlang nicht, dann war er plötzlich wieder der alte. Heute hoffen wir auf Tore von Rudi Völler gegen die Schweden."

Um die Mittagszeit tauchte auch DFB-Präsident Hermann Neuberger im Kreis der Nationalmannschaft auf. Wunderdinge erwarte er heute nicht, meinte Neuberger, wohl aber ein gutes Spiel und einen Sieg: „Der Erfolgsdruck ist da, ich selbst bin seit Tagen nervös." Direkt nach dem Mittagessen nahm der Präsident eine Gesprächsrunde mit dem Spielerrat Rummenigge, Schumacher, Förster und Magath auf. Dabei ging es um die Prämien für die Weltmeisterschafts-Qualifikation.

Schon vor dem Gespräch waren die Spieler sehr optimistisch. Harald Schumacher: „Ich denke, daß sich die Summen in ähnlicher Höhe wie bisher bewegen." Neuberger: „Ich glaube, die Sache ist schnell vom Tisch." War sie dann schließlich auch, weil sich Neuberger spendabler zeigte *als erwartet. Bislang gab* es für jeden Spieler 3000 Mark pro Qualifikationsspiel für die EM 1980, die WM 1982 und die EM 1984. Diesmal legte Neuberger sogar noch einen Tausender drauf: Mit 4000 Mark darf also jeder rechnen, der zum Einsatz *kommt. Das wären immerhin* 32 000 Mark im Höchstfall bei einer Qualifikation für die nächste Weltmeisterschaft 1986 in Mexiko.



Als Franz noch nicht Kaiser oder Chef war

Franz Beckenbauer steht heute als Teamchef vor seinem ersten großen Spiel. Da gehen die Gedanken auch 19 Jahre zurück. Am 26. September 1965, gerade 20 Jahre alt geworden, bestritt er das erste seiner 103 Länderspiele – gegen Schweden in Stockholm (Foto). Damals ging es um die Teilnahme am WM-Turnier in England, das Spiel endete 2:1 (Siegtor Uwe Seeler) für die deutsche Mannschaft. „Der ist heute schon Weltklasse", überredete Detmar Cramer, Assistent von Bundestrainer Helmut Schön, seinen Chef, den jungen Mann einzusetzen. Eine Zeitung damals über Beckenbauer: „Nichts von Lampenfieber, oft sogar fast souveräne Gelassenheit. Spieler seines Könnens wachsen nicht in die Nationalmannschaft, sie sind gleich mitten drin." FOTO: SCHIRNER

TENNIS

Steffi Graf auf dem Weg zur Spitze

DW. Filderstadt

Mit dem Begriff „Wunderkind" werden gerade im Damen-Tennis allzuoft und viel zu früh schreiende Schlagzeilen produziert. Über Steffi Graf wurde bereits mit euphorischem Unterton *gesprochen und* geschrieben, als sie zwölf Jahre alt war. Jetzt, 15 Jahre alt, hat sie beim Turnier in Filderstadt eine weitere Etappe auf dem Weg in die Spitzenklasse bewältigt. In der ersten Runde besiegte sie die in der Weltrangliste auf Platz 17 stehende und in Filderstadt an Nummer sieben gesetzte Ungarin Andrea Temesvari (18).

Es war nicht allein der Erfolg (6:3, 2:6, 6:2) Steffi Grafs, der Aufmerksamkeit erregen muß, vielmehr war es die Erkenntnis, daß die junge Heidelbergerin für ihr Alter schon eine erstaunlich gereifte Spielerin ist. Sie besaß ein klares Konzept und ließ von ihm auch nicht ab, als das Spiel mit dem Verlust des zweiten Satzes umzukippen schien. Steffi Graf: „Ich wollte Andrea viele Slice-Bälle auf die Rückhand spielen, damit sie Fehler macht. Genau das ist aufgegangen." Nach 113 Minuten stand der Sieg fest, der für Steffi Graf nach dem Triumph beim olympischen Demonstrations-Turnier in Los Angeles der wohl wichtigste ihrer jungen Karriere ist. Zur Zeit steht sie noch auf Platz 43 der Weltrangliste, der weitere Aufstieg scheint programmiert.

Andrea Temesvari, vielleicht die hübscheste unter den Profi-Spielerinnen, hat sich allerdings in letzter Zeit *nicht so sehr auf das Tennis konzentriert*, wie es noch im letzten Jahr der Fall war (Platz acht der Weltrangliste). Ihr wurden Filmpläne nachgesagt, sie trennte sich zeitweise von ihrem Vater Otto, einem ehemaligen Basketball-Nationalspieler, der sie *trainierte und managte. In Filderstadt* war der Vater wieder dabei. Nach einigen Diskussionen mit dem Schiedsrichter wurde er aber von seiner Tochter zurechtgewiesen: „Sei ruhig, ich will dich hier nicht mehr sehen."

Steffi Grafs nächste Gegnerin ist die Tschechoslowakin Iva Buderova. Gewinnt sie, könnte sie im Viertelfinale auf Claudia Kohde treffen.

SCHACH / WM

Remis, aber erst nach viel Kampf

LUDEK PACHMAN, Bonn

Auch in der 13. Partie der Schach-Weltmeisterschaft zwischen Titelverteidiger Anatoli Karpow und seinem Herausforderer Garri Kasparow gab es ein Remis (Karpow führt weiter 4:0). Diesmal aber erst nach Kampf. Beide Gegner scheuten das Risiko nicht und stürzten sich gleich nach der Eröffnung in taktische Verwicklungen. Karpow verbrauchte für seinen 17. Zug fast eine Stunde Bedenkzeit und ließ sich dann auf ein Qualitätsopfer ein, um Angriffschancen zu erhalten. Kasparow wählte die beste Verteidigung, indem er auf den materiellen Vorteil verzichtete und in ein gleichstehendes Endspiel einleitete.

Die Notation (Karpow Weiß, Englische Partie): **1.Sf3 Sf6, 2.c4 b6, 3.g3 c5, 4.Lg2 Lb7, 5.0–0 g6, 6.Sc3 Lg7, 7.d4 ...**

Eine Abweichung zum Verlauf der 11. Partie, in der Karpow die ruhigere symmetrische Entwicklung 6.b3 Lg7, 7.Lb2 0–0 wählte.

7. ... cxd4, 8.Sxd4 Lxg2, 9.Kxg2 0–0,

Üblich ist an dieser Stelle Dc8, 10.b3 Db7+, 11.f3 und nun entweder d5 oder Sc6.

10.e4 Dc7,

Und dies ist meines Wissens neu. Bisher pflegte man mit Sc6 oder Sa6 fortzusetzen. Weiß darf nun nicht 11.Sd5? ziehen, wegen Sxd5, 12.cxd5 Dc4 mit Bauerngewinn.

11.b3 Sxe4!, 12. Sxe4 De5, 13.Df3 Dxd4, 14.La3 Sc6,

Schwarz kann den Mehrbauern nicht behaupten, weil er nach 14. ... De5 oder d6 mit 15.Sf6+ die Qualität verliert.

15.Tad1 De5, 16.Txd7 Da5, 17.Lxe7! ...

Karpow opfert die Qualität, statt mit b4 den Ausgleich zu suchen.

***17. ... Se5, 18.Dd1 Sxd7, 19.Dxd7* Dxa2!,**

Auch die Rückgabe der Qualität ist eine richtige Entscheidung von Kasparow. Mit Tfb8 würde er keine Gewinnchancen erhalten, sondern seine Position nur gefährden. Zum Beispiel: 20.Td1 (Dxa2?, 21.Td3) Df5, 21.Dxf5 *gxf5, 22.Sf6+ Lxf6 (Kh8, 23.Td7)*, 23.Lxf6 Te8, 24.Td5 usw.

20.Lxf8 Txf8, 21. Te1! ...

Auch 21.Dd3 hätte zum Unentschieden gereicht. Aber Karpow versucht es noch mit aktiven Manövern.

21. ... Dxb3, 22.Sd6 ...

Es droht Te8 oder Te7.

22. ... *De3!*, 23.Te7 *Df6*, 24.Se4 Dd4, 25.Dxd4 Lxd4, 26.Td7 Lg7, 27.Txa7 h6, 28.Tb7 Ld4, 29.Td7 Lg7, 30.h4 f5, 31.Sd2 Tf6, 32.Tc7 Te6, 33.Sf3 Lf6, Remis.

STAND ● PUNKT / *Empfehlung*

Wir leben in einem freien Land. Da darf jeder singen, wenn er will, selbst wenn er es nicht kann und trotzdem damit Geld scheffelt. Wie deutsche Fußball-Nationalspieler, die Udo Jürgens, Michael Schanze und die geballte Play-back-Technik als Hilfsmotoren benutzten, um brav vor jeder Weltmeisterschaft ein Zubrot zu verdienen, mit „Fußball ist unser Leben", „Buenos Dias, Argentina", „Olé, España".

Selbstverständlich, niemand kann bei uns gezwungen werden, die dritte Strophe des Deutschlandliedes aus irgendeinem Anlaß mitzusingen. Und es ist gut, daß der Chef des Deutschen Fußball-Bundes, Hermann Neuberger, nach der jüngsten Diskussion noch einmal festgestellt hat, daß das Mitsingen der Hymne vor einem Länderspiel nicht zur Pflicht *erhoben wird*. Eine *Empfehlung* sei es gewesen.

Mehr nicht? Fest steht, daß das Bundes-Präsidialamt nach jedem Länderspiel Briefe bekommt, in denen Zuschauer sich befremdet *darüber äußern, daß die Herren* Spieler sich bei den Klängen der Hymne wie Fische verhalten.

Vielleicht gibt es bei denen, die heute für Deutschland spielen, doch noch so etwas wie Stolz, ihr Land zu vertreten, und die innere Pflicht, sich dazu zu bekennen. Mehr nicht. DW.

Desinteresse der Grünen an Parlamentsarbeit

STEFAN HEYDECK, Bonn

Bei den Grünen schwindet offenbar das Interesse immer mehr, sich an praktischen Arbeiten des Parlaments zur Umsetzung der Politik zu beteiligen. Das gilt sogar für Bereiche, die für sie in der politischen Auseinandersetzung einen besonderen Stellenwert haben. Sie scheinen sich vielmehr schwerpunktmäßig darauf beschränken zu wollen, plakativ mit Kritik und Forderungen an die Öffentlichkeit zu gehen.

Das zeigte sich wiederholt bei wichtigen wichtigen Ausschußsitzungen. Im Haushaltsausschuß, der wichtige Vorentscheidungen über den Etat 1985 trifft, beteiligten sich die vier Abgeordneten der Grünen an Einzelberatungen kaum oder fehlten, obwohl sie zu einzelnen Themen sogar die Berichterstattung übernommen hatten. Der Obmann der Grünen in dem Ausschuß, Hubert Kleinert, war zu diesem Zeitpunkt zum Internationalen Währungsfonds (IWF) nach Washington gereist und kam erst verspätet zu den Beratungen der Etats des Bundesgrenzschutzes (BGS) und des Bundeskriminalamts (BKA).

Abstinent waren die Grünen auch bei den Erörterungen der Haushalte des Bundesjustizministeriums und des Bundesverfassungsgerichts. Selbst am Verteidigungsetat zeigten sie wenig Interesse. Ironisch meinte die FDP-Abgeordnete Ursula Seiler Albring: „Die Grünen befinden sich in einer Prä-Rotationslethargie."

Nur noch bedingter Schutz des Bürgers?

rtr, Bonn

Der Schutz des Bürgers vor Kriminalität ist nach Auffassung der Bundesregierung „nur noch bedingt gewährleistet". Der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesinnenministerium, Spranger, begründete diese Auffassung gestern mit dem Anwachsen der Straftaten auf 4,3 Millionen im Jahr 1983 uns sagte, die steigende Kriminalität drohe sich zum Krebsschaden der Gesellschaft zu entwikkeln. Nur noch 45 Prozent der Straftaten werde aufgeklärt. Die Zahl der nicht aufgeklärten Taten sei heute höher als vor zehn Jahren die Gesamtzahl der Straftaten, sagte Spranger in Sonthofen.

Im Ostblock wird kleiner Spielraum geprobt

CARL GUSTAF STRÖHM, Wien

Drei Ostblock-Parteichefs, die alle auf ihre Weise eine besondere Position in der kommunistischen Welt und ihren Beziehungen zum Westen einnehmen, sind fast gleichzeitig zu offiziellen Besuchen in westliche Länder aufgebrochen. Der rumänische Partei- und Staatschef Nicolai Ceausescu hält sich zu einem dreitägigen Staatsbesuch in der Bundesrepublik Deutschland auf. Der ungarische Parteichef Janos Kadar folgte einer Einladung Staatspräsident Mitterrands nach Paris. SED-Chef und Staatsratsvorsitzender Erich Honekker reist in das dem Osten nächstgelegene westliche Land – zu den Finnen nach Helsinki.

Alle drei Besuche zeigen, daß jene kleineren kommunistischen Staaten Europas, die während der Raketen-Diskussion das größte Interesse an einem Ausbau der Beziehungen zum Westen an den Tag legten, trotz der inzwischen eingetretenen Rückschläge – etwa der von Moskau erzwungenen Absage des Honecker-Besuches in der Bundesrepublik – die Kontakte zu westlichen und besonders westeuropäischen Partnern weiter pflegen wollen. Dabei scheint Honeckers Manövrierraum am stärksten eingeengt, doch ist der SED-Chef immerhin stark genug, durch seine Reise nach Finnland zu signalisieren, daß er doch präsent ist und zumindest in bescheidenerem Rahmen Westpolitik betrieben kann.

Der Kadar-Besuch in Frankreich geht einher mit einer Serie von offiziellen und halboffiziellen Erklärungen ungarischer Partei- und Regierungsstellen sowie der Budapester Medien, wonach es – so eine Äußerung des ungarischen Parteichefs – „keine rationale Alternative zur Entspannung" gebe. Aus Budapest kommt in diesen Tagen ganz eindeutig die Forderung, daß der Dialog zwischen den Machtblöcken in Ost und West unbedingt fortgesetzt werden müsse.

So äußerte sich der ungarische ZK-Sekretär Matyas Szürös vor einigen Tagen auf einer Sitzung des ungarischen Zentralkomitees. Ähnlich hörte man auch von Außenminister Peter Varkonyi auf der UN-Vollversammlung die Erklärung, daß der Ost/West-Kontakt unbedingt fortgesetzt werden müsse.

Natürlich haben die Ungarn dem üblichen Ostblock-Vokabular ihren Tribut gezollt. Sie haben ihre Treue zum Warschauer Pakt bekräftigt und ganz allgemein über die Gefahr des „Revanchismus" gesprochen. Im Gegensatz zu Moskau und anderen Ostblockstaaten hat aber Budapest jede

DIE ● ANALYSE

Verbindung des Begriffs „Revanchismus" mit dem Adjektiv „deutsch" oder gar mit der Etikette „Bonn" strikt vermieden. Es handelt sich hier eher um eine Art liturgische Formel.

Es entspricht dem persönlich bescheidenen Stil Janos Kadars, daß er seine Frankreich-Reise mit relativ geringer Publizität ausgestattet hat. Dennoch ist eine gewisse Geheimniskrämerei, mit der sowohl Budapest wie Paris die Kadar-Reise bis zuletzt umgaben, wohl auch auf politische Erfahrungen zurückzuführen, die von anderer Seite („DDR", Bulgarien) in den vergangenen Wochen gemacht wurden. Die frühzeitige Bekanntgabe der geplanten Honecker- und Schiwkow-Besuche in Bonn trugen, so heißt es in politischen Kreisen Osteuropas, entscheidend mit dazu bei, beide Vorhaben zu Fall zu bringen. Kadar wird bei seinem Frankreich-Besuch unter anderem von Gyula Horn, dem im ZK zuständigen Funktionär für internationale Fragen, begleitet. Horn war es, der vor kurzem die interessante These aufstellte, wonach es in der heutigen Zeit keine „gerechten Kriege" mehr gebe. (Die Lehre von den „gerechten Kriegen" ist ein fester ideologischer Bestandteil des Leninismus.)

Die Ceausescu-Visite in Bonn wiederum fällt aus dem Rahmen, weil der rumänische Partei- und Staatschef seinen Spielraum gegenüber den Sowjets bereits seit langem soweit ausgeweitet hat, daß er sich auch gewisse Extratouren leisten kann. Ceausescu hat zwar, wie diplomatische und politische Kreise in der rumänischen Hauptstadt immer wieder betonen, sein Verhältnis zur Sowjetunion soweit „geordnet", daß mit direkten sowjetischen Pressionen zur Zeit nicht zu rechnen ist. Dennoch hat etwa die Inszenierung des rumänischen kommunistischen Nationalfeiertages am 23. August dieses Jahres zu gewissen Kontroversen geführt. Es heißt, Moskau habe das Erscheinen des SED-Chefs Honekker, der als einziger Ostblock-Parteichef nach Bukarest gekommen war, sehr negativ vermerkt – besonders aber Anstoß daran genommen, daß der deutsche Gast unmittelbar neben dem gleichfalls anwesenden chinesischen Staatschef Li Xiannian plaziert wurde.

Es gibt sogar die These, Honeckers damaliges Erscheinen bei Ceausescu habe die Kampagne erst richtig ins Rollen gebracht, die dann zur Absage des Besuches in der Bundesrepublik führte. Hartnäckig hält sich nämlich in Bukarest die Version, der ungarische Staatschef Pal Losonczy und der bulgarische Partei- und Staatschef Todor Schiwkoff seien beide durch sowjetische Proteste daran gehindert worden, ebenso wie Honekker an den Bukarester Feiern teilzunehmen.

„Es wird zu viel und zu schnell verhaftet"

STEFAN HEYDECK, Bonn

Die Ansicht des Deutschen Anwaltsvereins, in der Bundesrepublik Deutschland werde zu schnell und zu viel verhaftet, hat jetzt der Göttinger Professor Heinz Schöch bestätigt. Der Jurist, der für das Bundesjustizministerium seit einem Jahr an einem Forschungsprojekt über die „Rechtswirklichkeit der Untersuchungshaft" arbeitet, wies in einer Zwischenbilanz vor Journalisten darauf hin, daß die durchschnittliche Untersuchungshaft rund vier Monate, in 15 Prozent aller Fälle sogar über sechs Monate dauert. Dabei seien im vergangenen Jahr die Hälfte aller Untersuchungshäftlinge zu einer Freiheitsstrafe verurteilt worden. Er meldete Zweifel an, ob Recht und Rechtswirklichkeit hier noch übereinstimmten.

Nach Ansicht des Professors könnte die Dauer der Untersuchungshaft in vielen Fällen um 50 Prozent verkürzt werden, wenn Akten schneller übermittelt würden. Hierfür benötige man derzeit durchschnittlich zehn Tage, selbst wenn Staatsanwaltschaft und Gericht sich am selben Ort befänden.

Mit dem 125 000 Mark teuren Forschungsprojekt, das Ende 1985 abgeschlossen sein wird, soll herausgefunden werden, ob gesetzliche Änderungen für die Untersuchungshaft erforderlich sind. Bei der Analyse von Fällen und Entscheidungsgründen der Haftrichter gibt es erhebliche Schwierigkeiten. Denn, so Bundesjustizminister Hans Engelhard: „Eine ‚saubere' Justizstatistik gibt es nicht." So würde etwa jede Verlegung eines Häftlings von einem Bundesland in ein anderes als „neuer Fall" registriert. Engelhard wiederholte die „uralte FDP-Forderung" nach einem Rechtspflegeministerium.

Ausgewertet werden in dem Projekt 1400 Untersuchungshaftfälle, 200 „Beinahe-Haftfälle" und 100 Haftprüfungstermine. Nach den Worten von Schöch sollen Verhaftete und je 100 Haftrichter, Rechtsanwälte und Polizeibeamte unter anderem zu ihrer Haltung zur Kriminalität und zu ihrem sozialen Umfeld befragt werden. Nach den Worten Schöchs darf die Untersuchungshaft nicht eine „vorweggenommene Strafe" sein, sondern dürfe nur der Sicherung des Verfahrens dienen. In 96 Prozent aller Fälle würde die Haft wegen Fluchtgefahr verhängt.

Moskau kritisiert Landwirtschaft

rtr, Moskau

Der sowjetische Agrarminister Mesjaz hat der Landwirtschaft in vielen Teilen des Landes „Desorganisation und Langsamkeit" in der Viehfutterversorgung vorgeworfen. Die amtliche Nachrichtenagentur Tass zitierte den Minister gestern mit den Worten: „Beim Anlegen und rationellen Einsatz von Futterreserven für den kommenden Winter fehlt es an der notwendigen Sorgfalt."

Mesjaz erklärte weiter, es habe unannehmbare Verzögerungen bei der Einbringung der Heuernte gegeben. Die Hersteller- und Lieferbetriebe von Landmaschinen beschuldigte der Minister, die Produktionstermine für die benötigte Ausrüstung nicht einzuhalten.

Aus zuständigen Kreisen in Moskau verlautete, daß es angesichts erneut unzureichend ausfallender Ernteergebnisse Zeichen für jäh wachsende Besorgnisse der Behörden über die Futtermittelversorgung gebe.

Die Deutschen in Rumänien hoffen

● Fortsetzung von Seite 1

rung Präsident Reagans unterstützte, „daß die Verhandlungen zwischen den USA und der Sowjetunion über nukleare Waffen ohne Vorbedingungen wieder aufgenommen werden", plädierte Ceausescu für eine Einstellung der Stationierung amerikanischer Mittelstreckenraketen in Westeuropa und der von sowjetischer Seite ergriffenen Gegenmaßnahmen.

Damit übernahm der Rumäne praktisch die sowjetische Vorbedingung für eine Wiederaufnahme der Genfer Verhandlungen. Das von ihm propagierte Endziel hingegen ähnelte der vom Westen verlangten „Null-Lösung": „Beseitigung der Mittelstrekkenraketen von Europa und Beseitigung aller Kernwaffen vom Kontinent und in der ganzen Welt." Ceausescu forderte ferner „die Umwandlung des Balkanraums in eine Zone des Friedens und der Zusammenarbeit, ohne Kernwaffen und ohne fremde Militärstützpunkte".

Eine wichtige Rolle in den Gesprächen spielte auch die von Bukarest gewünschte Intensivierung der deutsch-rumänischen Wirtschaftskooperation. Kohl äußerte sich dazu positiv. Bundeswirtschaftsminister Bangemann sagte dem rumänischen Außenhandelsminister Vasile Pungan ebenfalls positive Bemühungen um einen Ausbau der Zusammenarbeit zu. Dabei verwies er auf verschiedentlich zu hörende Klagen von Unternehmern über mangelnde Flexibilität auf rumänischer Seite. Beide Minister vereinbarten auf Vorschlag Bangemanns, daß vor der nächsten Sitzung der deutsch-rumänischen Wirtschaftskommission Ende November/Anfang Dezember die rumänische Seite eine konkrete Projektliste für Möglichkeiten der bilateralen Unternehmenskooperation vorlegen soll. Im Gegenzug soll von Bonner Seite das Ergebnis einer Umfrage unter interessierten deutschen Unternehmen über konkrete Probleme präsentiert werden.

Auch bei einem Treffen Ceausescus mit Vertretern der Wirtschaft am gestrigen Abend kam der beiderseitige Wunsch nach Beseitigung noch bestehender Schwierigkeiten zum Ausdruck. Der Parlamentarische Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium, Martin Grüner, rühmte Rumänien als „einen der Pioniere der West-Ost-Kooperation". Gerade in jüngster Zeit seien wieder Anzeichen für ein verstärktes Interesse an einer langfristigen Zusammenarbeit zwischen Unternehmen beider Länder sichtbar geworden. Grüner appellierte an Deutsche und Rumänen, „ihre Bemühungen um eine noch engere wirtschaftliche Zusammenarbeit zu verstärken".

Ceausescu traf gestern auch den stellvertretenden SPD-Vorsitzenden und nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten Rau, den CSU-Vorsitzenden und bayerischen Ministerpräsidenten Franz Josef Strauß und einen Sprecher des Bundesvorstandes der Grünen. Heute morgen wird er vom Bundespräsidenten in Schloß Falkenlust mit militärischen Ehren verabschiedet.

Pjöngjang nimmt Angebot Seouls an

DW. Tokio

Nordkorea hat in den Vorschlag Südkoreas eingewilligt, bilaterale Handelsgespräche zu führen. Wie Radio Pjöngjang gestern meldete, hat der nordkoreanische Vizeministerpräsident Kim Hwan in diesem Sinne an seinen südkoreanischen Amtskollegen Shin Byung-Hyonn geschrieben. Dieser hatte die Handelsgespräche am Freitag angeboten. Eine Woche zuvor hatte Seoul Gespräche über Familienzusammenführung und Sportleraustausch vorgeschlagen.

Der südkoreanische Staatschef Chun Doo-Hwan hatte bereits vor zwei Monaten solche Verhandlungen angeregt und kostenlose Gutachten und Material angeboten, um zur Anhebung des Lebensstandards in Nordkorea beizutragen. Damals hatte Nordkorea schroff abgelehnt. Im September hatte Südkorea von Nordkorea Reis, Zement, Textilien und Medikamente im Werte von 12,5 Millionen Dollar für seine Überschwemmungsopfer angenommen.

Kaum ein Unterschied

J. G. – Die Erwartung vieler wurde enttäuscht. Der Kartellsenat des Berliner Kammergerichts hat zwar die Beschwerde verworfen, die vom größten Unternehmen des deutschen Selbstbedienungsgroßhandels gegen das Veto des Bundeskartellamtes zu der geplanten Aufstokkung der Metro-Beteiligung auf 25 Prozent beim zweitgrößten deutschen Warenhauskonzern (Kaufhof) eingelegt wurde. Aber das Gericht beschränkte sich bei seinem Nein darauf, daß die überragende Metro-Marktposition im Selbstbedienungsgroßhandel durch Zusammenschluß mit dem Kaufhof-Potential wettbewerbshindernd verstärkt würde.

Das genügte dem Gericht. Der zweite und brisantere Teil des Kartellamts-Vetos, daß nämlich ein Metro/Kaufhof-Zusammenschluß ein wettbewerbsfeindliches Oligopol sechs riesiger „Nachfrager" im Lebensmitteleinzelhandel noch verstärke, beschäftigte die Richter nicht.

Da sind die mittelständischen Einzelhändler und Produzenten, die beide ob der (preisdrückenden) Nachfragemacht der Handelsgiganten stöhnen, nun so klug (oder unsicher) wie zuvor. Kaum einen Unterschied macht das Berliner Urteil auch in anderer *Hinsicht* aus. Die Vermutung, daß im Einflußkreis der Metro über Schweizer Kanäle ohnehin schon gut die Hälfte des Kaufhof-Kapitals liegt, bleibt bestehen. Vom Sinn oder Unsinn des vielerorts voranschreitenden Konzentrationsprozesses im deutschen Einzelhandel erfährt man mit diesem Urteil leider nichts.

Schlechte Zeiten

J. Sch. (Paris) – Gute Wirtschaftsdaten werden sofort bekanntgegeben, bei den schlechten wartet man auf den geeigneten Zeitpunkt. Dieser Gepflogenheit hat sich jetzt auch der Automobilverband angeschlossen. Erst nachdem der Pariser Autosalon optimistisch seine Pforten am Sonntag geschlossen hatte, wurden die längst verfügbaren, aber eben recht enttäuschenden Zulassungszahlen für September herausgegeben: Gegenüber dem gleichen Vorjahresmonat zeigte sich ein Rückgang von 19,9 Prozent nach plus 3,3 Prozent im Jahresvergleich August. Unter diesen Umständen vermag der Hinweis der französischen Hersteller auf die traditionelle Zurückhaltung der Käufer vor einem Autosalon – in Erwartung der Neuheiten – kaum zu überzeugen. Inzwischen wird der „Super-5" von Renault zwar gut bestellt. Bis der staatliche Konzern wieder auf einen grünen Zweig kommt, dürfte aber noch einige Zeit vergehen. Und das gilt für die gesamte französische Automobil-Industrie. 1984 wird sie den Absatzrückgang nichtmal auf zehn Prozent begrenzen können.

BUNDESBANK / Deutsches Auslandsvermögen wächst wieder

Knapp die Hälfte der Verluste aus den letzten Jahren ist aufgeholt

CLAUS DERTINGER, Frankfurt

Das deutsche Auslandsvermögen, das sich in den Jahre 1979 bis 1981 mit den Leistungsbilanzdefiziten auf 59 Milliarden Mark praktisch halbiert hatte, wächst wieder. Mitte dieses Jahres hatte es netto 84,4 Milliarden erreicht und damit etwa die Hälfte des vorangegangenen Vermögensverzehrs aufgeholt. Aller Voraussicht nach wird dieser „Aufholprozeß" vorerst anhalten, glaubt die Bundesbank, die eine weitere Verbesserung der Leistungsbilanz in der zweiten Jahreshälfte erwartet.

Hinter diesem Saldo von 84,4 Milliarden Mark deutschen Auslandsvermögens stehen 651 Milliarden Aktiva, die von Ende 1981 bis Mitte dieses Jahres um 107 Mrd. DM gestiegen sind, und 566 Mrd. DM Auslandspassiva, die in der gleichen Zeit um 81 Mrd. DM zugenommen haben. Obwohl die Fristen auf beiden Seiten der Vermögensrechnung etwas länger geworden seien, habe sich der Liquiditätsgrad des deutschen Auslandsvermögens keineswegs verschlechtert, schreibt die Bundesbank in ihrem Monatsbericht. Die Tatsache, daß die kurzfristigen Auslandsforderungen zur Jahresmitte um mehr als 20 Milliarden Mark höher waren als die kurzfristigen Auslandsverbindlichkeiten, wertet die Bundesbank als Zeichen dafür, daß die Bundesrepublik vor allem mit ihren Währungsreserven über einen beträchtlichen „Liquiditätspuffer" verfügt, um eventuelle wirtschaftliche Spannungen auffangen zu können.

Wichtig erscheint der Bundesbank eine hohe außenwirtschaftliche Liquiditätsvorsorge vor allem, weil die D-Mark als internationale Anlage- und Reservewährung den Schwankungen in der Währungspräferenz ausländischer Anleger besonders stark ausgesetzt ist. Immerhin summierten sich die auf D-Mark lautenden Auslandsverbindlichkeiten auf 441 Milliarden, also fast vier Fünftel der Auslandspassiva. Darin dokumentiere sich, so betont die Bundesbank, das große Vertrauen des Auslands in die D-Mark. Trotz der starken Aufwärtsbewegung des Dollars habe das Ausland bis zur Jahresmitte per Saldo keine Mittel abgezogen; speziell die D-Mark-Verbindlichkeiten hätten sogar zugenomen.

Die Auslandsaktiva der Bundesbank – netto 75 Milliarden DM – sind nach wie vor der bei weitem wichtigste Aktivposten im Auslandsvermögensstatus der Bundesrepublik, wobei anzumerken wäre, daß sie bei Bewertung zu Marktpreisen doppelt so hoch wären, wie bei Bilanzierung nach dem Aktienrecht.

Zum Wiederanstieg des deutschen Auslandsvermögens haben die Währungsreserven seit Ende 1981 nur bescheidene rund sechs Milliarden beigetragen. Auch die Auslandsforderungen der Banken (176 nach 173 Mrd. DM) und ihre Auslandsverpflichtungen (175 nach 167 Mrd. DM) haben sich trotz beträchtlich gewachsener Außenhandels- und Dienstleistungstransaktionen kaum verändert; die Banken haben ihre internationalen Aktivitäten stark auf die Auslandsniederlassungen verlagert, deren im deutschen Auslandsvermögensstatus nicht erfaßten Aktiva seit Ende 1981 um jeweils rund 40 Prozent auf fast die gleiche Größenordnung wie bei den inländischen Bankmüttern gestiegen sind.

Die Wirtschaftsunternehmen und Privaten haben ihr Nettoauslandsvermögen seit Ende 1981 auf 63 Mrd. DM vervierfacht. Allein ihr ausländischer Wertpapierbesitz kletterte von 36 auf über 65 Mrd. DM, davon 31 Mrd. DM Währungsanleihen. Kräftig zugenommen von 55 auf 70 Mrd. DM haben auch die Direktinvestitionen deutscher Unternehmen im Ausland, während die Auslandsinvestitionen in der Bundesrepublik nur geringfügig von 42,5 auf 45,5 Mrd. DM stiegen. Die Handelskreditforderungen der Unternehmen haben sich ebenfalls stark von 42 auf 52 Mrd. DM (*netto*) erhöht, ihre Finanzschulden – überwiegend am Euromarkt – dagegen nur von 67 auf 69 Mrd. DM. Im Gegensatz zu allen anderen Sektoren weist die öffentliche Hand eine Zunahme ihrer Nettoauslandsverschuldung auf, die sich von 26 auf 48 Mrd. DM fast verdoppelt hat, und zwar vor allem wegen der Ausweitung der Verbindlichkeiten von 67 auf 103 Mrd. DM, davon 101 Milliarden langfristig und fast nur auf D-Mark lautend.

EUROPÄISCHE GEMEINSCHAFT

Sorge wegen der US-Praxis beim Technologie-Transfer

WILHELM HADLER, Luxemburg

In der EG wächst die Besorgnis, daß die amerikanischen Vorschriften zur Einschränkung des Technologietransfers die Exportinteressen der europäischen Unternehmen ungerechtfertigt beeinträchtigen. Bei einem informellen „Arbeitsessen" sind die für Industriefragen zuständigen Minister deshalb übereingekommen, eine Liste der Fälle aufzustellen, in denen die US-Administration auf entsprechende Zurückhaltung exportwilliger Firmen aus der Gemeinschaft gedrängt hat.

Innerhalb von sechs Wochen sollen die Informationen ausgetauscht werden, um dem Ministerrat – vermutlich den Außenministern – die Möglichkeit zu einer politischen Stellungnahme zu geben. EG-Vizepräsident Etienne Davignon meinte nach dem Meinungsaustausch, Ziel der Gemeinschaft sei es, die künftige Washingtoner Administration hinsichtlich der europäischen Befürchtungen zu „sensibilisieren".

Davignon, der seine Rückkehr in die belgische Politik vorbereitet, hatte den Ministern ein Papier vorgelegt, in dem vor allem auf den Export Administration Act von 1979, das Waffenexport-Kontrollgesetz von 1976, *das Atomenergiegesetz von 1954 und* den Nicht-Verbreitungsvertrag von 1978 verwiesen wird. Von der Regierung würden die Kontrollen des Technologietransfers zwar in erster Linie mit Erwägungen der nationalen Sicherheit begründet, „jedoch gibt es außerhalb der USA Verdachtsmomente, daß die Art, in der die Kontrollen *durchgeführt* werden, den US-Gesellschaften in der Praxis im Verhältnis zu Nicht-US-Gesellschaften ein Wettbewerbsvorteil verschaffen".

Die amerikanische Regierung, so heißt es in dem Papier weiter, scheine außerordentlich weitgehende Befugnisse hinsichtlich der Kontrolle oder zumindest eines starken Einflusses auf den Technologietransfer zu besitzen und zwar nicht nur im direkten Verhältnis zwischen den USA und anderen Ländern, sondern auch zwischen Drittländern. Allerdings sei nicht völlig klar, in welchem Umfang sich diese tatsächlich auf den Verkauf von Technologie und den Austausch wissenschaftlicher Informationen ausgewirkt hätten.

Bundeswirtschaftsminister Martin Bangemann warnte vor Journalisten davor, den Konflikt hochzuspielen. Es sei wichtig mit den USA im Gespräch zu bleiben, sagte er. Andererseits müsse jedoch sichergestellt sein, daß im Rahmen des im westlichen Bündnis vereinbarten Verfahrens auch die handelspolitischen Gesichtspunkte gewahrt blieben.

Zuvor hatten die Industrieminister eine Empfehlung verabschiedet, die eine *schrittweise Öffnung der nationalen* Märkte für Fernmeldeausrüstungen ermöglichen soll. Außerdem beschlossen sie ein gemeinsames Programm zur Entwicklung einheitlicher Standards im Bereich der Datenverarbeitung.

Hoffnungen auf Volksaktie

Von WILHELM FURLER, London

In wenigen Wochen wird London die *größte* öffentliche Aktien-Neuemission erleben, die jemals an einer Börse der Welt aufgelegt wurde. Privatisiert werden 51 Prozent der staatlichen Fernmelde- und Kommunikationsgesellschaft British Telecom. Über 3,5 Milliarden Pfund oder 13,3 Milliarden Mark wird die Telecom-Emission Ende November lauten. Diesen Batzen problemlos am Markt unterzubringen, wird schwer.

Die Regierung Thatcher setzt große Hoffnungen darauf, daß die Telecom-Aktien so weit wie möglich gestreut werden – daß das Papier zur ersten Volksaktie in Großbritannien wird. Längst ist eine gewaltige Werbungs-Maschinerie angelaufen. Den Briten wird sogar kostenloser Nachhilfe-Unterricht über Wesen und Zweck von Aktien und Wertpapiergeschäft gegeben.

Es war zu erwarten, daß die Privatisierung als Lieblingskind der Tories zu den Schwerpunkt-Themen auf dem Parteitag in Brighton zählen würde. Der Minister für Handel und Industrie trat denn auch vors Mikrophon und rechtfertigte in einer mit nicht enden wollendem Applaus bedachten Grundsatzrede die Privatisierungs-Politik. Norman Tebbit verteidigte sie insbesondere gegen die fortgesetzten Angriffe der Labour-Opposition, die der Regierung Ausverkauf von Volksvermögen zu Schleuderpreisen vorwirft und ankündigt, daß *die* erste Tat einer künftigen Labour-Regierung die Rückverstaatlichung aller jetzt privatisierten Unternehmen sein wird.

Nicht zuletzt deshalb wird von Minister Tebbit neuerdings die *möglichst breite Streuung* von Aktien privatisierter Unternehmen hervorgehoben – ein Aspekt, der bisher sträflich vernachlässigt wurde. Der größte Teil der ohnehin nicht zahlreichen Privatleute, die bei vorausgegangenen Privatisierungs-Aktionen wie etwa der von Jaguar Aktien gezeichnet haben, realisierte unmittelbar nach der Börsennotierung entstandene Gewinne. Übrig blieben als Aktionäre einmal mehr die institutionellen Anleger.

Entsprechend drängt Tebbit gerade bei den anstehenden, extrem dikken Privatisierungs-Brocken Telecom und British Airways (im Frühjahr 1985) auf eine möglichst breite Publikumsbeteiligung. Völlig zu Recht, denn Privatisierung *macht* ja wohl nur dann wirklich Sinn, wenn auch hier die Thatcher-Vision von einer Eigentum-bildenden und -besitzenden Demokratie voll angelegt wird.

Es genügt nicht, wie *dies* von den Konservativen bisher immer wieder und fast schon über Gebühr strapaziert wurde, einfach zu dem pragmatischen Schluß zu kommen, daß Staatsindustrie eben nicht funktioniere, dafür das private Unternehmertum um so besser sei. Erfolg oder Mißerfolg von Privatisierungs-Aktionen wie Telecom oder British Airways werden vor allem später einmal daran gemessen, wie breit das Eigentum gestreut werden konnte.

Wird dieser Gesichtspunkt künftig im Vordergrund stehen, worauf der gegenwärtige Propaganda-Wirbel im Falle Telecom und ebenso die Tebbit-Rede in Brighton schließen lassen, wird auch der Kritik am Privatisierungs-Programm – übrigens längst nicht nur von links – viel Wind aus den Segeln genommen. Dann ist nämlich zu Recht nicht mehr einziges Kriterium für Erfolg oder Mißerfolg, wieviel oder wie wenig die Privatisierung dem Schatzkanzler in die Kasse gebracht hat. Oder ob der Börsenhandel mit einem Auf- oder Abschlag eröffnet wurde.

Eine Privatisierungspolitik darf ohnehin nicht vom Imperativ bestimmt sein, Geld in die Regierungskasse zu schaufeln. Den Eindruck genau dieses Zwanges konnte man allerdings bei einigen der vorausgegangenen Privatisierungen gewinnen, so etwa im Falle Enterprise Oil Mitte des Jahres. *Wenn bei künftigen Entlassungen* von Unternehmen aus der staatlichen Zwangsjacke sowohl der private Anleger als auch der Wettbewerb im Vordergrund stehen werden – und zwar Einführung von Wettbewerb, wo er nicht besteht, und Verschärfung von Wettbewerb, wo er zu schwach ausgebildet ist –, um so besser.

Dann wird sich wohl auch die Vorahnung von Nomrman Tebbit erfüllen: Daß nämlich eine Labour-Partei, welche die Wiederverstaatlichung auf ihre Fahnen geschrieben hat, vom Wähler erst gar nicht die Stimme erhält, dieses Vorhaben in die Tat umzusetzen.

AUF EIN WORT



„Strukturkrisen treten bei uns nicht nur in bestimmten Branchen auf, sondern gleichzeitig konzentriert auf ganz bestimmte Regionen. Das Süd-Nord-Gefälle in unserem Land ist das *eigentliche* Kernproblem unserer regionalen Wirtschaftsstruktur."

Helmut Kohl, Bundeskanzler
FOTO: SVEN SIMON

Bangemann: Stehe zu Auslauftermin

HH. Bonn

Wirtschaftsminister Bangemann *hat durch seinen Sprecher* die Behauptungen des saarländischen SPD-Politikers Läpple „als unverständlich, falsch und für die deutsche Stahlindustrie ungemein gefährlich" zurückgewiesen, wonach er derzeit versuche, in Brüssel eine Verlängerung des europäischen Subventionskodex für Stahl über 1985 hinaus zu erreichen. Das Gegenteil sei richtig. Er habe am Montag vor dem EG-Ministerrat „eindeutig erklärt, daß dieser Kodex wie vorgesehen" Ende 1985 auslaufen müsse. Die vom saarländischen SPD-Vorsitzenden Lafontaine geforderte Verlängerung könne der deutschen Stahlindustrie nur großen Schaden zufügen.

KARTELLSENAT

Beschwerde der Metro wird zurückgewiesen

dpa/VWD, Berlin

Der Kartellsenat des Kammergerichts in Berlin hat die Beschwerde der Metro Vermögensverwaltungs KG, Düsseldorf, gegen das vom Bundeskartellamt im Juni verfügte Verbot einer Aufstockung ihrer Beteiligung an der Kaufhof AG, Köln, von 24 auf 25 Prozent zurückgewiesen. Wie das Gericht dazu in einer kurzen Begründung ausführte, gebe es zwar einen gewissen Wettbewerb zwischen dem Cash- and Carry-Großhandel, zu dem Metro gehört, und dem Zustellgroßhandel, doch sei dieser kein wesentlicher Wettbewerb im Sinne des Kartellgesetzes.

Die Metro verfüge über eine überragende Marktstellung als Anbieter am Cash- und Carry-Markt. Es sei zu erwarten, daß diese Marktstellung durch den Zusammenschluß noch verstärkt werde. Bereits dies führe dazu, daß man die Beschwerde gegen die Untersagungsverfügung zurückweisen müsse. Die Frage, ob die Metro auch als Nachfrager eine überragende Marktstelllung aufweise, brauche deshalb nicht in das Urteil einbezogen zu werden. Der Kartellsenat hat die Rechtsbeschwerde zugelassen und Beobachter nehmen an, daß Metro und Kaufhof jetzt zum Bundesgerichtshof gehen werden.

Nicht Stellung genommen hat der Kartellsenat, obwohl es vielfach erwartet wurde, zur zweiten Grundlage der Untersagungsverfügung, nämlich dem vom Bundeskartellamt angenommenen Oligopol der sechs führenden Handelsunternehmen Aldi, Tengelmann, co op, Rewe-Leibbrand, Edeka und Metro, *dessen Marktstellung* als Nachfrager durch die Fusion ebenfalls noch verstärkt würde.

US-ZINSEN

Bankers Trust hat ihre Prime Rate herabgesetzt

H.-A. SIEBERT, Washington

Ins Rutschen geraten ist in den USA nun endgültig die Prime Rate, der eigentliche Leitzins der Geschäftsbanken. Zum Wochenbeginn setzte die Bankers Trust Co., New York, ihren Zinssatz für kurzfristige Kredite an erste Adressen um 0,5 auf 12,25 Prozent herab. Ihr folgte zunächst nur die kleine Mitsui Manufacturers in Los Angeles, aber mehre Faktoren sprechen dafür, daß sich diese Rate am Markt durchsetzt.

Unter Führung der Morgan Guaranty Trust waren viele Großbanken schon Ende September von den 13 Prozent abgerückt, die in Amerika nahezu zwei Jahre lang das kurzfristige Zinsniveau bestimmten. Die Prime Rate pendelte sich bei 12,75 Prozent ein; nur die Wells Fargo in San Francisco entschloß sich zu 12,5 Prozent. Der Abwärtstrend kam zum Stehen, als der riesige Kreditbedarf der Treasury zur Defizitfinanzierung – 42,3 Mrd. Dollar bis zum 13. November – bekannt wurde.

Die Bankers Trust begründete ihren Schritt mit der abgeschwächten Konjunktur und dem verlangsamten Kreditwachstum, was für alle Institute gilt. Ebenso wichtig scheint aber zu sein, daß die Banken den Unternehmensmarkt nicht verlieren wollen. Die US-Firmen ziehen in immer größerem Umfang in der Fremdfinanzierung Commercial Paper vor, also Geld, das andere Unternehmen ausleihen. Bei einer Laufzeit von drei Monaten liegen sie mit 10,3 Prozent erheblich unter der Prime Rate.

Rückläufig sind indes auch die Refinanzierungskosten der Banken. Seit Ende September verbilligten sich dreimonatige Certificates of Deposit von etwa 11,25 auf 10,5 Prozent. Tagesgeld variiert zwischen 9,75 bis 10,25 Prozent.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Rentenfonds weisen bestes Ergebnis auf

Frankfurt (dpa/VWD) – Das Mittelaufkommen der Rentenfonds beträgt seit Januar auf 2,28 Mrd. Mark. Im Vorjahr betrug ihr Aufkommen rund die Hälfte (1,11 Mrd. Mark). Die 124 im Bundesverband Deutscher Investment-Gesellschaften (BVI) zusammengeschlossenen Publikumsfonds verzeichneten im gleichen Zeitraum ein Aufkommen von 2,1 Mrd. Mark. Sie konnten im dritten Quartal 1984 unter dem Strich einen Mittelzufluß von 617 Mill. Mark gegenüber 380 Mill. Mark in den vorausgegangenen drei Monaten verbuchen.

Neues Kreditwesengesetz

Bonn (dpa/VWD) – Heute beginnen im Finanzausschuß des Bundestages die entscheidenden Beratungen über den Regierungsentwurf der Novelle zum Kreditwesengesetz (KWG). Bei den Beratungen geht es um die Verbreiterung der Eigenkapitalbasis bei Banken, Sparkassen und Genossenschaftsinstituten.

Filiale abgegeben

Brüssel (dpa/VWD) – Die staatliche Allgemeine Belgische Spar- und Rentenkasse will die belgische Filiale der US-Bank Continental Illinois National Bank and Trust Co. übernehmen. Das Tochterinstitut mit Niederlassungen in Antwerpen und Brüssel beschäftigt 240 Personen.

Nur getrennte Lizenzen

London (dpa/VWD) – *Die* britische Regierung hat dem amerikanischen Computerkonzern IBM und British Telecom aus Wettbewerbsgründen untersagt, gemeinsam ein Daten-Netzwerk für Großbritannien einzurichten. Die Regierung will lediglich getrennte Lizenzen erteilen.

Ölpreis unter Druck

New York (AFP) – Norwegen hat mt einer Preissenkung für das Nordsee-Öl um rund *1,25 Dollar pro Barrel* Verwirrung auf dem Ölmarkt ausgelöst. Mit dieser Entscheidung weicht die Gesellschaft erstmals von ihrem Prinzip ab, sich nach den von der britischen BNOC festgesetzten Preisen zu richten und verkauft ihr Öl rund 1,50 Dollar billiger als der OPEC-Preis. Der geschätzte Einnahmeverlust von 30 Mrd. Dollar wird *durch die Dollar-Hausse aufgefangen.* Zum gleichen Zeitpunkt sprach sich auch der Ölminister der Vereinigten Arabischen Emirate (VAE) für eine Preissenkung um 40 bis 55 Cent für das in Abu Dhabi geförderte Erdöl aus.

Kaufhof-Option

Frankfurt (adh.) – Eine mit einer Garantie der Kaufhof AG versehene Optionsanleihe der Kaufhof Finance B.V. über 150 Mill. Mark kommt zu einem Emmissionskurs von 100 Prozent auf den Markt. Sie ist mit einer Laufzeit von zehn Jahren und einem 3 1/4prozentigen Kupon ausgestattet. Eine Teilschuldverschreibung zu 1000 Mark berechtigt zum Bezug von fünf Kaufhof-Aktien zu 50 Mark, der Optionspreis beträgt 227 Mark.

BASF erhöht Prämie

Frankfurt (adh.) – Auf 155 (Vorjahr: 125) Prozent des durchschnittlichen Bruttomonatsverdienstes will die BASF AG in diesem Jahr die Leistungsprämien für ihre Mitarbeiter anheben. Insgesamt wird das Unternehmen für Prämienleistungen 312 Mill. Mark aufwenden, 64 Mill. Mark mehr als im vergangenen Jahr.

Bootsausfuhr gestiegen

Wemding (dpa/VWD) – Die Exporte der deutschen Bootindustrie sind im ersten Halbjahr 1984 nach Angaben des Deutschen Boots- und Schiffbauerverbandes, Hamburg, um 14,4 Prozent auf rund 35 Mill. Mark gestiegen. Das Volumen des deutschen Bootsmarktes lag 1983 mit 390 Mill. Mark und einem Inland-Marktanteil *von 47 Prozent um acht Prozent* über dem Vorjahresniveau.

Höhere Lohnstückkosten

Paris (J.Sch.) – Die französischen Lohnstückkosten sind im zweiten *Quartal dieses Jahres um 1,2 Prozent* gestiegen. Ursprünglich waren für dieses Jahr insgesamt minus 1,9 und für 1985 minus 3,0 Prozent Entlastung angestrebt worden.

VERSCHULDUNG

Argentinien fordert Erleichterungen

dpa/VWD, Buenos Aires

Bei den gestern in New York aufgenommenen Verhandlungen mit den Gläubigerbanken will Argentinien weitgehende Erleichterungen für die Umschuldung der 1984 und 1985 fälligen Zinsen und Tilgungen erreichen. Wie dazu in Buenos Aires in Bankenkreisen verlautete, wünscht Argentinien folgende Konditionen: drei Freijahre und eine anschließende Zahlungsfrist von 15 Jahren. Der Zins soll nach argentinischen Vorstellungen um 1,4375 Punkte über dem Zinssatz für sechsmonatige Kredite in London, die sich Banken gegenseitig gewähren (Libor), liegen. Außerdem werde Argentinien neue Kredite in Höhe von 5,2 Milliarden Dollar beantragen.

Argentiniens Auslandsschuld beträgt mehr als 46 Milliarden Dollar (145 Mrd DM). In Buenos Aires werden schwierige Verhandlungen erwartet, nachdem Argentiniens Regierung angekündigt hat, daß die Löhne und Gehälter in den letzten drei Monaten 1984 entsprechend der Inflation angepaßt und insgesamt für 1984 ein Reallohnzuwachs von sechs bis acht Prozent gewährt werden soll. Diese Ankündigung der Regierung steht nach Auffassung von Bankenkreisen im Gegensatz zu den Abmachungen mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF). Bisher ist die von IWF-Generaldirektor Jacques de Larosière akzeptierte argentinische Absichtserklärung noch nicht vom IWF-Direktorium abgesegnet worden.

JAPAN / Staatliche Telefongesellschaft bis Jahresende privatisiert – Universelles Fernmeldenetz wird noch getestet

Auf dem freien Markt droht harter Wettbewerb

FRED de LA TROBE, Tokio

Ein Gesetz, das die Mehrheit des japanischen Parlaments im Dezember verabschieden will, wird das Monopol des Staates im Fernmeldewesen Japans brechen. Die bisher öffentlich-rechtliche Nippon Telegrafen- und Telefongesellschaft (NTT) wird danach bis zum Jahresende privatisiert werden. Mit einem geschätzten Kapital von 12,5 Mrd. DM, einem Jahresumsatz von mehr als 56,3 Mrd. DM und 330 000 Beschäftigten wird dieser Riese die größte Aktiengesellschaft Japans sein.

Die Privatisierung zwingt die NTT dazu, sich zu modernisieren und bürokratischen Ballast, der sich unter der Protektion des Staates angesammelt hat, über Bord zu werfen. Der Wind des Wettbewerbs wird scharf blasen, denn mehrere private Unternehmen werden mit der NTT konkurrieren.

Zu diesen Firmen, die ebenfalls eigene Fernmeldesysteme planen, gehört an erster Stelle die Kyocera-Gruppe, an der 25 Gesellschaften einschließlich Sony, Ushio, Secom und die Handelsfirmen Mitsubishi, Mitsui, Sumitomo und Marubeni beteiligt sind. Außerdem wollen vier andere Gruppen in das Wettrennen einsteigen, darunter auch die NTT-2-Gruppe. Auch ausländische Firmen planen, im Zuge der von der Regierung beschlossenen Öffnung des Marktes in diesem lukrativen Bereich Fuß zu fassen.

Das japanische Postministerium hat allerdings vorgeschlagen, alle diese Vorhaben zu einem großen Projekt unter der Federführung der NTT zusammenzufassen. Ob sich das verwirklichen läßt, ist jedoch noch völlig ungewiß. Um vor der Privatisierung noch einen Achtungserfolg buchen zu können, hat die NTT Ende September einen ehrgeizigen Feldversuch in den beiden Tokioter Vororten Mitaka und Musashino gestartet. Dabei wird ein neues universelles Fernmeldenetz, das „Information Netword System" (INS), ausprobiert.

Bei diesem System sind Telefon, Fernschreiber und Faksimile nicht wie bisher über eigene Netze angeschlossen. Das INS faßt Sprache, Bilder, Texte und Daten zusammen und überträgt alles über ein integriertes Netz. Das vollzieht sich rascher und billiger als bisher. Außerdem werden eine Reihe von Dienstleistungen angeboten.

Dieser Feldversuch wird bis zum März 1987 laufen. Die NTT hat dafür einen Betrag von 2,5 Mrd. DM bereitgestellt. Bis zum Jahr 2000 will die Gesellschaft das System auf ganz Japan ausdehnen. Sie rechnet dafür mit Kosten in Höhe von 375 Mrd. DM.

Eine repräsentative Auswahl von 1990 Teilnehmern wurde in Mitaka und Musashino zur Überwachung des Versuchs ausgewählt. Diese Monitoren sind private Haushalte, Unternehmen verschiedener Branchen, Behörden, Läden oder Arztpraxen. Zu den kostenlos bereitgestellten Geräten gehören auch 1500 Bildtelefone, 450 digitale Telefone für den gleichzeitigen Gebrauch durch drei Personen sowie eine Anzahl ultraschneller Faksimilegeräte, Bildschirmtext- und Zweiwegkanalsysteme.

Die Teilnehmer an dem Versuch stehen nicht nur untereinander in Kommunikation. Sie haben auch zu einer Fülle von Dienstleistungen und Informationen Zugang. Eine INS-Zentrale in der Mitte Tokios hat auf 80 Videorollen Daten gespeichert, die jederzeit abgerufen werden können. Insgesamt gibt es 320 Stellen, die Informationen liefern. Die Verbindung ist durch ein Metallkabelnetz und Lichtwellenleiter hergestellt.

Unter den Dienstleistungen, die das INS liefert, sind die Bildschirmarbeit für Private, Hinterlassen von Nachrichten bei Abwesenheit des angewählten Teilnehmers oder bei besetzter Leitung, Bankservice und Einkäufe von Zuhause über Bildschirm, Verkehrsberichte, Reiseauskünfte und Reservierungen besonders interessant. (SAD)

SAN MARINO / Gewinnausschüttung nicht angetastet

Kein Steuerparadies mehr

GÜNTHER DEPAS, Mailand

San Marino ist für seine Bürger kein Steuerparadies mehr. Am vergangenen Wochenende hat das Parlament der Stadtrepublik mit den Stimmen der Linksparteien das Gesetz verabschiedet, mit dem allen Bürgern erstmals die jährliche Einkommenssteuererklärung und den Firmen die Führung von Steuerbilanzen zur Pflicht gemacht wird. Der Steuerpflicht unterliegen jetzt zum ersten Mal auch Rentner und unselbständig Erwerbstätige. Bei Freiberuflern und selbständig Erwerbstätigen wird außerdem die bisherige „induktive" Veranlagung nach dem Lebensstandard durch die Veranlagung nach dem Einkommen ersetzt.

Das neue Steuergesetz tritt an die Stelle des alten aus dem Jahre 1922 und führt eine ähnliche Steuerprogression ein wie in Italien. Bisher waren die Steuersätze nur sehr gemäßigt progressiv. Sie wurden alle zwei Jahre vom Finanzminister der Republik einer Revision unterzogen.

Nicht angetastet werden dagegen auch weiterhin die ausgeschütteten Gewinne der Aktiengesellschaften. Regierung und Parlament des Stadtstaates trugen damit der Tatsache Rechnung, daß immer mehr italienische Gesellschaften einen Sitz in San Marino unterhalten.

Trotzdem ist San Marino noch weit davon entfernt, in dieser Hinsicht etwa mit Liechtenstein verglichen werden zu können. Anders als das Fürstentum leben der Staat und seine 22 000 Bürger auf dem Monte Titano nicht in erster Linie von Briefkastenfirmen und Kapitalgeschäften, sondern vom Fremdenverkehr: 2,8 Millionen Touristen kamen im vergangenen Jahr in die Mauern der Stadt. Eigene internationale Kapital- und Geldgeschäfte sind den vier San Marineser Banken verboten. Sie können mit dem Ausland nur unter Einschaltung der italienischen Kreditinstitute operieren, die in dem Stadtstaat Filialen unterhalten.

Regierung und Parlament von San Marino sind über diese Auflagen und Beschränkungen, die Italien in dem Staatsvertrag mit der Stadtrepublik aus dem Jahre 1939 durchgesetzt hat, inzwischen gar nicht mehr glücklich. Bisher zeigte die italienische Regierung aber taube Ohren, wenn die Liliputaner von dem Berg der Titanen ihre Revisionswünsche vortrugen.

Jetzt jedoch scheinen die San Marineser Ernst machen zu wollen. Nach dem Steuergesetz hat sich die aus Kommunisten, Sozialisten und Linksunabhängigen bestehende Regierung vorgenommen, „so etwas wie eine Zentralbank" zu schaffen. Für San Marinos Außenminister, den Sozialisten Bruno Reffi, könnte dies der erste Schritt sein, „um als souveräner Staat auch auf dem Geld- und Kapitalmarkt zu agieren".

Mit Italien hat man ohnehin bisher mehr Enttäuschen als Freuden erlebt. Der Verzicht auf eine eigene Münzverfassung, auf ein Spielcasino und auf freie Manövrierfähigkeit im Bankenwesen wurde von Rom nur mit der Abschaffung des Zolls zwischen beiden Staaten und einer jährlichen Abfindung von ganzen 9 Milliarden Lire honoriert. Das an Italien gerichtete Hilfeersuchen der Stadtrepublik, beim Aufbau eines eigenen Fernsehsenders technische Unterstützung zu gewähren, wurde dagegen bisher noch nicht einmal beantwortet.

BUNDESBANK / Selbstfinanzierung hat zugenommen

Investitionsklima verbessert

CLAUS DERTINGER, Frankfurt

Die Investitionsaufwendungen der Wirtschaft werden auch 1985 steigen, erwartet die Bundesbank. Wegen des Arbeitskampfes und des Lochs, das auf den Investitionszulagen bedingten Schub Ende letzten Jahres folgte, hat sich allerdings die verstärkte Investitionsbereitschaft in den Produktionsergebnissen und den Investitionsaufwendungen der Unternehmen im 1. Halbjahr 1984 nicht niederschlagen können. Die Ausrüstungs- und Bauinvestitionen waren mit 88,5 Mrd. DM lediglich um 2,5 Prozent höher als in der gleichen Vorjahreszeit und sogar um 2,5 Prozent niedriger als im 2. Halbjahr 1983.

Deutlich gebessert hat sich jedoch das Investitionsklima. Das wäre nach dem Urteil der Bundesbank ohne die nun seit zweieinhalb Jahren anhaltende Erholung der Unternehmenserträge nicht möglich gewesen. Das Bruttoeinkommen der Produktionsunternehmen stieg nach einer 4prozentigen Zunahme im 2. Halbjahr 1983 um weitere 3,5 Prozent im 1. Halbjahr 1984 und erreichte damit 22,5 Prozent des Volkseinkommens. Die Notenbank erklärt die – angesichts der arbeitskampfbedingten Umsatzeinbußen bemerkenswerte – Ertragsbesserung mit der günstigen Kostenentwicklung, die vom geringen Anstieg der Personalkosten um nur ein halbes Prozent geprägt wurden. Im Zusammenhang mit den Tariferhöhungen und den Arbeitszeitverkürzungen erwartet sie 1985 jedoch teilweise einen Kostenschub.

Ihre Investitionen haben die Unternehmen im 1. Halbjahr 1984 zu 94 Prozent aus eigenerwirtschafteten Mitteln finanziert. Nur in wenigen früheren Jahren war die Selbstfinanzierungsquote so hoch, betont die Bundesbank, so daß von dieser Seite her die Voraussetzungen für die Investitionstätigkeit günstig seien.

ATOMFORUM / Stromverbrauch geringer als erwartet

Kernkraft gewinnt Bedeutung

HEINZ HECK, Bonn

Die Erzeugungskapazität kommerzieller Kernkraftwerke in der Bundesrepublik wird bis Jahresende rund 15 000 Megawatt erreichen und dann etwa 27 bis 28 Prozent zur Stromerzeugung beisteuern. Das erklärte Hermann Krämer, Vorstandssprecher der Nordwestdeutschen Kraftwerke AG, anläßlich des Deutschen Atomforums. Durch die im Bau befindlichen Anlagen werde die Kapazität bis zum Ende des Jahrzehnts auf etwa 22 000 Megawatt steigen und dann mindestens 35 Prozent zum Stromaufkommen in der Bundesrepublik beitragen. Damit werde Kernenergie zum wichtigsten Energieträger.

Der für Energiepolitik zuständige Abteilungsleiter im Bundeswirtschaftsministerium, Ulrich Engelmann, räumte ein, daß die Stromverbrauchszuwachsraten in den letzten Jahren hinter den Annahmen zurückgeblieben seien, die man bei den Verhandlungen über den langfristigen Abnahmevertrag zwischen Stromwirtschaft und Steinkohlebergbau („Jahrhundertvertrag") zugrundegelegt habe. Engelmann räumte auch ein, daß Importkohle nicht in dem Maße eingesetzt werde wie im Vertrag vereinbart (ohne dies allerdings zu quantifizieren). Nach seiner Einschätzung werden die Beteiligten dies jedoch nicht zum Anlaß nehmen, den Vertrag zu ändern.

Nach Meinung Krämers ist die Zeit reif für die Entscheidung über den Bau der Wiederaufarbeitungsanlage, denn es gebe heute ein realisierbares technisches Konzept, und es gelte, die offene Flanke im Brennstoffkreislauf zu schließen; auch seien die politischen Rahmenbedingungen günstig. Die Standortentscheidung der Deutschen Gesellschaft für Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen (DWK) wird im Dezember erwartet.

ZVEI / Studie über Datenverarbeitung

Auf steilem Expansionskurs

INGE ADHAM, München

Die Datenverarbeitung wird auch in Zukunft eine Stütze der Elektrokonjunktur sein und ist wie kaum ein anderer deutscher Industriezweig Impulsgeber des technischen Fortschritts in der Bundesrepublik. Zu diesem Schluß kommt der Zentralverband der Elektrotechnischen Industrie (ZVEI) in einer Studie für seine Mitgliedsunternehmen, die er jetzt auf der Jahrestagung des ZVEI-Fachverbandes Datenverarbeitung in München vorgelegt hat.

Danach wird der Inlandsmarkt für elektronische Datenverarbeitung bis 1990 um 9,5 Prozent real jährlich wachsen und ein Marktvolumen von knapp 19 Mrd. DM erreichen. Dabei wird nach ZVEI-Annahmen die inländische Produktion bis auf 17,5 Mrd. DM steigen; die Ausfuhr erreicht gut 12, die Einfuhr knapp 14 Mrd. DM. Mit diesem prognostizierten Wachstum würde die Datenverarbeitung mehr als doppelt so schnell wachsen wie die gesamte Elektroindustrie (ZVEI-Schätzung plus 4 Prozent real jährlich).

In den ersten acht Monaten dieses Jahres lagen die Auftragseingänge um knapp 28 Prozent über dem Vorjahresstand. Dabei zogen, begünstigt von der Dollar-Kurs-Entwicklung, die Aufträge aus dem Ausland für die deutschen Datenverarbeiter sogar um 31,5 Prozent an, aus dem Inland kamen fast 24 Prozent mehr Aufträge als im Vorjahr. Karl Döring, Vorsitzender des ZVEI-Dachverbandes, wertet diese Entwicklung als Beweis dafür, daß „das Erfassen, Bearbeiten, Übertragen und Speichern von Informationen Schlüsselfunktionen für die Leistungsfähigkeit unserer Volkswirtschaft sind".

Analog zu den Aufträgen stieg auch der Umsatz der Branche in den ersten acht Monaten um 23 Prozent (Ausland plus 26, inland plus 20 Prozent). Dabei wuchs der Produktionswert der deutschen Hersteller um nominal 27 Prozent auf 8,2 Mrd. DM. Bis zum Jahresende dürften nch Einschätzung des ZVEI rund 13 Mrd. DM erreicht sein. Neben der Bereitschaft, den Computer in immer stärkerem Maße als „Problemlöser" einzusetzen, dürfte dafür auch die Preisentwicklung gesorgt haben. Denn auch in diesem Jahr hat sich das Preis-Leistungsvehrältnis der angebotenen Geräte bei um 2,5 Prozent gesunkenen Erzeugerpreisen weiter zugunsten der Abnehmer verbessert.

Energisch weist der ZVEI den Vorwurf zurück, die Datenverarbeitung wirke als Jobkiller. Das Leistungspotential der Mikroelektronik für neue Produkt- und Dienstleistungen sei eindeutig beschäftigungswirksam, meint der ZVEI und verweist auf die um gut 7 Prozent (seit Juni 1983) gestiegene Mitarbeiterzahl bei den Datenverarbeitungsherstellern, die jetzt 65 000 Mitarbeiter beschäftigten.

ISRAEL / Devisenbeschränkungen und Sonderabgaben sollen Staat sanieren – Mehrwertsteuererhöhung in Sicht

Starke Inflation nagt jetzt an den Reallöhnen

dpa/VWD, Jerusalem

Die Israelis sind sich längst darüber im klaren, daß die Inflation 1984 wieder alle Rekorde brechen wird: 21,4 Prozent waren es im vergangenen September. Noch nie zuvor in der 36jährigen Geschichte des Landes sind die Preise innerhalb eines einzigen Monats so stark gestiegen. Bislang war das kein Grund zur Sorge, da Löhne und Gehälter über feste Tarifvereinbarungen der Inflation angepaßt wurden. Diejenigen Familien, die normal wirtschafteten, kamen mit ihrem Geld aus. Künftig werden die Israelis den aktuellen Wert des Geldes den Zeitungen oder ihren Kontoauszügen entnehmen und feststellen, daß ihre Realeinkommen sinken.

Genau das ist allerdings auch die Absicht der neuen Regierung, die nach sieben fetten Jahren, in denen die Nation mit geborgtem Geld über ihre Verhältnisse lebte, den Konsumrausch endlich beenden will. Die Regierung nimmt dabei in Kauf, daß erst einmal alles schlimmer kommt, bevor es wieder besser geht. Ministerpräsident Shimon Peres, dessen große Koalition die Sanierung der Wirtschaft als vordringlichste Aufgabe ansieht, muß sich nun auf schwere Auseinandersetzungen mit der Dachgewerkschaft „Histadrut" gefaßt machen. Laut Tarifvereinbarung werden die Löhne und Gehälter zu 80 Prozent automatisch der Inflationsrate angepaßt, um den Rest streiten sich Arbeitgeber und Arbeitnehmer.

In der Vergangenheit hatten die Arbeitnehmer keinen Grund zur Klage: Der nationalistische Parteienblock „Likud", der vor sieben Jahren die Regierungsmacht übernommen hatte, sorgte dafür, daß die Geldbeutel des Volkes prall gefüllt blieben – wenn dem Staat dafür die Mittel ausgingen, wurden einfach die Notenpressen in Bewegung gesetzt. Zusätzlich hielt die bisherige Regierung die Nation bei Laune, indem sie den Außenkurs des Schekel künstlich hochtrieb, so daß der Markt mit Importgütern überschwemmt wurde und die Israelis in Rekordzahlen zum Urlaub ins billige Ausland reisten. Die Folge: Israel hat die höchste Pro-Kopf-Verschuldung der Welt, die Zahlungsbilanz weist ein gefährliches Defizit auf, die Devisenreserven sind so tief abgesunken, daß damit nur noch Importe für den Zeitraum von 40 Tagen zu bezahlen wären.

Das soll nun anders werden. Die Regierung hat bereits kräftige Kürzungen im Staatshaushalt beschlossen, obschon dieser zu zwei Dritteln für Militärausgaben und Schuldenrückzahlungen herhalten muß, an denen nicht zu rütteln ist. Darüber hinaus bleibt nur die Möglichkeit, die vier Millionen Israelis nachträglich für den Luxus der vergangenen Jahre zahlen zu lassen: Einschneidende Devisenbeschränkungen sind bereits beschlossen (ein Israeli darf vor Auslandsreisen höchstens Schekel im Wert von 1000 Dollar in Devisen umwechseln) und Sonderabgaben (beispielsweise rund 150 Dollar für einen Kleinwagen) sollen den Fiskus sanieren helfen. Mit einer Anhebung der Mehrwertsteuer (derzeit 15 Prozent) ist in Kürze zu rechnen

Peres besteht darauf, daß Israel „selber sein Haus in Ordnung bringen muß". Aber die Erleichterung darüber, daß Israels einziger Verbündeter, die USA, wieder einmal einspringen will, war ihm nach seiner Rückkehr am gestrigen Sonntag aus Washington deutlich anzusehen.

DRABERT / Noch immer Marktanteils-Gewinn

Belebung beim Bürostuhl

J. GEHLHOFF, Düsseldorf

Unaufhaltsam sei im Markt der Bürodrehstühle ein neuer und für die etablierten Produzenten bereits erfreulicher Trend: Die Kundschaft wende sich wieder ab vom „anonymen und regalverkäuflichen Billigprodukt" und hin zum beratungsintensiven Markenartikel mit Qualitätsanspruch. Der Trend sei um so beachtlicher, als das bei etwa 130 DM liegende Billigprodukt höchstens halb so viel wie das Markenprodukt koste. Endlich scheine also die jahrlange „Bewußtseinsschulung" der etablierten Fabrikanten für „richtiges *Sitzen am Arbeitsplatz*" *ihre Früchte* zu bringen, – erwünschte Früchte auch deshalb, weil der Volkswirtschaft durch Wirbelsäulenschäden, „unsere Volkskrankheit Nummer 2", jährlich 10 Millionen Arbeitstage verlorengehen (was schon fast die Dimension des Metallstreiks erreicht).

Das seit 1889 existierende Familienunternehmen Drabert Söhne KG, Minden, hat vom eigenen Geschäft her allen Anlaß, mit dem so von ihm geschilderten Markttrend zufrieden zu sein. Durch frühzeitige Produktinnovation verdoppelte Drabert schon in der ersten Hälfte der 70er Jahre seinen deutschen Marktanteil auf 18 Prozent. In 1983 blieb man, mit einem seit 1981 konstanten Marktanteil von 24,9 Prozent, der führende Produzent der Branche. Für 1984 werden sogar 26,9 Prozent Marktanteil erwartet.

Mit 450 Beschäftigten und 15 Prozent Exportanteil steigerte die Firma 1983 ihren Umsatz um 8,3 Prozent auf 55,8 Mill. DM und damit im Gleichklang mit dem „Gesamtmarkt", der um 7,8 Prozent auf 223 Mill. DM wuchs. Der für 1984 erwartete Umsatz von 62 Mill. DM zeigt eine noch höhere Wachtumsrate, während sich der Gesamtmarkt nach Draberts Einschätzung nur auf 230 Mill. DM steigern dürfte. Das Absatzpotential auf dem deutschen Markt für „Qualitätsdrehstühle" schätzt die Firma auch für die nächsten drei Jahre auf etwa 1 Mill. Stück pro Jahr ein, daneben noch circa 0,4 Mill. Stück „Billigdrehstühle, die in der Grauzone gehandelt werden".

GILDEMEISTER / Kooperation mit Litton beginnt Früchte zu tragen

Planansätze deutlich übertroffen

DOMINIK SCHMIDT, Hannover

Eine erhebliche Verbesserung der Geschäftsentwicklung seit dem zweiten Halbjahr 1984 konstatiert der Bielefelder Werkzeugmaschinen-Hersteller Gildemeister AG. Vorstandssprecher Horst Göhren bezieht diese Einschätzung auf nahezu alle relevanten Daten. *Nach den ersten neun Monaten* 1984 seien nicht nur die entsprechenden Vorjahreszahlen, sondern auch die ursprünglichen Planansätze übertroffen worden. Gildemeister sei derzeit voll beschäftigt, nachdem die Auslastung im ersten Halbjahr noch nicht voll befriedigte.

Innerhalb der AG, so Göhren, stieg der Auftragseingang im Berichtszeitraum um 34 Prozent auf 210 Mill. DM. Besonders gut entwickelte sich dabei das Geschäft mit den Standardmaschinen. Die verselbständigte Gildemeister Automation, die einen Umsatz von rund 35 Mill. DM repräsentiert, verzeichnet um 158 Prozent höhere Auftragseingänge. Auch bei Pittler in Langen zeige sich in den letzten Wochen ein günstigerer Geschäftsverlauf. Für den Konzern ergebe sich ein um 12 Prozent auf 380 Mill. DM erhöhter Auftragseingang, der die Be*schäftigung bis ins kommende Jahr* hinein sichere. Gildemeister beschäftigt in der AG 1257 Mitarbeiter gegenüber 1300 Ende 1983 und im Konzern 2503 (2655).

Göhren geht davon aus, daß der angestrebte Konzernumsatz von 500 Mill. DM um rund 5 Prozent überschritten wird. Im vergangenen Jahr hatte der Umsatz um 13 Prozent auf 485 Mill. DM zugenommen. Ende *September lag das Umsatzplus* gegenüber der gleichen Vorjahreszeit bei 28 Prozent in der AG und bei 6 Prozent im Konzern.

Auf Prognosen zum Ergebnis wollte sich Göhren allerdings noch nicht einlassen. Auch in dieser Hinsicht aber sei eine deutliche Besserung eingetreten. Wenngleich die Belastungen aus dem ersten Halbjahr sich noch nicht verifizieren lassen, scheint doch vieles dafür zu sprechen, daß Gildemeister für 1984 einen positiven Abschluß vorlegen wird. Für 1983 war noch ein Minus von 0,35 Mill. DM ausgewiesen worden, obwohl die Westdeutsche Landesbank einen Forderungsverzicht von 20 Mill. DM ausgesprochen hatte und 10 Mill. DM Rücklagen aufgelöst wurden.

Positiv hat sich bereits jetzt die Zusammenarbeit mit dem US-Konzern Litton Industries ausgewirkt. Gildemeister, *so Göhren, habe* bis September durch die Kooperation mit der Litton-Tochter New Britain Machine Co. für 40 Mill. DM Aufträge aus den USA erhalten, 25 Prozent mehr als im gesamten Jahr 1983. An diesen Lieferungen werde vor allem wegen des günstigen Dollar-Kurses „gutes Geld verdient".

Gordon Palmer, Vice President der Litton Industries und zuständig für den Bereich Industrie-Automationssysteme, sieht in dem Kooperationsvertrag und der Beteiligung an Gildemeister (14,3 Prozent von 56 Mill. DM Grundkapital) eine „ideale Ergänzung des eigenen Produktionsprogramms". Die Übernahme des Gildemeister-Vertriebs auf dem nordamerikanischen Markt werde für New Britain Mehrumsätze von mindestens 100 Mill. DM bringen. Die wieder steigende Nachfrage nach Werkzeugmaschinen und flexiblen Fertigungssystemen in den USA werde Litton nutzen, um überproportionale Anteile an den Neuinstallationen zu gewinnen.

Nach den Worten Palmers gibt es bei Litton keine Pläne, sich bei Gildemeister finanziell noch stärker zu engagieren: „Wir akzeptieren jetzt auch Minderheitsbeteiligungen." Die in dem Vertrag ebenfalls vereinbarte Li*zenzfertigung* von *Gildemeister-Maschinen* in den USA sei derzeit wegen des hohen Dollar-Kurses kein Thema.

ÖFFENTLICHE VERSICHERUNGEN

Günstiges Beitragswachstum

HARALD POSNY, Düsseldorf

Eine „erfreuliche Entwicklung" kennzeichnet das 1. Halbjahr 1984 bei den 39 öffentlich-rechtlichen Versicherern. Wie der Gesamtmarkt rechnen die 27 öffentlichen Sachversicherer für 1984 mit einem gegenüber dem Vorjahr höheren Beitragswachstum (1983: 6,6 Prozent auf 3,2 Mrd. DM), doch ist dies nicht zuletzt auf die Prämienanpassung in Sparten mit gleitenden Neuwertversicherungen zurückzuführen.

Die hohe Schadenbelastung wird jedoch keine nennenswerte Verbesserung erfahren. Insbesondere im industriellen Feuer-Geschäft, in der Wohngebäude- und Hagelversicherung spüren die Versicherer steigende Schäden. Eien gewiße Entspannung auf der Schadenseite ist dagegen bei der Einbruch-/Diebstahl-Versicherung festzustellen. Hieraus jedoch auf eine generelle Verbesserung schließen zu wollen, wäre im Hinblick auf die tendenziell steigende Kriminalität sicherlich falsch.

Die 12 Lebensversicherer legten nach einem guten Vorjahreswachstum von 12,3 Prozent auf 13,3 Mrd. DM im Neugeschäft während der er*sten 6 Monate dieses Jahres noch* einmal 4,3 Prozent auf 6,2 Mrd. DM zu. Damit schlossen sie erneut besser als die Branche (3 Prozent) ab. Besonders positiv waren hier die Kapitalversicherungen mit einem Plus von 17 Prozent gegenüber einem Rückgang in der Branche. Schon im Vorjahr waren Bestandsentwicklung (knapp 85 Mrd. DM Versicherungssumme) und vorzeitige Abgänge günstiger als im Wettbewerb. Im Bereich der Haftpflicht-, Unfall-, Kraftfahrt- und Rechtsschutz-Versicherung hatten die „Öffentlichen" ein Beitragsplus von 6,3 Prozent.

Bei einem spürbaren Rückgang der Schadenmeldungen (4,6 Prozent) nahmen die Zahlungen um 8 Prozent zu, jedoch etwas geringer als 1983. Im Vorjahr wurde eine Beitragssteigerung um 6 Prozent auf 2,61 Mill. DM erzielt. Für 1983 haben die Autoversicherer ihren Kunden 113 Mill. DM an Beitragsrückerstattung gezahlt. Das entsprach 23 Prozent am Gesamtausschüttungsvolumen der Branche und ist doppelt so hoch wie der Prämien-Marktanteil der „Öffentlichen".

Im Bankenwettbewerb mit verschiedenen „Sparplänen mit Risiko-Versicherungsschutz" vertrauen die Öffentlichen neben dem „mündigen Verbraucher" auf „eherne Marktgesetze". *Gleichzeitig jedoch kündigten* verschiedene Gesellschaften eigenes „Versicherungssparen" an.

ANTIQUITÄTEN- UND KUNSTAUSSTELLUNG

Gute Sammlerchancen

HARALD POSNY, Essen

Die 7. Internationale Antiquitäten- und Kunstausstellung in Essen (17. bis 22. Oktober) sieht für Sammler, die zu etwa 90 Prozent die regelmäßig 15 000 Besucher stellen, „gute Zeiten". Nach drei Jahren stabiler Preise gebe es gute Kaufmöglichkeiten für „die gute Antiquitäten-Mittelklasse". Nach den Worten von Prof. Paul Vogt (Folkwangmuseum Essen) des Vorsitzenden der Fachjury, die wie stets in Essen die Exponate hinsichtlich Originalität und Echtheit prüft, sind die Zeiten „galoppierender Preise" vorbei.

Nach Auktionen und Messen, bei denen Spitzenstücke (vor allem Gemälde, antikes Silber und Möbel) Rekordpreise erzielt hatten, werde nun eine stärkere Nachfrage beim Handel sichtbar. Besonderes Augenmerk empfiehlt Prof. Vogt Silberstücken (zwischen 20 000 und 40 000 DM), Gläsern des 18. Jahrhunderts, Uhren des 17. und 18. Jahrhunderts (20 000 bis 25 000 DM) und guten niederlän*dischen Meistergemälden.*

Engpässe im Angebot führte Vogt vor allem auf den hohen Dollarkurs zurück. Für Mittelpreislagen von 80 000 bis 100 000 DM werde der Verkauf in der Bundesrepublik wegen der US-Marktstärke immer schwieriger. Die Marktschwierigkeiten hätten, so auch Messedirektor Günther Claaßen, keine Qualitätssenkung zur Folge gehabt.

Im letzten Jahr setzte der Antiquitätenhandel mit seinen rund 3065 Händlern und Auktionshäusern 615 Mill. DM mit Antiken, Münzen und Teppichen, die 1265 Galerien und Kunsthäuser rund 414 Mill. DM mit Kunst und Gemälden um. An der „A" 84 beteiligen sich über 100 Aussteller, davon rund 80 Prozent deutsche Händler.

BEDFORD / Wurstwaren mit Top-Qualität

Erfolg in der Nische

INGE ADHAM, Frankfurt

Rund 95 Tonnen handwerklich gefertigte Schinken, Würste und Pasteten verlassen pro Woche die Produktionsanlagen des Hauses Bedford, Osnabrück. Ziel: etwa 2000 deutsche Metzgereien (die zunehmend Wurstwaren zukaufen) und etwa 300 Großhandelskunden, die den einschlägigen Fachhandel versorgen. „Qualität ist wieder modern", freut sich das vierköpfige Führungsteam der aus einer Osnabrücker Metzgerei hervorgegangenen Fleischwarenfabrik, die gezielt auf den Markt für Fleischwaren-Delikatessen geht. Denn dann, so weiß man, geht es beim *Verkaufen an den Handel* eben nicht um die letzten „Prozentchen".

Das Engagement für Top-Qualität hat dem Unternehmen mit 250 Mitarbeitern offenbar gut getan. Nachdem in den letzten Jahren jeweils reale Umsatzsteigerungen von 6 bis 8 Prozent verbucht wurden, wird in diesem *Jahr* ein *Plus* von gut 9 Prozent auf annähernd 90 Mill. DM Jahresumsatz erwartet. Der Ertrag der von einer Familienholding getragenen GmbH wird mit „sehr gut" gekennzeichnet. Investitionen von rund 2 Mill. DM im Jahr (in Höhe der Abschreibungen) würden grundsätzlich aus eigenen Mitteln finanziert, man benötige keine Bankkredite.

Ziel des Unternehmens, das in diesem Jahr erstmals mit gezielter Verbraucherwerbung im Rundfunk (bisher nur in Süddeutschland) seinen Markennamen bekannter machen *will*, ist ein Marktanteil von gut einem Prozent im Bereich der Edelwurstwaren. In dieser Nische von „Qualität und Geschmack" läßt sich nach Einschätzung des Bedford-Teams trefflich leben.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

MAN-Roland stockt auf

Offenbach (dpa/VWD) – Die MAN-Roland Druckmaschinen AG, Offenbch, konnte 1983/84 (30. 6.) ihren Umsatz um 11 Prozent auf 832 Mill. DM steigern. Bei einem Exportanteil von 67 Prozent sind die Auslieferungen im Inland und in die europäischen Nachbarländer um 43 Prozent und nach Nordamerika um 68 Prozent gestiegen, teilte das Unternehmen mit. Auch das Bilanzergebnis sei höher ausgefallen als im Vorjahr. Der Gewinn werde im Rahmen *des Gewinnabführungsvertrages an* die zum Gutehoffnungshütte-Konzern gehörende MAN Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg AG abgeführt und an freie Aktionäre ausgeschüttet. Das Aktienkapital werde um 13 Mill. DM aus genehmigtem Kapital auf 39 Mill. DM erhöht. Den Anteilseignern werden Aktien im Verhältnis 2:1 zum Bezugspreis von 390 DM je 50-DM-Aktie angeboten. Das Eigenkapital der Gesellschaft erhöht sich damit um rund 100 Mill. DM.

Albert Frankenthal erhöht

Frankenthal (VWD) – Der Druckmaschinenhersteller Albert Frankenthal AG, Frankenthal, stockt das Grundkapital um 4,0 Mill. DM aus genehmigtem Kapital auf 24 Mill. DM auf. Die neuen 50-DM-Aktien werden nach Angaben im Bundesanzeiger im Verhältnis 5:1 zu pari in der Zeit vom 16. Oktober bis 5. November zum Bezug angeboten. Sie sind ab 1985 gewinnberechtigt. Großaktionäre sind das Land Rheinland-Pfalz und die Koenig + Bauer AG, Würzburg.

Rhenania-Beteiligung

Mannheim (VWD) – Die Rhenania Schiffahrts- und Speditions-Gesellschaft mbH, Mannheim, hat an der Universal Transport GmbH, Kelsterbach, eine Beteiligung erworben. Das Unternehmen mit Niederlassungen an den Flughäfen Düsseldorf, Köln, Stuttgart und München gilt als Luftfrachtspezialist für Elektronische Ausrüstungen. Mit 100 Mitarbeitern wird nach Firmenangaben ein Umsatz von 15 Mill. DM erzielt. Durch die *neue Spartengesellschaft verstärke* die Rhenania-Gruppe, die 1984 einen Umsatzzuwachs von zehn Prozent auf rund 467 Mill. DM erwarte, ihre Luftfrachtspedition.

Neue Messe, neuer Name

***Düsseldorf** (Py.) – Anfang* November 1985 wird die Kölner Messe- und Ausstellungs GmbH eine neue Messe kreieren: die „Areal", Internationale Fachmesse für Grünflächen-Gestaltung und -pflege. Die Messe sieht im Zuge wachsenden Umweltbewußtseins auch eine steigende Nachfrage für Produkte der Landschaftsgestaltung. Ideeller „Areal"-Träger ist die Landmaschinen- und Ackerschlepper-Vereinigung im VDMA. „Areal" soll alle zwei Jahre im Verbund mit der „Interbad" stattfinden. Vom nächsten Frühjahr an wird nach Mitteilung der Köln Messe die bisherige „Internationale Jeans-Messe", die zusammen mit der jeweiligen Herren-Mode-Woche veranstaltet wird, „Inter-Jeans", Modemesse für Jeans, Sportswear & Young Fashion, heißen.

Hobby-Elektronik

Stuttgart (nl.) – Als große Schau der Hobby-Spezialisten präsentiert sich die vom 17. bis 21. Oktober 1984 in Stuttgart stattfindende Ausstellung „Hobby-Elektronik '84", an der sich 224 (Vorjahr: 170) Aussteller beteiligen. Auf der schwerpunktmäßig auf die Elektronik ausgerichteten Ausstellung, zu der etwa 50 000 Besucher erwartet werden, werden erstmals auch Modelleisenbahnen gezeigt.

BÜCHER DER WIRTSCHAFT

Schmähl/Henke/Schellhaaß: „Änderung der Beitragsfinanzierung in der Rentenversicherung?", ökonomische Wirkungen des „Maschinenbeitrags", Nomos Verlagsgesellschaft Baden-Baden.

Kann ein „*Maschinenbeitrag*" die Finanzmisere der Gesetzlichen Rentenversicherung beheben? Drei Autoren haben sich gut zwei Jahre im Auftrag des Verbandes Deutscher Rentenversicherungsträger (VDR) mit diesem Problem beschäftigt. Das Ergebnis ihrer Forschung ist so kurz wie deutlich: nein. Ausgangspunkt der Überlegungen war eine Entlastung der Rentenversicherung dadurch, daß die Versicherungsbeiträge nicht nur bezogen auf Personen, sondern auch auf die Wertschöpfung eines Betriebes berechnet werden sollten. Denn Betriebe, die viele Löhne zahlen, müssen entsprechend mehr Arbeitgeberbeiträge abführen als Betriebe, die vorwiegend Maschinen einsetzen. Doch die „Umbasierung" würde nach Ansicht der Wissenschaftler nur den Einsatz rationeller Produktionsmethoden verzögern, Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit beeinträchtigen, die Beschäftigung gefährden und dem Staat Zugriffsmöglichkeiten einräumen, wenn kein durch Beitragsleistung entstandenes Eigentum mehr geschützt werden müsse.

Rudolf Becker: „Das neue Vorruhestandsgesetz", Was Arbeitgeber unbedingt wissen müssen, um Zuschüsse zu erhalten, WEKA-Verlag, Kissing.

Die Vorruhestandsregelung, die es Arbeitnehmern seit dem 1. Mai 1984 schon mit 58 Jahren, allerdings bei gewissen Abzügen ihrer Einkommen, ihren Arbeitsplatz zu räumen, ist ein kompliziertes Gesetz, das sich auf völlig neuem Boden bewegt. Viele Arbeitgeber werden viele Fragen haben, von ihren Mitarbeiter gestellt bekommen und schließlich beantworten müssen. Wichtig für Betriebe mit Vorruheständlern ist vor allem, unter welchen Voraussetzungen sie Zuschüsse von der Bundesanstalt für Arbeit bekommen. Da in den Medien die Berichterstattung über dieses Gesetz, dessen Laufzeit auf fünf Jahre begrenzt ist, lückenhaft bleiben mußte, empfiehlt sich die Lektüre dieses Ratgebers.

Rüdiger Soltwedel: Mehr Markt am Arbeitsmarkt, Philosophie Verlag, München 1984, 207 S.

Der Ruf nach aktiver staatlicher Arbeitsmarktpolitik wird, bedingt durch die schlechte Beschäftigungssituation der letzten Jahre, von vielen Seiten laut. Der Autor sieht die Ursache der Massenarbeitslosigkeit im Mißverhältnis zwischen der Verteilung der vorhandenen Arbeitskräfte auf Branchen und Regionen und der Verteilung der Nachfrage auf die Erzeugnisse dieser Branchen. Eine Korrektur dieser Unstimmigkeit würde sich durch Preise und Löhne ergeben, die sich an Angebot und Nachfrage orientieren. Aus einer vergleichenden Analyse zwischen Österreich, Schweden und der Bundesrepublik ergibt sich Soltwedels Plädoyer für weniger Arbeitsmarktpolitik, denn die Ziele aktiver Arbeitsmarktpolitik sind dort am wenigsten erreicht worden, wo am meisten für sie ausgegeben wurde. Staatliche Interventionen auf dem Arbeitsmarkt tragen nicht zur Klärung der Problemlage bei, sie erhöhen vielmehr die Gefahr, daß erst tiefgreifende wirtschaftliche Krisen eine Anpassung an die ökonomischen Notwendigkeiten erzwingen.

Delvag mit ersten Sanierungserfolgen

Py. Düsseldorf

Die zur Lufthansa AG gehörende Delvag Luftfahrtversicherungs-AG, Köln, hält das Ergebnis des Jahres 1983 insgesamt für befriedigend, wenn auch die Erwartungen nicht in allen Bereichen erfüllt worden sind. Das gilt insbesondere für das technische Ergebnis, das nur noch einen Gewinn von knapp 0,2 (1,7) Mill. DM ausweist, der jedoch durch Kapitalerträge wieder auf knapp 1,8 (3,9) Mill. DM ansteigt und an die Muttergesellschaft abgeführt wird.

Der Geschäftsbericht weist auf erste Erfolge der eingeleiteten Sanierungsmaßnahmen hin, wobei sich die Delvag von Verträgen trennt, die bei ungünstigem Verlauf keine Besserungstendenz erkennen lassen. Die Bruttobeitragseinnahmen sind 1983 um 17,1 (16,7) Prozent auf 77 Mill. DM gesteigen, die Eigenbehaltsquote ging auf 49,3 (56,4) Prozent zurück. An der Bruttoprämie hat die Transportsparte mit 55 (76) Prozent den größten, wenn auch sinkenden Anteil. Ein reichliches Viertel entfällt auf die Allgemeine Haftpflichtversicherung. Die Schadenrückstellungen machen 99,7 Prozent der verdienten Prämie aus, die gesamten Garantiemittel belaufen sich auf 59 (50) Mill. DM.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Bielefeld: N. + K. Kammeyer Marmorwerk GmbH & Co. KG; N. + K. Kammeyer Beteiligungs-GmbH; **Bückeburg:** Nachl. d. Wilhelm Wilmsmeier, Obernkirchen; **Neustadt:** Arndt-Niese Metallbau GmbH, Garbsen; **Wuppertal:** R. Jansen KG, Obernsiebeneick.

Vergleich beantragt: Köln: Mathias Moskopp Verwaltungs-GmbH.

Anschluß-Konkurs eröffnet: Aachen: LESA-Konstruktionen, Sauer KG, Stolberg-Schevenhütte; **Euskirchen:** Josef Weiler Bauunternehmung GmbH, Meckenheim.

Aktien im Grundton freundlich

Weiterhin lebhafte Nachfrage nach BASF

DW. – Die festere Tendenz an der Wall Street, weiter leicht sinkende Zinsen sowie partielle Kaufaufträge aus dem Ausland, sorgten am Aktienmarkt für eine freundliche Grundstimmung. Nennenswerte Kurssteigerungen blieben jedoch aus. Obwohl die wirtschaftlichen Faktoren überall positiv sind und von kräftig steigenden Gewinnen – unterstützt durch den hohen Dollarkurs – die Rede ist, halten sich die inländischen Anleger noch zurück. Deshalb blieben Sektoren, auf denen die Ausländer traditionell nicht aktiv sind, vernachlässigt.

Im Mittelpunkt des Kaufinteresses standen wie am Vortag BASF-Aktien, auch wenn sich der Tagesgewinn diesmal auf knapp 3,50 DM reduzierte. Er reichte aber aus, um den Kursabstand zu Bayer und Hoechst weiter zu verringern, zumal Bayer nur knapp behauptet lagen. Gerüchte, wonach Bayer plant, seine US-Beteiligung auszugliedern und daran die Bayer-Aktionäre aus steuerlichen Gründen direkt zu beteiligen, vermochten dem Geschäft keine Anregungen zu geben. Für Technologiewerte blieb die Anlageneigung begrenzt.

Düsseldorf: Aigner erhöhten um 8 DM und Edelstahl Witten um 5 DM. Leffers stockten um 3,50 DM auf und Stahlwerke Bochum um 4,50 DM. Nachgegeben haben Hageda und Buckau um 4 DM, Huta um 3 DM und Rhenag um 5 DM. Stinnes verloren 10 DM. Bei den Versicherungen verbesserten sich Agrippina um 7 DM und Allianz Vers. um 10 DM. Magdeburger Feuer stockten um 15 DM auf.

Frankfurt: ADT gaben um 1,50 DM und Ceag um 3 DM nach. BHF-Bank stockten um 5 DM und Deutsche Effekten und Wechselbeteiligung um 10 DM auf. Dywidag erhöhten um 6 DM auf 160 DM und Frankona Rück um 10 DM auf 360 DM. Wickrath verloren 10 DM und VGT schlossen mit 128 DM um 3,40 DM fester.

Hamburg: Securitas gaben um 10 DM nach und Conti Gummi um 1,20 DM. Markt und Kühlhallen verloren 1 DM und Norddeutsche Steingut 0,80 DM. NWK Vz. erhöhten um 2,10 DM auf 166,50 DM und NWK St. verloren 3 DM auf 185 DM. Beiersdorf blieben bei 369 DM unverändert. Maihak verbesserten sich um 0,50 DM auf 157 DM. Oldenburger Landesbank stockten um 3 DM auf und Reichelt um 4 DM.

München: Etienne Aigner und Agrob St. AG erhöhten je um 1,50 DM. Audi NSU stockten um 3 DM und AKS um 2 DM auf. Dywidag verbesserten sich um 1 DM. Süd Chemie schlossen um 13,50 DM fester. Nachgegeben haben Zahnräder Renk um 5 DM auf 235 DM. Leonische Draht und Spinne Kolbermoor schlossen um 2 DM fester.

Berlin: Spinne Zehlendorf zogen um 30 DM und Rheinmetall um 10 DM an. Dt. Hypobank Berlin konnten sich um 4 DM, Berliner Bank um 1,30 DM und Herlitz St. um 1 DM verbessern. Engelhardt wurden um 5 DM niedriger taxiert.

Nachbörse: freundlich

WELT-Aktienindex: 158,2 (157,6)
WELT-Umsatzindex: 5210 (2650)

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Düsseldorf – Frankfurt – Hamburg – München

Aktien-Umsätze

Inlandszertifikate

Inland

Ungeregelt. Freiverkehr

Freiverkehr

Unnotierte Werte

Ausländische DM-Anleihen

Auslandszertifikate (DM)

Fremde Währungen

*Vortags-Kurs (alle Kursangaben ohne Gewähr für Übermittlungsfehler)

Ausland

New York

Amsterdam

Tokio

Zürich

Madrid

Paris

Toronto

Mailand

London

Wien

Kopenhagen

	16.10.	15.10.
Den Danske Bank	251	252
Jyske Bank	465	475
Kopenh. Handelsbk.	257	260
Novo Industri	288	327
Privatbanken	250	255
Ostasiat. Komp.	175	176
Dan. Sukkerfabr.	565	575
For. Bryggerier St.	730	745
Kgl. Porz. Fabr.	295	–

Brüssel

	16.10.	15.10.
Arbed	1645	1645
Brux. Lambert	2345	2345
Cockerill Ougrée	285	290
Ebes	2840	2845
Gevaert	3435	3425
Kreditbank	–	7500
Pétrofina	7790	7840
Soc. Gén. d. Belg.	1830	1845
Sofina	7420	7370
Solvay	4365	4380
UCB	5400	5400
Index	–	162,83

Hongkong

Singapur

	16.10.	15.10.
Cycle + Car.	3,00	3,00
Cold Storage	3,00	3,00
Dev. Bk. of Sing.	6,60	6,60
Fraser + Neave	5,50	5,50
Kl. Kepong	2,35	2,34
Mal. Banking	8,40	8,45
Nat. Iron	4,00	4,00
OCBC	9,40	9,35
Sime Darby	1,92	1,95
Singapur Land	3,68	3,68
Un. Overs. Bank	4,58	4,54

Sydney

Optionshandel

Frankfurt: 16. 10. 84 ... BASF 1-170/7,4, 4-180/2,3, 7-180/2,4, Bayer 1-180/2,1, 4-170/1,6, 4-180/4,1, Bay. Hypo 4-390/7,9, Bekula 7-65/2, BMW 1-30/5, 7-370/9,4, Commerzbank 1-160/1,6, 1-170/5,5, 4-160/2,4, 4-170/1, 7-160/5,7, Conti 1-130/3,5, 4-120/2,3, 7-130/9, Daimler 1-580/6,5, 4-580/11,5, Deutsche Bank 1-350/2,65, 1-360/4,4, 4-380/9,8, 4-380/14,6, 7-340/4, Dresdner Bank 1-180/1, 1-170/2,2, 4-170/4,4, 7-180/6,4, Hoechst 1-180/1,5, 7-170/2,4, Hoesch 1-100/2, Klöckner 1-65/1,5, 4-65/1,2, Lufthansa ST 1-150/3,1, 1-180/12,6, 4-150/3,6, MAN 7-150/5,8, RWE ST 4-180/2,05, Schering 4-380/6,3, 7-380/9,4, Kali + Salz 4-230/3,3, 7-230/8, Siemens 1-420/2,3, 1-430/2,6, 4-410/2,6, 4-420/4, 4-430/7, 7-420/7, 7-450/30, Thyssen 1-75/1,05, 4-80/5, VW 1-180/3,5, 4-170/2,5, 4-180/8, 7-170/5,05, 7-190/14,9, Chrysler 1-65/1,8, 1-95/2,0, 4-80/2, 4-65/3,5, 7-65/4,1, 7-90/8,5, 7-65/9,4, Elf 1-80/2,3, IBM 1-340/2, 1-370/8, 4-380/15, Litton 4-210/16,4, Philips 4-45/1,35, 7-45/2. (1. Zahl Verfallmonat (jeweils der 15.), 2. Zahl Basispreis, 3. Zahl Optionspreis).

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 16. 10.: Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr
1 Monat	10½–10¾	5½–5¾	5 –5¼
3 Monate	10⅞–11⅛	5⅞–6⅛	5¼–5½
6 Monate	11¼–11½	5⅞–6⅛	5½–5¾
12 Monate	11⅝–11⅞	6 –6¼	5⅝–5⅞

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxembourg.

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 16. Oktober folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*)	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1525,00	1886,70
10 US-Dollar (Indian)**)	1285,00	1551,50
5 US-Dollar (Liberty)	490,00	672,60
1 £ Sovereign alt	242,00	299,82
1 £ Sovereign Elizabeth II.	239,00	295,26
20 belgische Franken	188,00	241,68
10 Rubel Tscherwonez	254,00	316,92
2 südafrikanische Rand	240,00	295,26
Krüger Rand, neu	1082,00	1273,38
Maple Leaf	1082,00	1273,38
Platin Noble Man	1053,00	1240,32
Außer Kurs gesetzte Münzen*)		
20 Goldmark	252,00	314,64
20 schweiz. Franken „Vreneli"	194,00	245,10
20 franz. Franken „Napoléon"	193,00	243,96
100 österr. Kronen (Neuprägung)	1001,00	1204,98
20 österr. Kronen (Neuprägung)	200,00	250,80
10 österr. Kronen (Neuprägung)	105,00	136,80
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	462,00	566,58
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	110,00	148,20

*) Verkauf inkl. 13 % Mehrwertsteuer
**) Verkauf inkl. 7 % Mehrwertsteuer

Devisen und Sorten

16. 10. 84	Frankfurt. Devisen Geld	Frankfurt. Devisen Brief	Wechs. Ankfs.-Kurs4)	Frankfurt. Sorten*) Ankauf	Frankfurt. Sorten*) Verkauf
New York3)	3,1387	3,1467	3,1024	3,08	3,17
London1)	3,774	3,788	3,731	3,71	3,86
Dublin1)	3,101	3,115	3,053	3,76	3,91
Montreal3)	2,3674	2,3755	2,3339	2,31	2,41
Amsterd.	88,635	88,865	88,63	87,25	89,75
Zürich	122,060	122,260	122,165	120,75	123,50
Brüssel	4,944	4,964	4,892	4,80	5,00
Paris	32,570	32,730	32,19	31,71	33,50
Kopenh.	27,680	27,800	27,37	26,50	28,25
Oslo	34,810	34,930	34,23	33,75	35,50
Stockh.**)	35,500	35,750	35,02	34,75	36,50
Mailand2) **)	1,619	1,629	1,598	1,57	1,67
Wien	14,213	14,253	14,181	14,15	14,35
Madrid**)	1,790	1,800	1,759	1,74	1,88
Lissabon**)	1,900	1,920	1,794	1,55	2,35
Tokio	1,2605	1,2635	–	1,22	1,28
Helsinki	48,420	48,630	47,445	47,25	49,00
Buen. Air.	–	–	–	–	5,00
Rio	–	–	–	0,05	0,20
Athen*) **)	2,4295	2,4695	–	1,70	2,50
Frankf.	–	–	–	–	–
Sydney*)	2,5095	2,6185	–	2,58	2,63
Johannesbg.*)	1,7520	1,7710	–	1,60	1,86

Alles in Hundert; 1) 1 Pfund; 2) 1000 Lire; 3) 1 Dollar; 4) Kurse für Tratten 60 bis 90 Tage; *) nicht amtlich notiert. **) Einfuhr begrenzt gestattet.

Devisenmärkte

Der US-Dollar präsentierte sich am 16. 10. weiter in einer freundlichen Verfassung, trotz eines Rückgangs der amerikanischen Industrie-Produktion im September um 0,6 Prozent und der Senkung der Primerate durch die amerikanischen Geschäftsbanken. Das Handelsgeschehen kann als lebhaft bezeichnet werden und es ergab sich ein Kursband von 3,1370 bis 3,1480. Die Bundesbank gab als Kursausgleich 20,5 Mill. Dollar an den Markt ab zum amtlichen Mittelkurs von 3,1427. Enttäuschte Hoffnungen auf ein Ende des britischen Bergarbeiterstreiks ließen das Pfund um 1,9 Pf auf 3,781 abschwächen. Der französiche Franc legte 20 Pf auf 122,16 zu. Die übrigen Währungen veränderten sich nur geringfügig. US-Dollar in: Amsterdam 3,5400; Brüssel 63,43; Paris 9,6195; Mailand 1933,80; Wien 22,0790; Zürich 2,5726; Ir. Pfund/DM 3,108; Pfund/Doll. 1,2031; Pfund/DM 3,781.

Ostmarkkurs am 16. 10. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 20,00; Verkauf 23,00 DM West; Frankfurt: Ankauf 20,00; Verkauf 23,00 DM West.

Devisenterminmarkt

Festere Euro-Pfund-Sätze führten am 16. Oktober zu einer deutlichen Erweiterung der Abschläge für das Englische Pfund gegen D-Mark.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	1,43/1,33	4,08/3,98	8,26/8,06
Pfund/Dollar	✓0,01/0,01	0,11/0,14	0,38/0,42
Pfund/DM	2,40/1,00	5,20/3,80	9,40/8,00
FF/DM	23/7	52/36	101/85

Geldmarktsätze

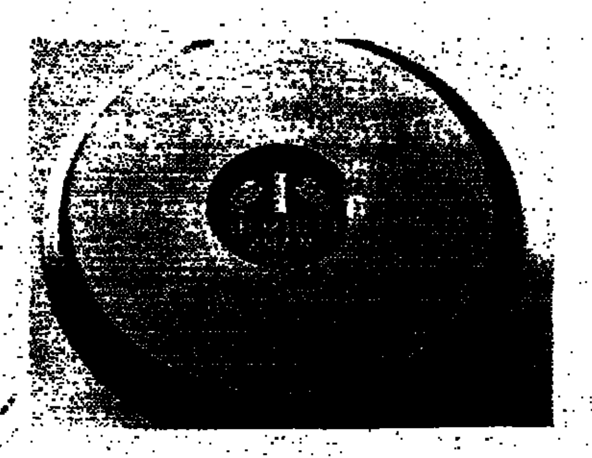
Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 16. 10.: Tagesgeld 5,55–5,65 Prozent; Monatsgeld 5,75–5,9 Prozent; Dreimonatsgeld 5,95–6,1 Prozent.

Privatdiskontsätze am 16. 10.: 10 bis 29 Tage 4,05 G–3,90 B Prozent; und 30 bis 90 Tage 4,05 G–3,90 Prozent.

Diskontsatz der Bundesbank am 16. 10.: 4,5 Prozent; Lombardsatz 5,5 Prozent.

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. Oktober 1984 an) Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1984/9 (Typ A) 5,00 (5,50)–7,00 (7,50)–7,25 (7,75)–7,75 (8,00)–8,00 (8,25)–8,50 (8,50). Ausgabe 1984/10 (Typ B) 5,00 (5,50)–5,97 (6,47)–6,37 (6,87)–6,68 (7,12)–6,88 (7,12)–6,91 (7,31)–7,13 (7,48) Finanzierungsschätze des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 5,50, 2 Jahre 6,44. Bundesobligationen (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 7,25, Kurs 100,80, Rendite 7,06.

WIR MACHEN DIE HARTE D-MARK.

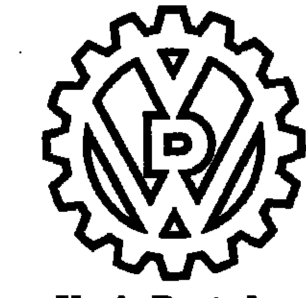


Die Mark wird von der deutschen Werkzeugmaschinen-Industrie geprägt. Von ihren Maschinen. Und von ihrer volkswirtschaftlichen Bedeutung.

Seit Beginn dieses Jahrhunderts ist die Werkzeugmaschinen-Branche eine der wichtigsten deutschen Industrien. Weil ihre Produkte in aller Welt höchsten Wert haben. Und weil sie dadurch eine erstklassige Handelsbilanz aufweisen kann: Nach neuesten Rechnungen ist der Export dieser Branche mehr als 4mal so hoch wie der Import. Etwa die gleiche Relation wie bei der deutschen Kraftfahrzeug-Industrie.

Auch diese bedeutende Export-Industrie baut auf uns, wenn es um hochqualifizierte Maschinen geht. Und das zeigt, welche Schlüsselposition die deutsche Werkzeugmaschinen-Industrie hat: Je besser unsere Werkzeugmaschinen, desto besser die deutschen Industrie-Erzeugnisse. Desto höher das Ansehen im Ausland. Desto härter die Währung.

Das Ergebnis macht auch uns stolz. Denn es beweist: Unsere Stärken sorgen für eine starke Mark.



Verein Deutscher Werkzeugmaschinenfabriken e.V.
Frankfurt am Main.

Warenpreise – Termine

Schwächer schlossen zum Wochenbeginn die Gold-, Silber- und Kupfernotierungen an der New Yorker Comex. Kakao mußte ebenfalls Verluste hinnehmen. Dagegen konnte Kaffee Gewinne verbuchen.

Getreide und Getreideprodukte

Weizen Chicago (c/bush)	15. 10.	12. 10.
Dez.	346,25	348,00
März	354,25	355,00
Mai	352,50	353,25

Weizen Winnipeg (can. $/t) Wheat Board cif.	15. 10.	12. 10.
St. Lawrence 1 CW	240,17	239,87
Amber Durum	252,17	251,82

Roggen Winnipeg (can. $/t)		
Okt.	139,70	139,50
Dez.	142,20	142,20
März	148,70	148,30

Hafer Winnipeg (can. $/t)		
Okt.	119,20	118,80
Dez.	120,70	119,40
März	124,50	123,80

Hafer Chicago (c/bush)	15. 10.	12. 10.
Dez.	180,25	179,75
März	180,25	180,50
Mai	178,00	178,00

Mais Chicago (c/bush)		
Dez.	281,25	282,75
März	286,75	289,50
Mai	291,50	294,75

Gerste Winnipeg (can. $/t)	15. 10.	12. 10.
Okt.	135,60	134,80
Dez.	139,40	128,30
März	132,60	132,50

Genußmittel

Kaffee New York (c/lb)	16. 10.	15. 10.
Terminkontr. Dez.	136,20	unerhältl.
März	134,80	unerhältl.
Mai	133,80	unerhältl.

Kakao New York ($/t)	15. 10.	12. 10.
Terminkontr. Dez.	2172	unerhältl.
März	2125	unerhältl.
Mai	2145	unerhältl.
Umsatz	2678	unerhältl.

Zucker New York (c/lb)		
Kontrakt Nr. 11 Jan.	5,60	5,31
März	6,17	5,87
Mai	6,48	6,20
Juli	6,74	6,50
Sept.	6,98	6,75
Umsatz	13701	9425

Isa-Preis fob karibische Häfen (US-c/lb)	15. 10.	12. 10.
	unerhältl.	4,77

Kaffee London (£/t) Robusta-	15. 10.	12. 10.
Kontrakt Nov.	2460–2463	2416–2417
Jan.	2310–2312	2282–2285
März	2221–2222	2202–2205
Umsatz	3669	2273

Kakao London (£/t)		
Terminkontrakt Dez.	1870–1871	1898–1900
März	1844–1845	1875–1877
Mai	1854–1860	1878–1879
Umsatz	2944	3044

Zucker London ($/t), Nr. 6		
Dez.	142,60–143,80	143,00–144,00
März	159,60–159,80	159,60–160,00
Mai	166,20–166,40	166,20–166,60
Umsatz	1768	3130

Pfeffer Singapur (Straits-Sing.-$/100 kg)	16. 10.	12. 10.
schw. Sarawak spez.	452,50	452,50
weißer Sarawak	702,50	702,50
weißer Muntok	710,00	710,00

Orangensaft New York (c/lb)	15. 10.	12. 10.
Nov.	166,80	170,95
Jan.	169,20	172,65
März	168,60	173,15
Mai	169,50	173,00
Juli	169,50	173,00
Umsatz	1500	900

Öle, Fette, Tierprodukte

Erdnußöl New York (c/lb)	15. 10.	12. 10.
Südstaaten fob Werk	36,00	36,00

Maisöl New York (c/lb)		
US-Mittelweststaaten fob Werk	30,50	30,50

Sojaöl		
Chicago (c/lb) Okt.	29,20	28,65
Dez.	26,90	26,43
Jan.	26,30	25,90
März	25,75	25,45
Mai	25,55	25,15
Juli	25,25	24,95
Aug.	25,00	24,00

Baumwollsaatöl New York (c/lb)		
Mississippi-Tal	30,00	30,50

Schmalz Chicago (c/lb)		
loco lose	32,00	20,50
Choice white hog 4% fr. F.	20,50	20,50

Talg New York (c/lb)		
top white	21,50	21,50
fancy	21,25	21,25
bleichfähig	19,50	19,50
yellow max. 10% fr. F.	17,25	17,25

Schweine Chicago (c/lb)		
Okt.	45,00	45,20
Dez.	47,25	47,75
Febr.	49,25	48,55

Schweinebäuche Chicago (c/lb)		
Febr.	65,30	66,20
März	65,35	45,70
Mai	66,32	66,80

Häute Chicago (c/lb)	15. 10.	12. 10.
Ochsen ähnl. schwere River Northern	64,00	66,00
Kühe ähnl. schwere River Northern	56,00	53,50

Sojabohnen Chicago (c/bush)		
Nov.	632,50	626,00
Jan.	642,75	636,50
März	655,00	649,00
Mai	668,50	662,00
Juli	674,50	667,80
Aug.	674,00	667,00
Sept.	661,00	657,50

Sojaschrot Chicago ($/sht)		
Okt.	152,80	150,80
Dez.	157,80	156,50
Jan.	161,00	159,20
März	166,50	165,30
Mai	171,50	170,50
Juli	176,50	175,50
Aug.	175,00	174,00

Leinsaat Winnip. (can. $/t)	15. 10.	12. 10.
Okt.	351,60	352,30
Dez.	357,50	358,20
März	370,80	371,80

Kokosöl New York (c/lb)	15. 10.	12. 10.
Westküste fob Werk	62,00	59,00

Erdnußöl Rotterdam ($/t)	16. 10.	15. 10.
jegl. Herk. cif	840,00	835,00

Leinöl Rotterdam ($/t)		
jegl. Herk. ex Tank	607,50	610,00

Palmöl Rotterdam ($/lgt)		
Sumatra cif	650,00	665,00

Sojaöl Rotterd. (hfl/100 kg)		
roh Niederl. fob Werk	256,00	250,00

Kokosöl Rotterdam ($/lgt)		
Philippinen cif	1370,00	1370,00

Leinsaat Rotterdam ($/t)		
Kanada Nr. 1 cif Rotterdam	294,00	293,50

Wolle, Fasern, Kautschuk

Baumwolle New York (c/lb) Kontrakt Nr. 2:	15. 10.	12. 10.
Dez.	66,70	65,60
März	68,60	67,40
Mai	69,53	68,75
Juli	70,60	69,80
Okt.	69,90	69,80
Dez.	70,00	69,90

Kautschuk New York (c/lb); Händlerpreis		
loco RSS–1:	43,50	43,50

Wolle Lond. (Neuseel. c/kg) Kreuzz. Nr. 2:	15. 10.	12. 10.
Okt.	511–515	508–512
Dez.	514–517	510–514
Jan.	520–523	520–522
Umsatz:	113	48

Wolle Roubaix (F/kg) Kammzüge:	15. 10.	12. 10.
Okt.	51,60	unerh.
Dez.	51,40	unerh.
März	53,38	unerh.
Mai	53,50	unerh.
Umsatz:	0	0
Tendenz: stetig		

Wolle Sydney (austr. c/kg) Merino-Schweißwolle Standardtype	15. 10.	12. 10.
Okt.	567,5–570,0	566,0–570,0
Dez.	588,5–580,0	567,0–567,5
März	584,5–585,0	577,5–578,0
Umsatz:	29	51

Sisal London ($/t) cif eur. Haupthäfen	15. 10.	12. 10.
East African 3 long	680,00	680,00
undergraded:	570,00	570,00

Seide Yokoh. (Y/kg) AAA, ab Lager	15. 10.	12. 10.
Okt.	13204	13219
Nov.	13168	13160

Kautschuk London (p/kg)	15. 10.	12. 10.
Nr. 1 RSS loco	60,00–64,00	60,00–64,00
Nov.	58,00–60,00	59,00–60,00
Dez.	59,50–61,00	60,00–61,00
Jan.	61,00–62,00	61,00–62,50

Tendenz: sehr ruhig

Kautschuk Malaysia (mal. c/kg)	15. 10.	12. 10.
Nov.	205,50–206,00	206,50–207,50
Dez.	206,00–206,50	207,00–207,50
Nr. 2 RSS Nov.	192,50–193,50	193,50–194,50
Nr. 3 RSS Nov.	189,00–190,00	190,00–191,00
Nr. 4 RSS Nov.	182,00–183,00	181,50–182,50

Tendenz: ruhig

Jute London (£/lgt)	15. 10.	12. 10.
BWC	810,00	810,00
BWD	795,00	795,00
BTC	810,00	810,00
BTD	795,00	795,00

Erläuterungen – Rohstoffpreise

Mengen-Angaben: 1 troyounce (Feinunze) = 31,1035 g; 1 lb = 0,4536 kg; 1 R. – 76 WD – (–); BTC – (–); BTD – (–).

Westdeutsche Metallnotierungen

(DM je 100 kg)

Blei: Basis London	16. 10.	15. 10.
laufend. Monat	129,55–129,74	129,05–129,44
drittfolg. Monat	131,63–131,83	131,15–131,53

Zink: Basis London		
laufend. Monat	237,89–238,27	237,18–237,94
drittfolg. Monat	235,42–235,61	235,46–235,65
Produz.-Preis	283,20	282,77

Reinzinn 99,9%	4178–4219	4184–4225

NE-Metalle

(DM je 100 kg) Elektrolytkupfer für Leitzwecke	16. 10.	15. 10.
(DEL-Notiz)*)	400,59–402,48	399,55–401,45
Blei in Kabeln	137,25–138,25	136,75–137,75
Aluminium für Leitzwecke (VAW) Rundbarren	455,00–458,50	455,00–458,50
Vorziehdraht	464,00–464,50	464,00–464,50

*Auf der Grundlage der Meldungen über höchsten und niedrigsten Kaufpreis durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferhersteller.

Messingnotierungen

	16. 10.	15. 10.
MS 58, 1. Verarbeitungsstufe	386–387	386–387
MS 58, 2. Verarbeitungsstufe	428–432	427–432
MS 63	414–419	415–420

Zinn-Preis Penang

Straits-Zinn ab Werk prompt	15. 10.	12. 10.
(Ring./kg)	29,15	29,15

Deutsche Alu-Gußlegierungen

(DM je 100 kg)	16. 10.	15. 10.
Leg. 225	350–363	350–363
Leg. 226	352–365	352–365
Leg. 231	363–395	363–395
Leg. 233	393–405	393–405

Die Preise verstehen sich für Abnahmemengen von 1 bis 5 t frei Werk.

Edelmetalle

	16. 10.	15. 10.
Platin (DM je g)	35,65	35,55
Gold (DM je kg Feingold) Banken-Vkfpr.	34 700	34 700
Rücknahmepr.	33 950	33 950
Gold (DM je kg Feingold) (Basis Lond. Fixing) Degussa-Vkfpr.	35 180	34 030
Rücknahmepr.	34 220	34 030
verarbeitet	36 820	35 810
Gold (Frankfurter Börsenkurs) (DM je kg)	34 315	34 255
Silber (DM je kg Feinsilber) (Basis Lond. Fixing) Degussa-Vkfpr.	753,50	747,00
Rücknahmepr.	731,40	725,10
verarbeitet	786,50	779,80

Internationale Edelmetalle

Gold (US-$/Feinunze)	16. 10.	15. 10.
London, 10.30	339,75	336,25
15.00	339,50	336,65
Zürich mittags	339,70–340,20	338,50–339,00
Paris (Ffr-kg-Barren) mittags	104 500	104 250
Silber (p/Feinunze) London Kasse	603,75	594,30
3 Monate	616,95	609,20
6 Monate	633,90	623,20
12 Monate	665,15	653,20

Platin (£-Feinunze) London fr. Markt	16. 10.	12. 10.
	289,45	287,95

Palladium (£-Feinunze) London 1. Händlerpr.	115,30	114,50

New Yorker Preise	15. 10.	12. 1[illegible]
Gold H & H (Händler)	336,85	336.[illegible]
Silber H & H (Händler)	723,00	728,[illegible]
Platin fr. Händlerpr.	316,00–322,00	316,00–322,[illegible]
Produz.-Preis	476,00	475,[illegible]
Palladium fr. Händlerpr.	139,00–140,00	140,00–141,[illegible]
Produz.-Preis	150,00	150,[illegible]
Silber (c/Feinunze) Okt.	731,00	733,[illegible]
Nov.	734,70	737,[illegible]
Dez.	741,00	739,[illegible]
Jan.	747,70	750,[illegible]
März	761,40	760,[illegible]
Mai	775,40	777,[illegible]
Juli	789,80	792,[illegible]
Umsatz	20 000	19 0[illegible]

New Yorker Metallbörse

Kupfer (c/lb)	15. 10.	12. 1[illegible]
Okt.	55,85	56,[illegible]
Nov.	56,10	56,[illegible]
Dez.	56,70	57,[illegible]
Jan.	57,40	57,[illegible]
März	58,55	58,[illegible]
Mai	59,75	60,[illegible]
Juli	60,90	61,[illegible]
Umsatz	4500	

Londoner Metallbörse

	16. 10.	15. 10.
Aluminium (£/t) Kasse	823,50–824,00	812,00–813,0
3 Monate	847,00–847,50	835,50–836,0
Blei (£/t) Kasse	342,00–342,50	342,00–343,0
3 Monate	347,50–348,00	347,75–348,0
Kupfer Higbergrade (£/t) mittags Kasse	1045,0–1045,5	1037,0–1037,
3 Monate	1068,5–1069,0	1061,0–1062,
abends Kasse	–	1040,0–1040,
3 Monate	–	1063,5–1064,
(Kupfer-Standard) Kasse	1045,0–1047,0	1041,0–1042,
3 Monate	1065,0–1067,0	1060,5–1061,
Zink (£/t) Kasse	626,00–629,00	626,00–626,0
3 Monate	621,50–622,00	621,00–622,0
Zinn (£/t) Kasse	9710–9720	9710–972
3 Monate	9670–9671	9668–9671
Quecksilber ($/Fl.)	–	310–31[illegible]
Wolfram-Erz ($/T-Einh.)	–	80–8[illegible]

Am 11. Oktober 1984 starb Herr

Emil Kratzmüller

im Alter von 76 Jahren.

Sein Tod erfüllt uns mit tiefer Trauer. Wir verlieren mit ihm einen uns in langjähriger Zusammenarbeit verbundenen guten Freund unseres Unternehmens. Die Erweiterung unseres Aktionärskreises Mitte der 60er Jahre hat Emil Kratzmüller weitsichtig mitgestaltet. Als Stellvertretender Vorsitzender unseres Aufsichtsrates in den Jahren 1969 bis 1972 hat er Entscheidungen von besonderer Bedeutung für unser Unternehmen mitgetragen.

Wir nehmen Abschied von einem Mann, dessen hohe menschliche Eigenschaften und vornehme Gesinnung in unserer Erinnerung bleiben werden.

RUHRGAS AKTIENGESELLSCHAFT

Essen, den 15. Oktober 1984

Wir trauern um unseren Partner und Seniorchef

Dipl.-Ing.

FRIEDRICH HOLST

Beratender Ingenieur VBI, VSI

Träger der Verdienstmedaille der Bundesrepublik Deutschland

* 30. 6. 1901 † 9. 10. 1984

Als Beratender Ingenieur, Firmengründer und Prüfingenieur für Bauwesen war er über 40 Jahre freiberuflich tätig und Initiator unserer Ingenieurbüros. Durch sein unermüdliches Eintreten für die Belange des Ingenieurwesens sowie die Wahrnehmung zahlreicher Ehrenämter im öffentlichen Leben und Ingenieurverbänden war er geachtet und geschätzt. Seine fast unerschöpfliche Schaffenskraft und seine wegweisende Einstellung zum Berufsstand der Beratenden Ingenieure werden uns Vorbild und Verpflichtung sein.

In ehrendem Gedenken
die Partner und Mitarbeiter
der Ingenieurbüros:
Friedrich Holst und Peter Holst

TEWICO
Inter-Consult
Beratende Ingenieure VBI, VSI

Die Trauerfeier findet am Montag, dem 22. Oktober 1984, um 11.00 Uhr in Halle B des Friedhofs Hamburg-Ohlsdorf statt. Die Urnenbeisetzung erfolgt zu einem späteren Zeitpunkt im engsten Familienkreis.

Anstelle von Kränzen und Blumen bitten wir im Sinne des Verstorbenen um eine Spende für die Senator-Kirch-Stiftung (Volksbank Hamburg Ost-West e. G., Kto. 60 389 001, BLZ 201 902 06).

Renten weiter freundlich

Auch wenn die US-Bonds nach anfänglicher Steigerung etwas niedriger lagen, war die Tendenz am deutschen Rentenmarkt zuversichtlich. Im Verlaufe ließen sich zwar die vorbörslich genannten höheren Notierungen nicht im vollen Umfang durchsetzen, doch lagen einige öffentliche Anleihen immerhin bis zu einem Viertelpunkt fester. Das kam auch den DM-Auslandsanleihen zugute, die sich teilweise ebenfalls verbesserten, allerdings nur insoweit ein entsprechender Renditeanreiz vorhanden war. Bei den Pfandbriefen hielt sich das Geschäft in engen Grenzen.

Bundesanleihen

[illegible]

Bundesbahn

[illegible]

Bundespost

[illegible]

Länder – Städte

[illegible]

Bankschuldverschreib.

[illegible]

Sonderinstitute

[illegible]

Industrieanleihen

[illegible]

Währungsanleihen

[illegible]

Wandelanleihen

[illegible]

Düsseldorf

DM-Auslandsanleihen

[illegible]

Optionsscheine

[illegible]

Optionsanleihen

[illegible]

Ausländische Aktien in DM

[illegible]

Die musikalischen und politischen Passionen des Sängers Harry Belafonte

Ein schillernder Friedensprediger

Viele Menschen streben nach Macht. Aber was ist Macht? Macht ist nicht Reichtum, nicht Geld. Davon, sagt er, habe er selber genug angehäuft, so wisse er wohl, was er da spreche. Und daß ihm seine Auftritte in bestbezahlter Kaffee-Werbung als Korrumpierbarkeit ausgelegt werden könnten, das weist er schlüssig zurück: Das Geld aus den Kaffee-Jingles, habe er der amerikanischen Indianer-Bewegung überlassen. Er ist eine äußerst schillernde Persönlichkeit, dieser 57jährige New Yorker, dessen Großvater mit Namen

exclusiv – ZDF, 22.05 Uhr

Bellafontaine aus Nizza in die Vereinigten Staaten übergesiedelt war. Seit über dreißig Jahren kennt man seinen Namen: Harry Belafonte, kannte ihn dereinst als rauhstimmigen Calypso-König und kennt ihn heute als eine Mischung aus nicht kaputt zu kriegendem Genius kunstvollen Musik- und Tanzentertainments, Wanderprediger und zoon politicon.

In den fünfziger Jahren, da er gerade in einem Theaterstück von Sherwood Anderson erste Nebenrollenerfolge sammelte und sich unaufhaltsam als neue Brodway-Attraktion etablierte, da setzte Joseph McCarthy den farbigen Schauspieler und Sänger auf seine Schwarze Liste. Knapp zwanzig Jahre später gehörte Belafonte zum Führungszirkel der amerikanischen Bürgerrechtsbewegung – ein Mann tiefen ethischen Engagements, der die Ermordungen John F. Kennedys, für dessen Friedenscorps er beratend tätig war, und seines engen Freundes Martin Luther King nicht verwunden hat und heute zu den involviertesten Sprechern der internationalen Friedensbewegung gehört, auch wenn ihn zu Zeiten naivromantischer Hippie-Folklore seine Geistesschwester Joan Baez noch geringschätzig als verrückten „Harry Belaphoney" abtitelte.

Dieser Farbige, der als Teenager in Jamaika Klänge vernahm, die ihn für sein Leben nicht mehr verließen; dieser Unternehmenschef, Musical-Profi, Plattenmillionär und Philosoph, der die Menschheit einen Blumengarten nennt; dieser Vater von vier erwachsenen Kindern, dessen 29jährige Tochter Shari als Partnerin von Bette Davis nun selbst die Showbusineß-Sprossen emporklettert, der mit James Baldwin befreundet ist, Jazz und Klassik schätzt und gerade erst seinen Film „Beat Street" vorstellte, ein melancholisches Sinnenfest aus Tanz, Rapgesang und Sozialkritik ohne Militanz – ein Kommunist?

Bewahre! Er sei „immer ein Anti-Kommunist gewesen", sagte er kürzlich, und er hätte unlängst seinen Kindern nur deshalb Kuba gezeigt, um ihnen den desolaten Zustand des Systems dort vorzuführen. Er verurteile die militärische Präsenz der Amerikaner an vielen Orten der Welt ebenso wie die sowjetische Besetzung Afghanistans. Gewalt, von welcher Seite immer, bringe keine Problemlösungen. Und wenn er dann, wie im letzten Herbst, in Fernsehen und Konzerthallen seinen Hymnus „Peace On Earth" anstimmt, dann machen sich nicht etwa Kitschgefühle im Publikum breit, sondern aufrichtige Betroffenheit. Solche Gratwanderungen besteht er glänzend, vermeidet jeden Absturz ins Banale mit erstklassiger Musikalität, nicht zu brechender jugendlicher Vitalität und Musikern, die seinem hohen Anspruch vollauf genügen. Falsche Andacht in seinen Hörern fängt er ab durch klug eingesetzte Selbstkarikaturen, durch musikalische Augenzwinkerei, nie jedoch Ohrenwischerei.

„Ich glaube, daß ich eines der Instrumente bin, durch das die Menschen eine neue Sensibilität bekommen könnten", sagt der Mann, der – „Farbige unerwünscht!" – vor drei Jahren aus einer Linzer Diskothek flog. „Ich glaube an eine gute Macht, und ich glaube, daß wir Menschen auf der Welt sind, damit das Leben weitergeht – auf seinem höchsten Niveau." Hinausgehen sollte man, dorthin, wo die Welt von Menschenhand noch unberührt geblieben ist: „Dort ist für mich Gott zu finden."

ALEXANDER SCHMITZ



Der amerikanische Sänger Harry Belafonte in concert FOTO: DPA/BAUM

KRITIK

Slowakische Rituale der Macht

Die Prager Notizen waren alles andere als Notizen aus Prag. Es waren Impressionen von den Nachbarvölkern der Tschechen und den Slowaken, von ihren geschichtlichen und sprachlichen Bindungen an Ungarn und Deutschland. Die Befragten akzeptierten eher mit Achselzucken als mit Freude die Tatsache, seit dem Kriege von Prag aus regiert zu werden. Der Film machte dies deutlich, als die Früchte der Ernte – früher dem Adel dargebracht – mit derselben Zeremonie nun den Parteigrößen gereicht wurden.

Anlaß der Korrespondentenreise Dieter Möllers von Prag in die Slowakei war der Jahrestag eines Aufstandes dort, der vor 40 Jahren von SS-Einheiten niedergeschlagen wurde. Die Erwachsenen könnten natürlich die Erinnerung an das Leid nicht verdrängen, das ihnen die Deutschen angetan hätten, meinte Möller. Diese Phrase, die häufig auftaucht, wenn von deutscher Schuld die Rede ist, fand in den Interviews keine Bestätigung. Es mag in der Slowakei so sein wie im Rest Europas, daß diese Erinnerungen – ohne verdrängt werden zu müssen – verblassen.

Wenig sonst brachte der Bericht über diesen Aufstand. Parteichef Husak, damals mit dabei, wird heute als Übervater des Aufstands gefeiert, und jährlich erinnern Kränze an die ein halbes Jahr später von der Roten Armee vollendete „Befreiung". Kaum erwähnt wurde jedoch die Tragik derer, die nach dem Krieg den slowakischen Aufstand als Beleg für das Recht der Slowakei anzuführen versuchten, einen eigenen Staat zu haben. Die Siegermacht wollte anders.

Dafür brachte uns der Bericht ein herrliches Land zwischen der Donau und der Hohen Tatra näher. Er zeigte selbstbewußte Minderheiten, Umweltprobleme, Klagen über sozialen Wohnungsbau, Erntedankfeste, Touristen und neue Atomkraftwerke. Ein – vor allem von den Bildern her – reizvoller Bericht, mit Problemen, wie es sie überall in Euorpa gibt.

DETLEV AHLERS

ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

10.00 Tagesschau und Tagesthemen
10.25 Sie – er – Es
11.10 Krumme Touren und andere Geschichten
12.10 Monitor – Mit Klaus Bednarz
12.55 Presseschau
13.00 Tagesschau

ARD

15.30 Zu Gast in fremden Küchen

16.00 Tagesschau

16.10 Herbst in Karlsbad
Seit mehr als sechs Jahrhunderten werden die Quellen des böhmischen Karlsbads für medizinische Zwecke verwendet. Traf sich dort früher der europäische Hochadel, so ist Karlsbad heute vor allem eine Kurstadt für die Bürger der CSSR und der Sowjetunion. Dieter Möller zeichnete ein Porträt dieses berühmten Kurorts.

16.55 Die Grönlandflieger
Dreiteiliger Dokumentarfilm
1. Teil: Das Wrack
Endlich hat Christian den Flugschein bestanden und sogar noch Geld übrig, sich ein Flugzeugwrack zu kaufen. Sofort beginnt er mit den nötigen Reparaturen.

17.25 Der Papalagi auf Reisen
Dreiteiliger Kinderfilm
1. Teil: Von den steinernen Truhen
Vor mehr als 60 Jahren schrieb der Südseehäuptling Papalagi bei einer Reise durch Europa seine Beobachtungen in Form von Reden auf. Die Familie Bergmann vergleicht nun bei einer Reise diese Eindrücke mit ihren eigenen Beobachtungen.

17.50 Tagesschau
Dazw. Regionalprogramme

20.00 Tagesschau

20.10 Deutschland – Schweden
WM-Qualifikation
Live-Übertragung aus dem Müngersdorfer Stadion in Köln

22.00 Brennpunkt
Thema:
Die Bundeswehr in Personalnot
Wie will Bonn der kommenden Rekrutenknappheit begegnen?
Studiogast: Verteidigungsminister Manfred Wörner
Moderation: Peter Staisch

22.30 Tagesthemen

23.00 Das Gesicht auf der Wand
Eine wahre Geschichte
Es ist die Geschichte eines Mannes, den eine Erscheinung bedrängt. Ist die Erscheinung Realität, ist es ein Spuk, reine Einbildung? Die Klärung dieser Frage ergibt eine spannende und gleichzeitig eben auch „unheimliche" Geschichte.

0.00 Tagesschau

ZDF

16.00 heute

16.04 Morgen schon
Utopische Geschichten für Kinder und Erwachsene
Anschl. heute-Schlagzeilen

16.35 Tao Tao
Die plappernde Schildkröte

17.00 heute / Aus den Ländern

17.15 Tele-Illustrierte
Zu Gast: Noni

17.50 Robin Hood
Die Hexe von Elsdon
Dazw. heute-Schlagzeilen

18.55 mittwochslotto – 7 aus 38
Spiel 77

19.00 heute

19.30 Na, sowas!
Musik und Gäste bei Thomas Gottschalk
Eine tolle Mischung hat der ewig von Zeitnot geplagte Thomas Gottschalk für heute zusammengestellt. Nach ihrem Abechied von der ZDF-Sendung „flashlights" singt die Japanerin Hiroko Murata ihren Titel „Valentino". Außerdem ist das polnische Klavier-Duo Marek & Vacek dabei. Den heißen Titelsong zur Komödie „Ghostbusters" wird Ray Parker jr. vorstellen. Der Film kommt im Januar 1985 in unsere Kinos

20.15 ZDF Magazin
Moderation: Gerhard Löwenthal

21.00 Die 2
Erben bringt Sterben
Wieder einmal erwartet Blaublütler Lord Brett Sinclair und Ölmilliardär Danny Wilde ein pikanter Auftrag. Die attraktive Jenny Lindley will nicht glauben, daß der plötzlich aufgetauchte junge Mann ihr verschollener Bruder ist und bittet das ungleiche Paar um Hilfe.

21.45 heute-journal

22.05 exclusiv
In der neunten Folge des Unterhaltungsjournals sprach Frances Schoenberger mit Harry Belafonte und begleitete den Star auf einem Besuch in den heruntergekommenen New Yorker Slumvierteln. Weiter berichtet das Magazin von Marbellas Nobel-Disco „Regine's" sowie über den Mailänder Modezar Giorgio Armani.

22.50 Danni
Deutscher Spielfilm (1982)
Mit Brigitte Karner, Robert Hunger-Bühler
Buch und Regie: Martin Gies

0.25 heute

III.

WEST

20.00 Tagesschau
20.10 Mittwochs in Höxter
Informationen und Unterhaltung
Musik: Janusz und Marek Strobel, Gitarre und Kontrabaß
21.45 eff-eff
U. a.: Sicherheitstraining für Autofahrer; Tai Chi Chuan – eine alte chinesische Sportart
22.15 Im Gefängnishof
Amerikanischer Spielfilm (1979)
(Originalfassung mit deutschen Untertiteln)
23.50 Letzte Nachrichten

NORD

19.00 Herbst in Finnland
19.15 Antiquitäten in Serie
19.30 Landwirtschaft aktuell
20.00 Tagesschau
20.10 extra drei
21.00 Wer hat die Bürokratie erfunden? (1)
21.30 Offerte
21.45 Deutschland zwischen gestern und heute
23.00 Porträt Wilfried Basse
23.20 Thirty minutes
23.50 Nachrichten

HESSEN

20.00 Bestes Rheinweikucherezept
20.15 Nato-Manöver und Friedensbewegung
Reaktionen der Bürger
21.00 Von der Traube in das Faß
21.30 Drei aktuell und Sport
21.50 Das Bild der Woche
22.00 Herbstzeit

SÜDWEST

Gemeinschaftsprogramm:
19.25 Nachrichten
19.30 45 Fieber
Tablettensucht; Die Samstagnacht der Hard-Rock-Gemeinde; Die Phantasien des Bodo Morshäuser; „Vier aus der Zwischenzeit"
20.15 Jurij Ljubimow
Über den russischen Regisseur
21.00 Ohne Skrupel
Amerikanischer Spielfilm (1950)
Mit Howard Duff u. a.
Regie: Joseph Pevney
22.15 Theater-Talk
Mit Michael Degen
22.45 Nachrichten

BAYERN

18.15 Bilderbogen der Abendschau
18.45 Rundschau
19.00 Bayern-Kini '84
19.45 „Der nächste, bitte!"
20.15 „Sketchup"
20.45 Zeitspiegel
21.30 Rundschau
21.45 Europäische Radio-Party
22.15 Die Schrecken des Krieges
23.10 Z. E. N.
23.15 Die Frau und ihr Pferd
0.00 Rundschau
0.05 News of the Week

Seltsame Leserbriefe

J.G.G. – Eine ehemalige Angehörige der polnischen Heimatarmee erfuhr aus der Zeitschrift „Stolica", daß ihr ein hoher polnischer Orden verliehen worden sei. Das mag angehen. Auch bei uns erfährt mancher aus der Zeitung, was er eigentlich schon längst wissen müßte. Doch das Seltsame in diesem Fall war, daß die Zeitschrift auch ausführlich von der Ordensverleihung an jene Dame zu berichten wußte.

Die Rede ist von der Schriftstellerin Joanna Kulm. Aus der Rundfunkzeitschrift „Atena" konnte sie weitere Einzelheiten über die Ordensfeier entnehmen, von der sie bis dato keine Ahnung gehabt hatte. Der Vorgang ist typisch. Auch sonst wissen Polens Intellektuelle neuerdings von seltsamen Heinzelmanniaden zu erzählen. Da erscheinen Buchkritiken von ihnen, die sie nie geschrieben haben, da werden Leserbriefe unter ihrem Namen veröffentlicht, obwohl keine Zeile von ihnen stammt; wirkliche Leserbriefe werden dagegen unterdrückt.

Deshalb ist es schon etwas Besonderes, daß der Krakauer „Tygodnik Powszechne" jetzt jenen Brief von Joanna Kulm aufnahm, worin sie mitteilte, daß ihre Gedichte gegen ihr Einverständnis gesendet worden seien und sie den Orden dafür abgelehnt habe. Außerdem, so heißt es in dem sensationellen Brief, seien ihre Verse „präpariert" worden.

„Präpariert" bedeutet in diesem und auch in anderen Fällen, daß sie zu Hymnen auf das Regime des Generals mit der Sonnenbrille verfälscht wurden. Das war bis Ende der fünfziger Jahre allgemein üblich. Später schaffte man diese Bräuche ab. Offenbar aber heißt „Tradition" (ein Wort, das der General liebt) Rückkehr zu den alten (stalinistischen) Gewohnheiten. Tu unfelix Polonia!

Sonderheft der „Kultura": Polen und Deutsche

Schicksalsgemeinschaft?

Um Polen ist es stiller geworden, in Polen ruhiger, was freilich kein Grund für deutsche Spießbürger ist, die Zipfelmützen beruhigt festzuzurren und zur Tagesordnung überzugehen. Polnische Ruhepausen, wir wissen es, waren immer nur Ruhepausen vor neuen Stürmen und deshalb nie identisch mit jener Friedhofsruhe, um die es einigen Neo-Metternichen in Ost- und Westeuropa gleichermaßen geht.

Daß es in Polen zu keinem Zeitpunkt zu einem endgültigen Abschied von demokratischen Werten und emanzipatorischen Leidenschaften gekommen ist, hängt wohl in erster Linie mit der Fähigkeit polnischer Dichter und Denker zusammen, gleichsam unerschütterbar von sogenannten Realitäten ein Freiheitsbewußtsein zu kultivieren, das nicht auf theoretischen Kartenhäusern basiert, sondern in den Köpfen von Menschen aller Schichten wurzelt, die konkrete historische Erfahrungen gemacht und sie nie vergessen haben. Diese Tatsache spiegelt auch eine Zeitschrift wider, die seit 1947 existiert und den schlichten, aber zugleich programmatischen Namen „Kultura" trägt: die wohl wichtigste polnische Exilzeitschrift – nicht zuletzt deshalb, weil sie zwar im Ausland, genauer: in einem Vorort von Paris, erarbeitet und produziert wird, aber in Polen das Gros ihrer Leser und Autoren hat.

Es gibt keinen wichtigen Namen der modernen polnischen Publizistik, Dichtung und Philosophie, der in der „Kultura" nicht regelmäßig oder wenigstens hin und wieder aufgetaucht wäre. Und die Männer und Frauen um Chefredakteur Jerzy Giedrovc haben inzwischen nicht nur 440 „Kultura"-Ausgaben verbreitet, hinzu kommen noch 390 Bücher sowie die Vierteljahreszeitschrift „Historische Hefte". Das Charakteristische der Zeitschrift ist nicht der Hang zu Konservierung überkommener Ideale und Hoffnungen, wie sie z. B. gerade die alte polnische Emigration lange Zeit pflegte, sondern eine grundsätzlich nonkonformistische Konzeption, die Offenheit bewirkt und von daher dem provokativen Denkansatz großen Raum gibt.

„Kultura" und ihre Autoren, zu denen Czeslaw Milosz ebenso gehören wie Leszek Kolakowski, Adam Michnik oder Jan Jozef Lipski, haben sich damit viele Feinde in und außerhalb Polens beschert, aber gerade deshalb vor allem auch viel Ehre und Zustimmung bei der Mehrheit der polnischen Intelligenz und interessierten Öffentlichkeit. Die großen polnischen Erhebungen unserer Zeit sind nicht zuletzt auch vom Geist dieser Zeitschrift mitinitiiert und wesentlich vorangetrieben worden.

In diesem Herbst ist nun zum ersten Mal eine Sonderausgabe in deutscher Sprache erschienen, die vor allem Beiträge veröffentlicht, in denen polnische Intellektuelle, unter ihnen Michnik und Lipski, über das Verhältnis zwischen Polen und Deutschland nachdenken. Was hier zum Ausdruck kommt, ist für uns höchst bedenkenswert: ein aufrichtiger Versuch nämlich, miteinander vor allem und zunächst einmal *geistig* ins reine zu kommen und eben nicht nur auf der Ebene der Administrationen Verträge zu schließen, die oft genug doch nur Unfreiheit zementieren. Die offiziell üblichen Revanchismusvorwürfe kann man in diesen Aufsätzen deshalb nicht finden, wohl aber z. B. Bestürzung über Äußerungen führender Sozialdemokraten nach dem 13. Dezember 1981.

Die Autoren der „Kultura" sehen ihre eigene nationale Freiheits- und die deutsche Wiedervereinigungsfrage als *ein* Problem, das beide Völker zum ersten Mal in eine historische Schicksalsgemeinschaft zwingt. Es ist erfrischend, daß uns das von Menschen eines Volkes gesagt wird, das oft bittere Erfahrungen beim Umgang mit den Deutschen machen mußte. Aber Freiheit ist für dieses Volk eben kein leerer Wahn, sondern realpolitisches Ziel. Allen Realitäten zum Trotz.

ULRICH SCHACHT

Das Leipziger Gewandhausorchester in West-Berlin

Auf Scharouns Terrasse

Allen Westberlinern, denen es Schwierigkeiten macht (oder denen Schwierigkeiten gemacht werden), Konzerte in Ost-Berlins neueröffnetem Schauspielhaus am ehemaligen Gendarmenmarkt zu hören, in dem zur Zeit eine imponierende internationale Orchesterparade vorbeidefiliert, kam es zupaß, daß wenigstens das Leipziger Gewandhausorchester im Anschluß an sein Ostberliner Auftreten über den eigenen Schatten sprang, der da Mauer heißt, und wieder einmal in West-Berlins Philharmonie konzertierte.

In diesem Fall bekam sogar nicht nur Gewandhauskapellmeister Kurt Masur die Ausreisegenehmigung (ohne ihn wäre es ja auch schwerlich gegangen), sondern auch der neunundvierzigjährige Komponist Georg Katzer, dessen „Sound-House" im Mittelpunkt des Konzertes stand.

Katzers annähernd fünfundzwanzigminütiges Stück scheint der Berliner Philharmonie geradezu auf den Leib geschrieben. Es übt sich in antiphonen Wirkungen von Orchestergruppen, die auf Scharouns Beton-Terrassen und Balkonen von hoch oben herabspielen und ihre Klänge mit dem Hauptcorpus der Musiker auf dem Podium mischen.

Diesen speziellen Reiz kann man natürlich auch daheim im neuerbauten Gewandhaus kosten, das ja auf dem ersten Blick der Westberliner Philharmonie nachgebaut scheint. Nur heißt West-Berlin in Leipzig zur Zeit noch Rotterdam. Auch dort steht ein vergleichbar klippenreiches Konzerthaus.

Katzers Komposition läßt sich von einem Text Francis Bacons inspirieren, der 1624 die Musik der Zukunft visiert: eine Welt voller Klanghäuser, in denen tatsächlich für das 17. Jahrhundert schwer nur zu Imagierendes geschieht, eine freie, stark gefächerte und bereicherte Klangerzeugung. Und sicherlich hätte dem alten Bacon Katzers Musik sehr imponiert.

Den Ohren des 20. Jahrhunderts dagegen will freilich Bacons utopische Musik in Katzers Niederschrift gar nicht mehr sonderlich zukunftweisend erscheinen. Sie mischt avancierte Kompositionstechniken auf eher vertraute, auch schon ein bißchen abgestandene Art. Sie treibt großen Aufwand und läßt am Ende in den statischen Klang noch einmal Bacons Botschaft auf deutsch und englisch vom Tonband verkünden.

Kurt Masur, wie immer taktstocklos, knetete das Werk mit nackten Händen vortrefflich heraus und wurde von seinem Orchester glänzend dabei unterstützt. Vor allem trugen die Leipziger nach der Pause Beethovens 5. Sinfonie so schön, hoheitsvoll und leidenschaftsstark vor, wie man das Stück lange nicht mehr zu hören bekam.

Das Gewandhausorchester, zeitweilig künstlerisch durchhängend, hat sich offensichtlich kräftig verjüngt und zu seiner alten glanzvollen Form zurückgefunden. Die Streichergruppen verbreiten warmen, sonoren Glanz, jenen alt-europäischen Klang musikalischer Beseeltheit, wie ihn in dieser Qualität nur die Wiener und Berliner Philharmoniker, die Staatskapelle in Dresden üben.

Glänzend sind die ersten Pulte der Flöten und Oboen besetzt. Ein junger erster Hornist macht immer wieder aufhorchen. Gediegenheit und Größe weiß Masur mit der c-Moll-Sinfonie seinem Orchester zu entwinden: den alten Sehnsuchtston urdeutscher Tradition. (Das Leipziger Gewandhausorchester unter Kurt Masur gastiert in der Bundesrepublik am 22. 10. in Bremen, 23. Hamburg, 24. Bielefeld, 25. Witten, 26. Leverkusen, 28. Aachen, 29. Bonn, 30. Frankfurt, 31. Wiesbaden.)

KLAUS GEITEL

Zukunftsängste – Der Germanistentag in Passau

Die Rückkehr der Krawattenträger

„Forschung, Stand und Perspektiven" – das Thema des Deutschen Germanistentags, der jetzt in Passau stattfand, demonstrierte zugleich Realitätssinn und Zukunftsblick. Beides überrascht in einem Fach, das zu spekulativem Überschuß neigt und gegenwärtig keine Perspektiven kennt: Da ist das böse Wort von der „Wegwerfwissenschaft", weil keiner mehr Bücher liest und Lehrer braucht.

Eingerahmt von blühenden Lorbeerbäumchen, bemühte sich Eberhard Lämmert (Berlin) in seinem Eröffnungsvortrag um die verwelkte Reputation des Fachs. Er beschwor dessen Gloriole geistiger Freiheit und nationaler Identifikation in romantisch-napoleonischer Zeit, nannte aber auch den Sündenfall der Philologien, als sie um 1810 die Lehrerbildung an sich zogen. Damit sei ihre Einheit in Haupt- und Orchideenfächer zerbrochen und ihre Unabhängigkeit an die staatlichen Kulturbürokratien verlorengegangen. Daher die heutige Krise: Die Unterschätzung der „kleinen Fächer", die am Schulbetrieb ausgerichteten Fächergrenzen, die bürokratischen Normierungen und der ruinöse Stellenabbau. Lämmert empfahl einen New Deal der Philologien: Sonderforschung in den zukunftsträchtigen Medien und Computer-Technologien, Kulturtransfer in die Naturwissenschaften, Entgrenzung der Fachphilologien. Remeduren. Wurden sie von den 800 Germanisten in Passau angenommen?

Gewiß, das Fach scheint neue Terrains zu entdecken, aber es sind Wiederentdeckungen. So etwa die Divisionswissenschaft. Kehrt mit ihr die Germanistik zum Positivismus zurück? Keineswegs. Das Plädoyer von Hans Zeller (Freiburg/Schweiz) für eine „historische Edition" fordert nicht nur Lachmannsche Textgenauigkeit, sondern auch Mut zur Sinnoffenheit, wenn sich Textfehler nicht als eindeutige Irrtümer erweisen. Im Aushalten solcher Offenheit zeigen sich Einsichten, die nicht dem Historismus, sondern der gegenwärtigen Hermeneutik entstammen.

In der Tat: Die inzwischen verinnerlichten Theorien um das geschichtlich bestimmte, von Offenheit gekennzeichnete Verhältnis zwischen Text und Leser wurden auf diesem Kongreß nicht wie anderswo weiterdiskutiert, sondern methodisch angewandt. Das reichte von Karlheinz Fingerhuts (Ludwigsburg) geschickter Vermittlung zwischen Pädagogik und Literaturgeschichte bis zur Diskussion um die Monographie – auch sie lange unbeachtet und nun in einer eigenen Sektion zu neuen Ehren gekommen. Wie sie, die vereinzelte Gegenstände als in sich geschlossene Ganzheiten vorstellt, dem historischen Zusammenhangs- und Offenheitsdenken angepaßt werden könnte, zeigte Peter Pütz (Bonn) mit Nietzsches Perfektivismusbegriff: Perspektivische Erkenntnisansätze schützen vor der Verabsolutierung des einzelnen, summieren sich aber auch zu angenäherter Ganzheit.

Kein Zweifel, in Passau wurden Relikte der Zunft entstaubt, theoretisch aufgemöbelt und zu neuem Glanz gebracht. So auch die Interpretation. 1968 von der Literatursoziologie auf den Dachboden der Germanistik verbannt, ist sie heute Glanzstück der Wissenschaftsverlage.

In einer geistvollen Tour d'horizon durchstreifte Heinz Schlaffer (Stuttgart) gemeinsam mit Kurt Wölfel (Bonn) die Geschichte der Interpretation – von Herbers Befreiung der Bibel aus dem Zwangskorsett exegetischer Allegorese bis zu Emil Staigers Mörike-Deutung; deren Mängel seien deutlich, aber ebenso das genuin aufklärerische Ideal der Interpretation: das Gespräch mit dem Werk, nicht sein Totschlag: „Werke sind unsterblich!" Da stand der marmorne Satz, niemand errötete, niemand protestierte. Wer hätte das vor kurzem noch gedacht! Freilich, die „Wende" wird mit Posen der Melancholie bezahlt. Da will man noch einmal von vorne anfangen, beschwört „Einheit, Ganzheit, Individualität" (Wölfel) und weiß doch, daß die theorielose Interpretation in den Theoriewellen der Rezeptionsästhetik und des Poststrukturalismus ihre Unschuld verloren hat.

Gegen solche Nostalgie blieb einzig Friedrich Kittler (Freiburg) gefeit. Er folgte auf seine Art Lämmerts futurischem Fingerzeig zur Computer-Technologie. Denkmodelle aus der Datenverarbeitung verband er mit Foucaults Historik der Wissensinstitutionen und demonstrierte am „Heinrich von Ofterdingen" die „Machteffekte", die Literatur als bestimmte Form der Sprachmaterie und als Wissensinstitution habe. Interessant vielleicht – doch ein exzentrischer Totschlag an der Literatur, um mit Schlaffer zu sprechen. So blieb denn auch das Publikum stumm. Es war nicht nur der Computer-Terminologie unkundig, es wollte in diesem Zusammenhang auch nichts von ihr wissen.

Dasselbe Bild in der Mediävistik. Nicht, wie zu erwarten, die französische „Diskursanalyse", sondern die französische „Mentalitätsforschung", die Erkundung verborgener, die Texte konstituierender Gefühle, applizierte Ursula Peters (Konstanz) auf Liebeslyrik und Nonnenliteratur. Und nicht, wie heute zu erwarten, Lacams strukturale, sondern Freuds symbolisch-literaturverträgliche Psychoanalyse wandte Wolfgang Beutin (Hamburg) auf die mittelalterliche Literatur an.

So besann sich hier die Germanistik wieder auf die Philologie. Zumeist nüchterne Krawattenträger kühlten theoretische Überhitzungen in methodischen Applikationen, Ideologiekritik blieb im Hintergrund, „Politisches" wurde gemieden – deshalb kamen die Politiker: Peter Glotz verwarf den Mythos in der Politikersprache als Feind des Dialogs, als Ausdruck der Statik, als Nominalismus, der kein Argument erlaube. Heiner Geißler dagegen verwies auf die Unausweichlichkeit des Mythos im politischen Alltag, der zu griffigen Slogans zwinge, um auf dem Medienmarkt gehört zu werden. Moderate Diskussion.

Gegen Ende wurde die Tagung wieder von der Depression des Beginns eingeholt. Unter dem Thema „Germanisten ohne Beruf? Wissenschaftler ohne Zukunft?" referierten Vertreter der Bundesanstalt für Arbeit, beruflicher Interessenverbände und der Studienreformkommission über die trostlose Berufssituation junger Germanisten. Mit 340 entlassenen Hochschullehrern, 65 000 arbeitslosen Lehrern sowie der Prognose des weiteren Zahlenanstiegs in den nächsten 15 Jahren sei die Zeit für Sonntagsreden vorbei.

Der Staat wurde daran erinnert, daß die Germanistik nicht nur etwas mit Lehrern zu tun habe, sondern auch der kulturellen Identität der Nation diene; die aber koste ihren Preis. In Passau erschrak die Germanistik und fragte nach ihrer Zukunft; es wäre ihr zu wünschen, daß der Schrecken produktiv wird. In den 90 Vorträgen war davon noch nichts zu spüren. Abgeklärter Realismus, methodische Bewußtheit und reflektorisches Niveau bestimmten zumeist die Tagung – zukunftsweisende Denkmuster und wissenschaftstheoretische Visionen blieben aus. Ist die Germanistik in die Jahre gekommen?

THEO ELM



Tragische Perversion des Menschen in einer Welt zerfetzter Reize: Harald Duwes Collage „Ulrikes Kindheit" (1967/71) FOTO: KATALOG

Jahresausstellung des Deutschen Künstlerbundes

Vor dem falschen Mond

Thomas Grochowiak versucht es diesmal mit Vorwärtsverteidigung. Im Katalog zur 32. Jahresausstellung des Deutschen Künstlerbundes in Frankfurt spricht er von vornherein den Medien die Schuld daran zu, daß seiner Organisation auch diesmal wieder nichts dazu eingefallen ist, dem Gemischtwaren-Laden ein Gesicht zu geben. Grochowiak wendet sich gegen das „Hochspielen einseitiger Tendenzen" und plädiert für die „zweifellos existierende Vielfalt".

Gut gebrüllt, Löwe. Aber zweifellos in der falschen Nacht vor dem falschen Mond. Was man den Ausstellungen des Deutschen Künstlerbundes seit Jahren vorwirft, ist doch nicht die Betonung der Vielfalt. Es ist – und das trifft leider auch wieder auf die Frankfurter Präsentation zu – die absolute Konzeptlosigkeit, die ewige Redundanz des Epigonalen, die messehafte Massenansammlung der „real existierenden" deutschen Kunst, wobei man noch einschränkend hinzufügen muß, daß viele deutsche Spitzenkünstler schon längst nicht mehr teilnehmen.

Man hört, die Jury habe 1100 Arbeiten von 519 Künstlern gesichtet und am Ende 375 Arbeiten von 252 Künstlern ausgewählt. Nach welchen Kriterien man dabei verfahren ist, kann der Marathonlauf durch die vier Frankfurter Ausstellungsorte – Paulskirche, Kunstverein, Historisches Museum und Leinwandhaus – nicht erhellen. Wie schlecht muß denn, so fragt man sich vor so mancher gnädig angenommener Arbeit, das gewesen sein, was die Jury aussortiert hat?

Immerhin, die Monumentalschau gibt lehrreichen Anschauungsunterricht. Auch 1984 wird in der Bundesrepublik noch so ziemlich jede Mode, die nach dem Kriege aufkam, weiterverfolgt. Vom Konstruktivismus bis zum sozialkritischen Realismus, vom Tachismus bis zum Minimalismus, von Op-Art bis zu neuer Wildheit – nennt man das eigentlich „Vielfalt"? Es war zu einer bestimmten Zeit in einer bestimmten Situation einmal eine erregende Tat, ein monochromes Bild zu malen. Wer heute immer noch monochrom malt, muß sich allerdings fragen lassen, ob ihm sonst wohl nichts einfällt. Gerade an solchem Epigonentum läßt sich ein Charakteristikum so mancher Kunstentwicklung des 20. Jahrhunderts ablesen: Vieles lebt von der Idee, Breschen in das erstarrte Bewußtsein zu schlagen. Aber wenn die Tür auf ist, muß man sich eine andere suchen.

Diese schmale Basis der künstlerischen Arbeit ist auch so manchem namhaften Vertreter der Szene zum Verhängnis geworden. Zum Beispiel dem Bildhauer Friedrich Gräsel. Als er vor Jahren seine Röhrenplastiken kreierte, mochte man fasziniert sein. Das Industrieprodukt Röhre wurde ästhetisch in einen neuen Bedeutungszusammenhang gestellt. Das genormte Volumen, die sich wiederholende Paßform, das monotone, endlos verlaufende Formprinzip wurde von Gräsel in lebendigen Biegungen, Brechungen, Stauchungen, Verdichtungen als Variante des Plastischen schlechthin vorgeführt. Aber die genormte Grundform läßt nur eine begrenzte Zahl von Varianten zu. Dann wird es selbst Norm und Redundanz.

Oder die konstruktiven Tendenzen. Mit wieviel intellektuellem Aufwand wurden von unzähligen Künstlern die Beziehungen von linearen Verläufen, von Flächen, von Raumillusionen oder Farbkonstellationen untersucht. Und dann sieht man in Frankfurt etwa eine Arbeit von Attila Kovács, genannt „transitives Metaquadrat". Eine Art Kreuzworträtsel, zum Kunstwerk erhoben.

Oder auch geradezu tragische Abstiege. Der greise Rupprecht Geiger zum Beispiel. Geradezu peinlich die hilflosen minimalistischen Farbflächen. Wer da je die beispielgebenden Amerikaner gesehen hat, muß traurig eingestehen: Geiger hat sich verrannt. Seine frühere Bildkraft ist zur Masche erstarrt. Oder auch Hann Trier, der nach dem Kriege zur Avantgarde zählte. Heute malt er tachistisch gewachsene Kreuze und ist vom Kitsch bestenfalls noch Millimeter entfernt.

Natürlich gibt es auch Gegenbeispiele. Da waren Ansatz und Phantasie von vornherein weiter geöffnet. Der erst unlängst verstorbene Harald Duwe etwa, von dem in Frankfurt „Ulrikes Kindheit" gezeigt wird: tragische Perversion des Menschen in einer Welt zerfetzter und zerfetzender Reize. Oder Jürgen Klaukes Stilleben „Auf leisen Sohlen": Brechung der Ausdrucksmedien, Maskeraden, Ironisierung des beliebig Transformierbaren. Das ist eher „Vielfalt", nicht das Sammeln beengter Einzelheiten. (Bis 15. November, Katalog 24 Mark)

LOTHAR SCHMIDT-MÜHLISCH

Berge und Wasser, wie hier in einem Gemälde von Lu Yan-shao, sind in der chinesischen Malerei ständig wiederkehrende Synonyme für die Landschaft in allen Variationen. Aus der Stuttgarter Ausstellung FOTO: KATALOG

Stuttgarter Ausstellung: „Klassische chinesische Malerei der Gegenwart"

Grüße aus dem vollen bunten Garten

Ein chinesischer Gastwirt aus *Stuttgart, der einst vor Chinas* Kommunisten aus Schanghai geflohen war, konnte seine Rührung nicht verbergen: „Ja, das ist echte chinesische Malerei. Die schändliche Kulturrevolution scheint endgültig vorbei zu sein." Dieses Lob galt der Ausstellung „Klassische chinesische Malerei der Gegenwart", die jetzt in Stuttgart im „Institut für Auslandsbeziehungen" eröffnet wurde. In der Tat: Für Kenner und Freunde der jahrtausendealten chinesischen Malerei bietet sich auf hundert Rollbildern dem Auge Vertrautes und Angenehmes. Keine maschinengewehrschwenkenden revolutionären „Damen" mit „roten Laternen" und blitzenden Kampfesaugen schauen auf das Publikum herab. Es bleibt vielmehr beim traditionellen „shanshui". Die beiden Begriffe „Berge" und „Wasser" sind die Synonyme für die Landschaft in allen Variationen. Stilleben, Tiere, vor allem Vögel und Fische, Insekten, Pflanzen und Gemüse in zum Teil herrlichen Farbkombinationen lassen die schwungvollen Pinselstriche ahnen, mit denen diese Bilder nach jahrelanger Übung, oft in Sekundenschnelle, gemalt worden sind.

Das Alter der fünf repräsentativen und zugleich bekanntesten Maler, die in Stuttgart ausstellen, macht jedoch nachdenklich: der jüngste, Lu Kunfeng, ist bereits fünfzig Jahre alt. Die anderen zum Teil weit darüber, der älteste, Zhu Qi-zhan, ist sogar Jahrgang 1892, d. h. er weist das fast biblische Alter von 92 Jahren auf. Dazwischen liegen Wang Ge-yi (88), Lu Yan-shao (75) und Tang Yun (74). Das ist ein Indiz dafür, daß es als Folge der „Kulturrevolution" (1966–1976) nur wenig Nachwuchs für die traditionsreiche – und deshalb damals als „reaktionär" verurteilte – klassische Malerei gibt. Denn alle fünf Maler haben bereits im vorrevolutionären und vorkulturrevolutionären China ihre zur Perfektion entwickelte Malkunst entfalten können. Die Bilder stammen allerdings alle aus der Zeit nach dem Tode Mao Zedongs (1976), der gleichzeitig das Ende der „Vierer-Bande" und deren Kulturrevolution einläutete. Zumeist entstanden die fröhlichen, Natur und Umwelt verherrlichenden Bilder sogar vor ein oder zwei Jahren. Auch die Inschriften, zumeist in Gedichtform und Kalligraphie mehr gemalt als geschrieben (im Gegensatz zur abendländischen Malerei ist die chinesische mit der Schreibkunst engstens verbunden, da die chinesischen Schriftzeichen im Grunde genommen stilisierte Bilder, sog. Piktogramme, sind), reflektieren die erst wenige Jahre alte „Liberalisierung" im Bereich der Kunst.

Die hoffnungsvolle Stimmung nach der Kulturrevolution faßt der 86jährige Wang Ge-yi aus Schanghai in dem Vers „Ein voller bunter Garten begrüßt den Frühling" zusammen, gemalt Ende 1982. Oder das eindrucksvolle Bild desselben Malers „Hand des Buddha" mit der Bemerkung: „Eine Handumdrehung bringt den Frühling", gemalt am „Doppel-Neun-Fest" 1982, also am 9. September. Lu Kum feng, der 1978, erst zwei Jahre nach der jegliche Freiheit erstickenden Kulturrevolution das Bild „Edle Orchideen" malte, schrieb darauf: „Wem sonst könnte ich noch vertrauen?" (Bis 18. Nov.; anschließend Bonn, Frankfurt und wahrscheinlich weitere Städte; Katalog: 4 Mark.)

XING-HU KUO

JOURNAL

Aachener Karlsschrein in altem Glanz

dpa, Aachen

Der mittelalterliche Karlsschrein im Aachener Dom, der seit 1215 die Gebeine Karls des Großen birgt und wegen erheblicher Schäden instand gesetzt werden muß, wird in altem Glanz wiedererstrahlen, „ohne daß irgend etwas verfälscht wird." Der „goldene Schrein", der zu den bedeutendsten Werken staufischer Goldschmiedekunst zählt, wird zur Zeit in einer Goldschmiedewerkstatt des Domkreuzgangs konserviert und nicht etwa restauriert, wie das Domkapitel jetzt ausdrücklich betonte. Fehlende Teile werden nicht ergänzt. Die Kosten der 1983 begonnenen Arbeiten, sind auf 900 000 Mark veranschlagt, an denen sich Bund und Land mit je einem Drittel beteiligen, das andere Drittel wird vom Karlsverein und dem Domkapitel aufgebracht.

Die Film-Festspiele von Karthago

dpa, Tunis

Mit dem Erstlingswerk „Akl Houdoud" (Die Grenzen) des syrischen Shauspielers Doureid Laham, ein Film über die Grenzen der arabischen Einheit, ist in Tunis das zehnte Filmfestival von Karthago eröffnet worden. Bis zum 21. Oktober bewerben sich bei diesen Filmtagen, die als wichtigste Filmfestspiele der Dritten Welt gelten, 25 Filme aus 18 arabischen und afrikanischen Ländern um den Preis der „Goldenen Tanit". Der Preis ist nach der Göttin Astarte benannt, die bei den alten Karthagern unter dem punischen Namen Tanit die wichtigste Göttin war.

Deutsch-französischer Kulturmarkt

DW. Mettmann

Den ersten Deutsch-Französischen Kulturmarkt veranstaltet die Stadt Mettmann in Zusammenarbeit mit dem Institut Français in Düsseldorf vom 9. bis zum 11. November 1984. Das Projekt soll den Austausch von Kunst und Kultur zwischen Frankreich und der Bundesrepublik Deutschland fördern.

Der Wald als Thema der Kunst

DW. Regensburg

Der „Wald" ist das Thema einer Kunstausstellung der Ostdeutschen Galerie in Regensburg. Gezeigt werden Gemälde und Skulpturen zeitgenössischer Künstler, die sich auf vielfältige Weise mit der Natur beschäftigen. Die Ausstellung ist bis zum 11. Nov. zu sehen, der Katalog kostet 9 Mark.

Leones Film „Spiel mir das Lied von Amerika"

DW. Bonn

New York steht im Mittelpunkt von Sergio Leones neuem Film „Es war einmal in Amerika", der bei den Filmfestspielen von Cannes seine Uraufführung erlebte (s. WELT vom 22. Mai 84), inzwischen auf einigen anderen internationalen Festivals ebenfalls viel Ruhm erntete und jetzt auch in unseren Kinos angelaufen ist. Mit dieser grandiosen Gangsterballade, an der Leone zehn Jahre lang gearbeitet hat, schließt der Regisseur seine große Amerika-Trilogie ab, die er mit „Spiel mir das Lied vom Tod" begonnen und mit „Todesmelodie" fortgesetzt hatte. Leones Film, ein Spiel mit raffinierten Rückblenden und einem Robert De Niro von seltener Wandlungskraft, besitzt alle Zutaten, ein Publikumsrenner zu werden.



Robert De Niro FOTO: JUGENDFILM

Martin Ryle tot

AP. Cambridge

Der britische Physiker und Nobelpreisträger Sir Martin Ryle ist im Alter von 66 Jahren in Cambridge gestorben. Ryle galt als Pionier auf dem Gebiet der Radio-Astrophysik. Im Jahre 1974 war ihm zusammen mit seinem Landsmann und Mitarbeiter Anthony Hewish der Nobelpreis für Physik verliehen worden. In der Verleihungsurkunde hieß es damals, beider Arbeiten auf dem Gebiet der Radio-Astrophysik könnten von großer Bedeutung bei der Suche nach fremden Intelligenzen im Weltraum sein.

Sitzt der Kapitän demnächst an Land?

Die Schiffahrt ohne Crew an Bord ist theoretisch möglich

HELMUT VOSS, London

Über einen Vorfall, der sich am 15. Januar dieses Jahres bei Dunbar am Südausgang des schottischen Firth of Forth ereignete, reden die „Oldtimer" von der schottischen Küstenwache noch heute. Mit laufenden Maschinen und eingeschalteten Positionslichtern – aber ohne einen einzigen Menschen an Bord – tauchte damals aus der Dunkelheit das holländische Küstenmotorschiff „Pergo" auf und lief an der felsigen Küste auf Grund.

Das 745 BRT große Schiff, das am nächsten Tag von selbst wieder flott und dann von schottischen Fischern abgeschleppt und geborgen wurde, war von seinem Autopiloten aus der Gegend des 320 Kilometer entfernten norwegischen Ekofisk-Ölfeldes quer durch die Nordsee gesteuert worden. Seine fünfköpfige Besatzung war zuvor von einem Hubschrauber geborgen worden, nachdem bei einem schweren Sturm riesige Wellen über Deck gebrochen waren und der Kapitän einen Notruf abgesetzt hatte.

Die zweitägige Geisterfahrt der „Pergo", die sich mit 900 Tonnen Kunstdünger auf dem Wege von Schweden nach Schottland befunden hatte, erwies sich als ein ungewollter Vorgriff auf die unbemannte Hochseeschiffahrt der Zukunft. Die Zeit ist nicht mehr allzufern, so prognostizieren Schiffahrtsexperten, daß beispielsweise Großtanker Tausende von Seemeilen ohne auch nur einen einzigen Mann Besatzung an Bord sicher zurücklegen könnten: Nur in Küstengewässern würden sie von einer Mini-Crew gesteuert werden, die per Hubschrauber von Bord geholt beziehungsweise wieder an Bord gebracht würde.

Verantwortlich für diese Entwicklung sind eine Reihe von technischen Neuerungen und der Wunsch der Reeder nach Einsparungen bei Gehältern und Treibstoffverbrauch. Die „Seefahrt ohne Seeleute" würde sich auf drei Systeme stützen:

- Das erste ist der schon heute in die meisten Schiffe über 300 BRT eingebaute Autopilot. Die modernste, computerisierte Version des Gerätes ermöglicht die sogenannte „Hands-off-Navigation" (Steuerung ohne Hände): Der mit Daten über Schiffs-Charakteristika, Wetter und andere wichtige Faktoren gefütterte Autopilot bestimmt Position und Kurs, geht Radarwache und bewegt das Schiffsruder durch Aktivierung oder Unterbrechung eines Stromkreises.
- Der zweite Bestandteil ist eine Kombination von äußeren Navigationshilfen, „Navaids" genannt, die dem Autopiloten bei der Errechnung des bestmöglichen Kurses helfen. Dazu gehören das Omega-System der US-Küstenwache, das mit Hilfe einer Serie von Niederfrequenzen (10 bis 13 kHz) Funkfeuern von Norwegen bis Argentinien und La Réunion bis Japan einen weltweiten Positionsbestimmungsservice bietet. Dazu gehören auch fortschrittliche Satelliten-Navigationssysteme wie das vorhandene Transit-System und das zur Zeit in Vorbereitung befindliche globale Positionsbestimmungssystem (GPS) der US-Luftwaffe.
- Der dritte Bestandteil eines unbemannten Schiffsverkehrs ist der ungestörte Austausch von Daten zwischen einer Kontrollstelle an Land und dem Autopiloten. Die japanische Sanko-Reederei experimentiert beispielsweise bereits seit zwei Jahren mit einem System, das ihr laufend Auskunft über die Position ihres zwischen Japan und dem Persischen Golf pendelnden Supertankers „World Progress" (241 000 BRT) gibt.

Das japanische Verkehrsministerium geht noch weiter und möchte, daß Werften bereits heute Neubauten mit Monitor- und Kontrollsystemen ausrüsten, die von Land aus operiert werden können. Viele Schiffe sind bereits für den vollautomatischen Betrieb eingerichtet.

Experten in England wagen bisher noch nicht vorauszusagen, wann zum erstenmal ein Schiff ohne einen einzigen Menschen an Bord verkehren wird. William Szupnar, einer der führenden britischen Schiffsingenieure, hält „Hands-off"-Fahrten zwar für realisierbar, bezweifelt aber, ob dies wirklich wünschenswert sei. Das Fachblatt „New Scientist" glaubt zumindest Lotsen Hoffnung machen zu können: „Bisher hat niemand ernsthaft vorausgesagt, daß eines Tages auch der Lotse abgeschafft werden könnte." (SAD)

Nach dem Coup von Mainz wird das Marihuana knapp.

Kripo fiel ganzer Rauschgift-Container in die Hände

DW. Wiesbaden/Berlin

Dem Bundeskriminalamt und dem rheinland-pfälzischen Landeskriminalamt ist ein bedeutender Schlag gegen den Rauschgifthandel gelungen. Wie erst jetzt bekannt wurde, wurde bereits am 13. Oktober im Mainzer Rheinhafen ein Container mit 2500 Kilogramm Marihuana sichergestellt. Ein Sprecher nannte es „die größte Menge Marihuana, die jemals in Deutschland beschlagnahmt wurde". Ein 60jähriger Holländer und ein 23 Jahre alter Kolumbianer wurden als Tatverdächtige festgenommen. Der Haftrichter hat inzwischen Haftbefehl erlassen.

Der Container soll per Schiff aus Kolumbien in die Niederlande gebracht worden sein, von wo aus er dann mit einem Lastwagen nach Mainz weitergeleitet wurde. Das Rauschgift war in 123 Ballen zu jeweils 20 Kilogramm abgepackt und im Container hinter Strohballen versteckt worden. Es war als Handarbeitsmaterial für die Herstellung von Bürsten, Besen und Matten deklariert worden.

Bei dem beschlagnahmten Marihuana handelt es sich um „Rauschgift erster Qualität", das bei einem Großhandelspreis von 3000 bis 7000 Mark je Kilogramm zwischen 7,5 und 17,5 Millionen Mark wert ist. Im Einzelhandel werden dafür aber noch weit höhere Preise erzielt. Es ist im übrigen das erste Mal, daß Fahndern ein größerer Schlag gegen Marihuana aus Südamerika gelungen ist.

Die Behörden rechnen nach diesem Erfolg mit einer Verknappung auf dem Drogenmarkt und infolgedessen mit einem spürbaren Preisanstieg. Unklar ist noch, in welche Kanäle das Rauschgift fließen sollte.

1983 hat es nach einer Untersuchung des Bundes Deutscher Kriminalbeamter (BDK) in Deutschland 472 Drogentote gegeben, 89 Opfer mehr als im Jahr zuvor. Ein Indiz für die Verschärfung auf dem Rauschgiftsektor nannte der BDK-Vorsitzende, Ingo Herrmann, insbesondere die Zunahme des Kokain-Konsums. Insgesamt habe sich die Zahl der Rauschgiftdelikte 1983 um 1,2 Prozent auf 63 742 Fälle erhöht. Damit sei nach der sprunghaften Entwicklung zwischen den Jahren 1973 und 1979 eine „relative Beruhigung auf hohem Niveau" eingetreten. Bei 40 072 Fällen handele es sich um allgemeine Verstöße gegen das Betäubungsmittelgesetz, bei 23 670 Fällen um illegalen Handel und Schmuggel. Insgesamt wurden 1983 260 Kilogramm Heroin ('82: 202), 106 Kilogramm Kokain (23) und 4606 Kilogramm Marihuana (3155) beschlagnahmt.







Als Pfeiferauchen hoffähig wurde: Tabakskollegium König Friedrich Wilhelms I. von Preußen (links) und: Der Pfeifenraucher als Philosoph (rechts). FOTOS: BILDARCHIV PREUSSISCHER KULTURBESITZ

Warum ein Minister so viel von Pfeifen hält

RUDOLF ZEWELL, Bonn

Die Seneca-Indianer waren praktische Menschen. Sie hatten ein Gerät, das gleichzeitig Tomahawk und Kalumet war. Auch heute bringt so mancher mit der Friedenspfeife gleich das Kriegsbeil mit. Das gilt vor allem für Politiker, die Meister des blauen Dunstes. Einer, dem man diesen Stempel nicht aufdrücken kann, wurde gestern in Bonn zum „Pfeifenraucher des Jahres" gekürt: Norbert Blüm, Bundesminister für Arbeit und Soziales, der nach eigener Einschätzung zu den „kryptomanen Pfeifenrauchern" gehört, zu den „Feierabend-Paffern". In seiner Dankesrede sang Blüm das Loblied auf das „Stabilisationsaggregat" Pfeife, mit der er abends aufgestauten Dampf ablassen könne.

Viel Aufhebens um ein kleines Stück Holz, wird mancher sagen. Qualm ist Qualm. Tabak ist's allemal, ob grob oder fein geschnitten. So hält der Nichtraucher es denn auch mit den Zeilen jenes mißgünstigen Moralisten des 17. Jahrhunderts: „Kan aber doch sein Hasenhirn / Mit dem Taback nicht rein curirn / Sondern braucht seinen Tabackdunst / Andern zur beschwerd / und ihm umbsunst".

Das waren finstere Zeiten für die „Taback-Trinker", wie sie damals hießen. Eine Minderheit sind sie zwar auch heute wieder, doch damals, Anno Tobak, ging es ihnen an den Kragen. Papst Urban VIII. erließ eine Bulle gegen den Tabak, den Abenteurer, Spitzbuben und ehrliche Seeleute im Gefolge der großen Entdecker aus der Neuen Welt mitgebracht hatten.

Und auch der Staat mischte bald auf



Pfeifenraucher des Jahres: Norbert Blüm FOTO: SCHULZE-VORBERG

seine Art mit: mit der Erhebung einer Sondersteuer (zuerst 1643 in England). In der Türkei wurde den ersten Pfeifenrauchern ihr geliebtes Rauchwerkzeug durch den Kopf gestoßen, und in Rußland schnitt man ihnen – welch schreckliche Rache für den kleinen Genuß – die Nasen ab. Wahrlich starker Tobak.

In Deutschland verfuhr man humaner. Zwar predigten Theologen eifernd gegen den „höllischen" Rauch, doch konnte dies nicht verhindern, daß es unter den Landsknechten des 30jährigen Krieges bald zum guten Ton gehörte, im Tabaksqualm die Fährnisse des Soldatendaseins zu vergessen. Und hundert Jahre später schon erhielt die Pfeife ihre gleichsam allerhöchsten Weihen: im Tabakskollegium Friedrich Wilhelms I., der derb-geselligen Freundesrunde des preußischen „Soldatenkönigs".

Der Bann war gebrochen und die Pfeife trat ihren Siegeszug durch ganz Europa an. Im 19. Jahrhundert war sie bereits in aller Munde. Während in der damals osmanisch beherrschten Welt von Bagdad bis Marakesch die Wasserpfeife (Nargileh) und der langrohrige Tschibuk es waren, aus denen der gläubige Muselman den Rauch der Entspannung sog, wurde der Tabak in unseren Breiten vor allem auf Pfeifen aus Ton (holländische Form ohne Abguß) oder auf Köpfen aus dem Holz der Korkeiche, aus Meerschaum oder Porzellan geraucht, letztere meist kunstvoll bemalt, auch mit galanten Szenen. Franz Vicarius war es, dem 1689 eine bahnbrechende Erfindung gelang: die zusammengesetzte, leicht zu reinigende Pfeife. Dient doch Sauberkeit auch beim Pfeifenrauchen allemal dem Genuß.

Porzellan und Ton sind fast vergessen, denn heute hat eine Pfeife aus gutem Holz geschnitzt zu sein, aus dem Wurzelknollen der mediterranen Baumheide Bruyère – ein Name wie Musik in den Ohren jedes Pfeifenrauchers. Und in unserem Jahrhundert erlebte die Pfeife auch den Aufstieg vom biederen Jedermanns-Utensil zum Symbol des mehr oder minder kultivierten, jedenfalls eigenwilligen Mannes (Pfeifenraucherinnen sind eine seltene Spezies). Was kümmert es diesen, daß seinem geliebten Rauchgerät die Zigarette längst den Rang abgelaufen hat, paßt sie doch besser zum Massenmenschen, zur hektischen Betriebsamkeit.

Pfeifen sind etwas für Individualisten, für Genießer. Und Pfeifenraucher gehören auch eher zu den Stillen im Lande. Nicht, weil sie auf den Mund gefallen sind, im Gegenteil, sondern weil sie allzeit bestrebt sind, den Tabak am Glimmen zu halten. Die Pfeife nötigt Ruhe auf, Gelassenheit, Abstand. Wie sagte Friedrich Nowottny in seiner Laudatio auf Norbert Blüm: „Pfeifenraucher sind im Fußvolk der Raucher die souveränsten. Sie haben alles hinter sich."

LEUTE HEUTE

Sparsam

Gegen Ende seiner Wahlkampagne für die Präsidentsschaftswahlen wird der amerikanische Präsident **Ronald Reagan** sparsam. Nach einer Wahlrede in der Universität von Alabama führte der Weg des mächtigsten Mannes der westlichen Welt direkt in das nächstgelegene Fast-Food-Restaurant, wo Reagan einen Hamburger plus Pommes frites und Softeis bestellte. Die 2,46 Dollar für das schnelle Essen beglich der Präsident erst, als die ihn begleitenden Journalisten ihn auf seine Absicht ansprachen, zahlen zu wollen oder nicht.

Fan-Post

Der Alt-Tanzstar weltberühmter Filmmusicals, der Schauspieler **Gene Kelly** (72), ist vom amerikanischen Filminstitut für „außerordentliche Leistungen" in seinem künstlerischen Schaffen mit dem „Life Achievement Award" ausgezeichnet worden. Gene Kelly ist der 13. amerikanische Künstler, dem diese Anerkennung zuteil wird. Unter den bisherigen Preisträgern befinden sich so berühmte Namen wie **John Huston** und **Fred Astaire.** In einem Interview sagte Altstar Kelly auf die Frage nach den Gründen seiner immerwährenden Popularität bei drei Generationen von Filmbesuchern: „Viele der jungen Leute hatten mich bis zu dem Film ‚That's Entertainment II' noch nie tanzen sehen. Dann aber sagten sie, der ist ja verdammt gut. An vielen Colleges wird jetzt nach meinen Filmtanz-Einlagen sogar gelehrt und ich bekomme heute mehr Post von Fans als jemals zuvor."

„Problem Frühstück": So lösen es US-Showstars

SAD, New York

Frühstück – angeblich die gesündeste Mahlzeit des Tages – bereitet dennoch die meisten Schwierigkeiten. Da geht es den Stars kaum anders als Millionen Normalverbrauchern. Eine New Yorker Zeitung hat einmal die Eßgewohnheiten einiger Show-Künstler serviert:

Robert Mitchum, der morgens nie Zeit hat, braucht aber seinen Käse, den er mit Limonade hinunterspült. Sängerin Bette Midler hält es mit saftigen rohen Muscheln. Bei Yul Brynner müssen's Rühreier sein, „braungebraten". Für Komiker Dudley Moore ist „breakfast" die einzige Mahlzeit des Tages: getrocknete Feigen, Papayas, Himbeeren, Honig, Gemüse, Hüttenkäse, Nüsse, ungezukkerte Marmelade, Hühnerfleisch, Fisch. Dazu schwarzen Kaffee.

Tänzer Rudolf Nurejew trinkt zu Käsekuchen drei Tassen Tee aus einem Beutel. Peter O'Toole besteht auf „hot dogs", Ali MacGraw auf Fruchtsaft vor dem Bodenturnen und einem Ei danach.

Die Dallas-Dame Linda Gray schwört auf ihren hausgemachten „Energie-Drink" – eine mit Wasser übergossene Mixtur aus zerhackten Mandeln, Sonnenblumenkernen, Sesam, verrührt mit Feigen.

Woody Allen und Ex-Freundin Diane Keaton sind Frühstücksmuffel – „aus Nervosität". Das verbindet sie noch heute. „Mehr als eine Tasse schwarzen Kaffee kriegen wir frühmorgens einfach nicht runter."

Bewohnte Welt, 50 Lichtjahre entfernt?

AP, Pasadena

Amerikanische Wissenschaftler haben gestern das erste Foto von einem mutmaßlichen jungen Sonnensystem veröffentlicht, das von unserem eigenen System rund 470 Billionen Kilometer (knapp 50 Lichtjahre) entfernt ist und möglicherweise über Planeten verfügt. Die mit Hilfe von Computern entwickelte Aufnahme, die in der Sternwarte des Carnegie-Instituts im chilenischen Las Campanas von den Astronomen Bradford Smith und Richard Terrille über ein 2,5-Meter-Teleskop gewonnen wurde, läßt einen Teilchenschwarm um den Stern Beta Pictoris erkennen. Diese Teilchen könnten bei der Bildung von Planeten in den Weltraum geschleudert worden sein. „Planetenforscher glauben, daß die Entstehung der Erde und unseres Sonnensystems eine sehr normale Erscheinung ist, aber wir hatten nie einen Beweis dafür, daß sich das auch andeswo ereignete", sagte Terrille, der für das Institut für Strahltriebwerke der US-Raumfahrtbehörde (Nasa) in Pasadena arbeitet. „Und wenn man das weiterverfolgt", dann stelle sich auch die Frage nach Leben auf anderen Welten.

Zu spät verarztet

rev. Hannover

Weil er einen Patienten zu lange im Wartezimmer sitzen ließ, muß ein Arzt Verdienstausfall zahlen. Dies entschied gestern das Amtsgericht Burgdorf bei Hannover (AZ: 3 c 204/84) und sprach einem 36jährigen Anzeigenvertreter Verdienstausfall in Höhe von 106,40 Mark zu. Der Patient war zu einem festen Zeitpunkt bestellt worden, hatte aber 90 Minuten warten müssen. Im umgekehrten Fall war im Frühjahr ein Patient aus Schongau in Bayern zur Zahlung von 75 Mark an einen Zahnarzt verurteilt worden, weil der Mann nicht zum festgelegten Termin in der Praxis erschienen war.

99 Hundertjährige

AP, Berlin

Die Zahl der über einhundertjährigen Menschen in Berlin hat sich in den vergangenen zehn Jahren verdreifacht. Während 1974 nur 32 Berliner und Berlinerinnen dieses bibilische Alter erreichten, wurden im Juni '84 99 Berliner gezählt. 80 von ihnen sind Frauen. Mit 105 Jahren sind zwei Frauen auch die ältesten Einwohner der Stadt.

Tatverdächtig

dpa, Flensburg

Zwei aus der Justizvollzugsanstalt Wolfenbüttel (Niedersachsen) entwichene Häftlinge sollen den Raubüberfall auf ein Lokal in Kampen auf Sylt verübt haben, bei dem in der Nacht zum Sonntag ein 24jähriger Koch ums Leben kam: der 36jährige Bernd Illmer und der 23jährige Günter Bachmann. Beide sind bewaffnet.

ZU GUTER LETZT

Aus einem Bericht des Sport-Informationsdienstes (sid) über den deutschen Tennis-Nachwuchsspieler Boris Becker: „Er soll u. a. zwar nicht wie ein Nurejew auf dem Platz herumtanzen, sich aber auf einem Quadratzentimeter fix in alle Richtungen bewegen können."

WETTER: Überwiegend sonnig

Wetterlage: Ein Hoch mit Schwerpunkt über Jugoslawien bestimmt das Wetter im größten Teil Deutschlands. Am Nachmittag greift der Ausläufer des Nordmeertiefs in abgeschwächter Form auf den Nordwesten über.



Vorhersage für Mittwoch:
Morgens verbreitet Nebel oder Hochnebel, nach zögernder Auflösung sonnig. Temperaturen 15 bis 20 Grad. Am Nachmittag im Nordwesten Bewölkungsaufzug und in der Nacht vereinzelt etwas Regen. Tiefsttemperaturen im Norden um 12 Grad, im Süden 8 bis 3 Grad. Im Norden auffrischender Südwestwind, sonst schwach windig.

Weitere Aussichten:
Im Süden freundlich, im Norden unbeständig mit Regenfällen bei stürmisch auffrischenden Winden. Weiterhin mild.

Temperaturen am Dienstag, 13 Uhr:

Berlin	8°	Kairo	28°
Bonn	14°	Kopenh.	12°
Dresden	10°	Las Palmas	24°
Essen	16°	London	14°
Frankfurt	14°	Madrid	18°
Hamburg	13°	Mailand	17°
List/Sylt	13°	Mallorca	21°
München	10°	Moskau	-3°
Stuttgart	9°	Nizza	20°
Algier	24°	Oslo	8°
Amsterdam	14°	Paris	15°
Athen	24°	Prag	10°
Barcelona	22°	Rom	19°
Brüssel	15°	Stockholm	7°
Budapest	14°	Tel Aviv	26°
Bukarest	16°	Tunis	22°
Helsinki	4°	Wien	12°
Istanbul	16°	Zürich	14°

Sonnenaufgang* am Donnerstag: 6.51 Uhr, Untergang: 17.23 Uhr; **Mondaufgang:** 23.18 Uhr, Untergang: 15.17 Uhr
*in MEZ, zentraler Ort Kassel

Mexiko – Leben in verpesteter Luft

In Lateinamerika ist das Umwelt-Bewußtsein trotz hoher Schäden noch unterentwickelt

W. THOMAS, Mexiko-Stadt

An manchen Tagen reicht die Sicht wenige hundert Meter. Die Augen tränen, man hustet, Restaurant-Gäste wischen sich vor dem Essen mit Servietten die Lippen ab. Danach ist die Serviette schwarz.

Mexico City – die Mammut-Metropole mit 17 Millionen Einwohnern – hält einen traurigen Rekord: Sie hat die schlechteste Luftqualität unter den Großstädten der Welt. 130 000 Industriebetriebe, drei Millionen Automobile und 7000 Dieselbusse blasen täglich 11 000 Tonnen Giftstoffe in die Atmosphäre. Die gesundheitlichen Gefahren entsprechen dem Konsum von zwei Packungen Zigaretten pro Tag. Etwa 100 000 Einwohner sterben jedes Jahr an einer Erkrankung der Atemwege.

Die Zerstörung der Umwelt ist nicht nur ein Problem der westlichen Industrienationen. Auch die Entwicklungsländer leiden darunter. In einigen Teilen des lateinamerikanischen Kontinents herrschen noch schlimmere Verhältnisse als in Westeuropa. Paulo Nogueira Neto, der Chef der brasilianischen Umwelt-Behörde, spricht von einer „äußerst alarmierenden Situation".

Er denkt in erster Linie an Cubatão, eine Industriestadt im Bundesstaat São Paulo. Auf den Bergen der Umgebung wächst keine Vegetation mehr. Wie Skelette stehen die abgestorbenen Bäume und Sträucher in der Landschaft. Obgleich der saure Regen die meisten Schäden anrichtet, sehnen sich die 80 000 Einwohner nach Niederschlag: Ohne Regenfälle bildet sich über Cubatão rasch eine stinkende gelb-grüne Giftglocke.

In dem Bergbaugebiet des Nachbarstaates Santa Catarina greift die giftige Luft die Farbe der Wände und die Vorhänge an. 80 Prozent der Krankenhaus-Patienten in Criciuma leiden an Umwelt-Krankheiten.

Das chilenische Cubatão heißt Ventanas, eine nördlich von Santiago gelegene Industriestadt. Eine Kupfer-Schmelzanlage und Generatoren, mit Kohle betrieben, verseuchen die Region. Drahtzäune halten nur zwei Jahre. Ernteerträge gehen ein; wenn es regnet, bedecken die Bauern ihre Felder mit Plastikplanen. Weiter im Norden, in Chagres, gefährdet eine andere Schmelzanlage die Weinberge.

Es gibt viele Cubatãos und Ventanas in Lateinamerika. Auch andere Millionen-Metropolen leiden unter den Symptomen von Mexico City, São Paulo, Caracas und Santiago.

Politiker, Parteien und Medien kümmern sich wenig um diese Thematik. Die Einwohner Mexico Citys erfahren nie die jeweiligen Meßwerte der Luftqualität. Nur in Mexikos Hauptstadt wirkt eine aktivere Bürgerinitiative. Die Gruppe heftet Aufkleber an die rauchenden Busse: „Ich verpeste die Luft."

Die meisten Ökologen fordern schärfere Gesetze oder die striktere Anwendung vorhandener Gesetze. In Mexiko drücken die Inspektoren oft ein Auge zu, wenn sie von Industriebetrieben eine „Mordida" (Bestechungsgeld) kassieren können.

Die Regierungen haben jedoch auch Angst vor einer Verschärfung der sozialen Probleme. In Lateinamerika bewegt sich die Zahl der arbeitslosen und unterbeschäftigten Menschen zwischen 40 und 50 Prozent. Mexiko muß jährlich eine Million neue Arbeitsplätze schaffen. Ein solcher Druck verdrängt die Sorgen über die Zerstörung der Umwelt. (SAD)

Trauriger Geburtstag

Kümmerliche Energie-Bilanz nach einem Jahr mit Growian

DIETER F. HERTEL, Hamburg

Pünktlich zum heutigen ersten Geburtstag hat Growian seine Arbeit wieder einmal aufgenommen. Die große Windenergie-Anlage wurde vorgestern erneut in Betrieb gesetzt. Seit ihrem Startschuß hat die riesige Windmühle viel häufiger stillgestanden als Strom erzeugt. Ob sie jetzt vor einer längeren Arbeitsphase steht, ist noch ungeklärt.

Rund 90 Millionen Mark hat es gekostet, das gewaltige Windrad im Kaiser-Wilhelm-Koog an der schleswig-holsteinischen Westküste zu bauen. Zwei Flügelblätter von je 50,2 Meter Länge drehen sich (wenn sie es tun) um die Spitze einer Gondel auf einem 96,6 Meter hohen Turm von nur 3,5 Meter Durchmesser. Weht der Wind, wie er soll, mit einer Geschwindigkeit zwischen 6,3 und 24 Meter pro Sekunde, treiben die Flügel einen Generator an, der im günstigsten Falle 3000 Kilowatt Strom erzeugt.

Von der Kosten-Nutzen-Analyse her gesehen hat Growian in seinem ersten Arbeitsjahr erbärmlich versagt. Ganze 26 000 Kilowattstunden hat er in das schleswig-holsteinische Verbundnetz eingespeist. Das entspricht gerade neun vollen Betriebsstunden. Doch die Fachleute der Lieferfirma MAN und der beiden Stromversorgungsunternehmen Schleswag und HEW, die sich zu Bau und Betrieb der Anlage zusammengeschlossen haben, wollen das Wort „Mißerfolg" nicht akzeptieren. Für sie sind auch die Pannen der Versuchsanlage wertvoll. Immerhin könnte Growian, wenn er (oder besser sie) erst einmal störungsfrei läuft, alljährlich rund zwölf Millionen Kilowattstunden liefern. Das würde ausreichen, um 4000 Normalhaushalte mit Strom zu versorgen. Damit könnten zugleich rund 3,5 Millionen Liter Heizöl eingespart werden.

Gelegentlich ist der Verdacht geäußert worden, die deutsche Elektrizitätswirtschaft habe sich auf den Bau von Growian nur eingelassen, um gegenüber Grünen und Alternativen ein Alibi zu haben. Die Kosten sind schließlich zum größten Teil aus der Bundeskasse zugeschossen worden.

Diesem Verdacht sind die Ober-Elektriker stets mit Entschiedenheit entgegengetreten. (Daß einige von ihnen gelegentlich Growian als „unser Spielzeug" bezeichnen, steht auf einem anderen Blatt.)